BREMISCHE BÜRGERSCHAFT

Stadtbürgerschaft 18. Wahlperiode

Plenarprotokoll 17. Sitzung 16.10.12

17. Sitzung am Dienstag, dem 16. Oktober 2012

Inhalt

	gänge gemäß § 21 der Geschäftsordnungine Anfragen gemäß § 29 Abs. 2 der Geschäftsordnung			
Fra	Fragestunde			
1.	Alterseinschätzung von minderjährigen unbegleiteten Flüchtlingen Anfrage der Abgeordneten Frau Grönert, Strohmann, Röwekamp und Fraktion der CDU vom 11. September 2012	728		
2.	Umsetzung Katzenkastration Anfrage der Abgeordneten Frau Neumeyer, Röwekamp und Fraktion der CDU vom 13. September 2012	730		
3.	Kinderärztliche Versorgung in Bremen-Nord Anfrage der Abgeordneten Bensch, Röwekamp und Fraktion der CDU vom 17. September 2012	731		
4.	Vernetzungsstelle Schulverpflegung und ökologische und fair gehandelte Nahrung an Schulen Anfrage der Abgeordneten Saffe, Dr. Güldner und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 20. September 2012	732		
5.	Projekt aufsuchendes Bürgeramt Anfrage der Abgeordneten Frau Ahrens, Frau Grönert, Röwekamp und Fraktion der CDU vom 24. September 2012	734		
6.	Bereitstellung frei verfügbarer Verkehrs- und Fahrplandaten Anfrage der Abgeordneten Hamann, Tschöpe und Fraktion der SPD vom 26. September 2012	735		
7.	Weitere Planungen beim Schulstandort Fritz-Gansberg-Straße Anfrage der Abgeordneten Fecker, Frau Dr. Schaefer, Dr. Güldner und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 26. September 2012	737		

8.	Wiedereröffnung der Geburtshilfe am Klinikum Bremen-Mitte (KBM) Anfrage der Abgeordneten Bensch, Röwekamp und Fraktion der CDU vom 27. September 2012	738
9.	CO₂-Einsparungen bei Lang-Lastwagen Anfrage der Abgeordneten Strohmann, Röwekamp und Fraktion der CDU vom 28. September 2012	739
10.	Wohngebiet in Oslebshausen Anfrage der Abgeordneten Strohmann, Röwekamp und Fraktion der CDU vom 1. Oktober 2012	740
11.	Bearbeitungsstand Status Stadtteil Oberneuland Anfrage der Abgeordneten Dr. vom Bruch, Röwekamp und Fraktion der CDU vom 8. Oktober 2012	741
12.	Neuordnung von Ortsteilgrenzen Anfrage der Abgeordneten Senkal, Tschöpe und Fraktion der SPD vom 9. Oktober 2012	742
	ielle Stunde	
Papi Brer	ierstau statt Logistik - Amtsführung von Senator Dr. Lohse passt nicht zu nen	
Abg. Abg. Abg. Abg.	Strohmann (CDU) Dr. Güldner (Bündnis 90/Die Grünen) Pohlmann (SPD) Rupp (DIE LINKE) Strohmann (CDU) ator Dr. Lohse	745 746 748 749
Mitte	It am Fluss land- und wasserseitig weiterentwickeln eilung des Senats vom 4. September 2012 cksache 18/212 S)	
Abg. Abg. Abg. Abg. Abg. Abg.	Kottisch (SPD) Rupp (DIE LINKE) Werner (Bündnis 90/Die Grünen) Strohmann (CDU) Kottisch (SPD) Rupp (DIE LINKE) Kottisch (SPD) ator Dr. Lohse	754 756 757 758 760 760

Welcome-Center für auslandische Fach- und Führungskrafte in Bremen einrichten Antrag der Fraktion der CDU vom 11. September 2012 (Drucksache 18/215 S)	
Abg. Frau Grobien (CDU) Abg. Senkal (SPD) Abg. Saxe (Bündnis 90/Die Grünen) Abg. Tuncel (DIE LINKE) Abg. Frau Grobien (CDU) Staatsrat Dr. Heseler Abstimmung	763 764 766 766 767
18. Ortsgesetz zur Änderung der Kostenordnung für die Feuerwehr der Stadtgemeinde Bremen Mitteilung des Senats vom 11. September 2012 (Drucksache 18/216 S)	768
Gewerbeanmeldungen beim Unternehmensservice Bremen bündeln Antrag der Fraktion der CDU vom 11. September 2012 (Drucksache 18/218 S)	
Abg. Frau Grobien (CDU) Abg. Saxe (Bündnis 90/Die Grünen) Abg. Rupp (DIE LINKE) Abg. Kottisch (SPD) Staatsrat Dr. Heseler Abstimmung	768 769 769 770
Polizeiverordnung über die öffentliche Sicherheit Mitteilung des Senats vom 18. September 2012 (Drucksache 18/219 S)	771

Anmeldeverfahren für das Kindergartenjahr 2013/2014 vorziehen! Antrag der Fraktion der CDU vom 25. September 2012 (Drucksache 18/220 S)	
Abg. Frau Ahrens (CDU) Abg. Tuncel (DIE LINKE) Abg. Möhle (SPD) Abg. Dr. Schlenker (Bündnis 90/Die Grünen) Abg. Frau Ahrens (CDU) Abg. Möhle (SPD) Senatorin Stahmann Abstimmung	772 773 775 775 776 777
Vorhabenbezogener Bebauungsplan 75 (Vorhaben- und Erschließungsplan) für die Errichtung einer Kindertagesstätte zwischen Flughafendamm, Bochumer Straße, Siegener Weg und Helgolandgraben Mitteilung des Senats vom 25. September 2012 (Drucksache 18/221 S)	
Geförderter Wohnraum auch für Asylsuchende! Antrag der Fraktion DIE LINKE vom 2. Oktober 2012 (Drucksache 18/222 S)	
Abg. Tuncel (DIE LINKE)	780 781 782 782 783

Die Rückkehr der Zebrastreifen

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD vom 4. Oktober 2012 (Drucksache 18/224 S)

Abg. Saxe (Bündnis 90/Die Grünen)	784
Abg. Hamann (SPD)	
Abg. Rupp (DIÈ LINKE)	
Abg. Frau Neumeyer (ĆDU)	
Senator Dr. Lohse	
Abstimmung7	788
Bericht des Petitionsausschusses Nr. 12	
vom 10. Oktober 2012	
(Drucksache 18/226 S)	789

Entschuldigt fehlen die Abgeordneten Frau Hiller, Frau Hoppe, Kastendiek, Frau Möbius, Oppermann, Frau Vogt.

Präsident Weber

Vizepräsident Ravens Vizepräsidentin Schön Schriftführerin Mahnke Schriftführerin Dr. Mohammadzadeh

Senatorin für Bildung, Wissenschaft und Gesundheit Jürgens-Pieper (SPD)

Senator für Inneres und Sport **Mäurer** (SPD)

Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen und für Justiz und Verfassung **Günthner** (SPD)

Senator für Umwelt, Bau und Verkehr **Dr. Lohse** (Bündnis 90/Die Grünen)

Senatorin für Soziales, Kinder, Jugend und Frauen **Stahmann** (Bündnis 90/Die Grünen)

Staatsrat **Dr. Joachim** (Senatskanzlei)

Staatsrat **Frehe** (Senatorin für Soziales, Kinder, Jugend und Frauen)

Staatsrätin **Friderich** (Senator für Umwelt, Bau und Verkehr)

Staatsrat **Golasowski** (Senator für Umwelt, Bau und Verkehr)

Staatsrat **Dr. Heseler** (Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen)

Staatsrat **Lühr** (Senatorin für Finanzen)

Staatsrat **Professor Stauch** (Senator für Justiz und Verfassung und für Wirtschaft, Arbeit und Häfen)

Präsident Weber eröffnet die Sitzung um 14.00 Uhr.

Präsident Weber: Ich eröffne die 17. Sitzung der Stadtbürgerschaft.

Ich begrüße die hier anwesenden Damen und Herren sowie die Zuhörer und die Vertreter der Medien.

Zur Abwicklung der Tagesordnung wurden interfraktionelle Absprachen getroffen, die Sie dem Umdruck der Tagesordnung mit Stand von heute 13.00 Uhr entnehmen können. Die Eingänge bitte ich dem heute verteilten Umdruck zu entnehmen.

I. Eingänge gemäß § 21 der Geschäftsordnung

Kulturwerbung sicherstellen und Stadtmarketing mit Kultur ausbauen Große Anfrage der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen

vom 11. Oktober 2012 (Drucksache 18/227 S)

Diese Angelegenheit kommt auf die Tagesordnung der November-Sitzung.

II. Kleine Anfragen gemäß § 29 Abs. 2 der Geschäftsordnung

Sanierung des Mahnmals für die Opfer der Reichspogromnacht
Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE
vom 27. August 2012
Dazu
Antwort des Senats vom 2. Oktober 2012
(Drucksache 18/223 S)

 Archäologische Funde in Bremen und die EU-Konvention von Malta zum Schutz des archäologischen Erbes
 Kleine Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 3. September 2012
 Dazu
 Antwort des Senats vom 9. Oktober 2012
 (Drucksache 18/225 S)

- Öffentliche Fahrradbügel in Bremen Kleine Anfrage der Fraktion der SPD vom 5. September 2012 Dazu Antwort des Senats vom 16. Oktober 2012 (Drucksache 18/229 S)
- "Nette Toilette" auch barrierefrei?
 Kleine Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 10. Oktober 2012
- Sicherheit und Gestaltung von Großveranstaltungen Kleine Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 16. Oktober 2012

Wird das Wort zu den interfraktionellen Absprachen gewünscht? - Ich sehe, das ist nicht der Fall.

Wer mit den interfraktionellen Absprachen einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft ist mit den interfraktionellen Absprachen einverstanden.

(Einstimmig)

Wir treten in die Tagesordnung ein.

Fragestunde

Für die Fragestunde der Stadtbürgerschaft liegen zwölf frist- und formgerecht eingebrachte Anfragen vor.

Die erste Anfrage trägt den Titel "Alterseinschätzung von minderjährigen unbegleiteten Flüchtlingen".

Die Anfrage ist unterschrieben von den Abgeordneten Frau Grönert, Strohmann, Röwekamp und Fraktion der CDU.

Bitte, Frau Grönert!

Abg. Frau Grönert (CDU): Wir fragen den Senat:

Wie handhabt die Stadtgemeinde Bremen die Alterseinschätzung von minderjährigen unbegleiteten Flüchtlingen, die ohne Papiere in Bremen ankommen?

Welche Folgen hat diese Alterseinschätzung auf die spätere Unterbringung und die schulische Laufbahn dieser Kinder und Jugendlichen?

Wie haben andere Städte wie Bremerhaven, Hannover oder Oldenburg die Alterseinschätzung minderjähriger unbegleiteter Flüchtlinge praktisch geregelt?

Präsident Weber: Diese Anfrage wird beantwortet von Frau Senatorin Stahmann.

Senatorin Stahmann: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1: In Bremen werden Flüchtlinge zunächst in der Zentralen Aufnahmestelle, ZASt, für Asylbewerber und ausländische Flüchtlinge untergebracht. Dort erfolgt die Erfassung und Erstbefragung der Flüchtlinge und, soweit keine Ausweispapiere vorliegen, auch die Alterseinschätzung. In der Regel folgt die Alterseinschätzung den Angaben der Flüchtlinge, eine amtliche Festlegung von Geburtsdaten, die sogenannte fiktive Altersfeststellung, wird nur vorgenommen, wenn erhebliche Zweifel an der vorgetragenen Minderjährigkeit bestehen.

Die ZASt schaltet schnellstmöglich die örtlichen Jugendämter ein, die das weitere Verfahren veranlassen. Nach einer Vereinbarung mit dem Magistrat Bremerhaven werden circa 20 Prozent der Inobhutnahmen durch das dortige Amt für Jugend, Familie und Frauen übernommen.

Zu Frage 2: Wird die Minderjährigkeit des unbegleiteten Flüchtlings festgestellt, ist die rechtliche Voraussetzung für eine Unterbringung nach dem Jugendhilferecht gegeben. Das Jugendamt bringt den Flüchtling unverzüglich unter, und zwar in einer Jugendhilfeeinrichtung oder bei einer geeigneten Person, in einer geeigneten Einrichtung oder in einer sonstigen Wohnform. Das Jugendamt hat im Einzelfall zu entscheiden, welche Unterbringung die geeignete ist.

Auch für minderjährige Flüchtlinge gilt die Schulpflicht. Führt die Alterseinschätzung zu dem Ergebnis, dass der Flüchtling nicht minderjährig ist, wird er in einer Übergangseinrichtung für Erwachsene und Familien aufgenommen.

Zu Frage 3: Für Bremerhaven wird die Alterseinschätzung unbegleiteter minderjähriger Flüchtlinge ebenfalls durch die Zentrale Aufnahmestelle für Asylbewerber und ausländische Flüchtlinge durchgeführt. In Niedersachsen nehmen die örtlich zuständigen Jugendämter die Altersfeststellung vor. - Soweit die Antwort des Senats!

Präsident Weber: Frau Grönert, haben Sie eine Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Grönert** (CDU): Alle minderjährigen Flüchtlinge kommen zuerst in die Erstaufnahmeeinrichtung, so wie Sie gesagt haben. In Niedersachsen ist das anders. In der Erstaufnahmeeinrichtung sind sie durch Mehrbettzimmer und Gemeinschaftsduschen und so weiter doch ziemlich schutzlos der Erwachsenenwelt ausgesetzt. Warum werden offensichtlich minderjährige Flüchtlinge oder solche, die angeben, minderjährig zu sein, nicht sofort bis zur Alterseinschätzung in die Obhut des Jugendamtes gegeben?

Präsident Weber: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Stahmann: Diejenigen, bei denen wir der Auffassung sind, dass sie minderjährig sind, werden spätestens nach drei Tagen durch das Jugendamt in einer entsprechenden Einrichtung untergebracht, weil wir auch ein bisschen Zeit brauchen, eine entsprechende Einrichtung, einen Wohnplatz und eine Betreuung zu finden. Denn wir wollen die Jugendlichen auch nicht alleinlassen, sondern müssen dann auch die Zuständigkeit klären. Wir versuchen es also zu vermeiden, Jugendliche dann allein in den Erwachsenenwohneinrichtungen unterzubringen. In Ausnahmefällen kann es aber auch einmal dazu kommen. Das versuchen wir aber eng durch die Übergangswohnheime und durch die Pädagogen, die dort beschäftigt sind, zu begleiten. Das ist aber wirklich die Ausnahme. Ich könnte es jetzt gar nicht beziffern, aber es ist wirklich die Ausnahme. Die Jugendhilfe hat da den absoluten Vorrang, wenn wir minderjährige Flüchtlinge haben.

Präsident Weber: Frau Grönert, haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Grönert** (CDU): Über welche Qualifikationen verfügt die Person, die die Alterseinschätzung vornimmt? Gibt es Standards für die Alterseinschätzung, oder ist das von den persönlichen Kompetenzen des Einschätzenden abhängig? Dabei stellt sich mir dann die Frage, ob da nicht dann vielleicht Fehler passieren, wenn Stresssituationen da sind oder der Flüchtling sich nicht angepasst verhält. Die darauffolgende Frage ist dann, ob die Einschätzung des Alters, wenn es nach Kompetenz und Gefühl geht, dann nicht vielleicht auch ungünstiger ausfallen könnte, wenn die Plätze in den Einrichtungen für Jugendliche ziemlich besetzt sind, also wenn viele Flüchtlinge kommen.

Präsident Weber: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Stahmann: Wenn minderjährige Flüchtlinge kommen, haben sie einen Anspruch auf die Unterbringung in einer entsprechenden Einrichtung. Die Alterseinschätzung erfolgt durch eine kundige Verwaltungsfachkraft, die das auch schon seit Jahren macht. Wir schulen unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, und wenn es zu Streitfällen kommt, wird das Jugendamt zusätzlich eingeschaltet, und im Fall der Fälle steht uns auch das Gesundheitsamt noch einmal mit einer ärztlichen Untersuchung zur Verfügung. Mir ist jedenfalls kein solch strittiger Fall bekannt, und es ist mir durch die Verwaltung auch keiner berichtet worden. Oftmals sagen Jugendliche, sie seien minderjährig, und das wird auch anerkannt. In Zweifelsfällen erfolgt dann nochmals eine Klärung, wenn man sich fragt, ob die Person nicht vielleicht doch 20 Jahre anstatt 18 oder 17 Jahre alt ist. Wie gesagt, es handelt sich aber nicht um besonders viele Fälle.

Präsident Weber: Frau Grönert, haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Grönert** (CDU): Sie haben eben gesagt, die Mitarbeiter werden geschult. Da würde mich interessieren, wie das gemacht wird, was das für Schulungen sind. Dann wollte ich noch fragen, ob dem Senat bekannt ist, dass es auch schon passiert ist, dass ein Flüchtling, der mit Vollendung des 18. Lebensjahres diese Wohneinrichtung für Jugendliche verlassen musste, sein Abitur letztlich nicht geschafft hat, weil er sozusagen mitten in den Prüfungen war. Plant der Senat da Maßnahmen, um einen flexibleren, der Lebenssituation der Jugendlichen angepassteren Wechsel in ein Wohnheim, also in das Gemeinschaftswohnheim, wo die Erwachsenen sind, zu gewährleisten?

Präsident Weber: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Stahmann: Ein solcher Fall ist mir nicht bekannt, Frau Grönert! Ich denke, wenn es solch einen Fall gibt, würde uns auch immer die Leitung einer Einrichtung darüber informieren, dass eine besondere Härte vorliegt, und dann würde ich im Sinne des betroffenen Jugendlichen oder jungen Erwachsenen entscheiden und sagen, man wartet, bis das Abitur absolviert ist. Ich kann dazu nichts sagen, weil mir dieser Fall nicht bekannt ist. Die Menschen, die in der zentralen Aufnahmestelle arbeiten, arbeiten dort schon länger. Zu den genauen Schulungen müsste ich auch im Detail nachfragen, wie diese aussehen. Es handelt sich aber um Fachleute, die im Zweifelsfall auch Dolmetscher hinzuziehen, um die Altersfeststellung einwandfrei durchführen zu können. Das ist die Darstellung, die ich Ihnen geben kann.

Präsident Weber: Eine weitere Zusatzfrage der Abgeordneten Frau Dr. Mohammadzadeh!

Abg. Frau **Dr. Mohammadzadeh** (Bündnis 90/Die Grünen): Frau Senatorin, sind Sie mit mir einer Meinung, dass jugendliche unbegleitete Minderjährige, wenn sie hier ankommen, sobald sie sich als Minderjährige ausgeben, durch das Jugendamt einen Vormund, also eine Person, die als Vormund für diesen Minderjährigen zur Verfügung steht, zugeteilt bekommen sollten, damit dieser Vormund in diesem ganzen Prozess präsent ist und auch diesen Jugendlichen begleitet?

Präsident Weber: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Stahmann: Wir haben rein rechtlich, Frau Dr. Mohammadzadeh, sofort einen Vormund zu bestellen, dazu sind wir gesetzlich verpflichtet, und so wird auch verfahren.

Präsident Weber: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Die zweite Anfrage steht unter dem Betreff "Umsetzung Katzenkastration". Die Anfrage ist unterzeichnet von den Abgeordneten Frau Neumeyer, Röwekamp und Fraktion der CDU.

Bitte, Frau Neumeyer!

Abg. Frau Neumeyer (CDU): Wir fragen den Senat:

Wie wurde die im Jahr 2010 in der Bürgerschaft beschlossene Kastrationspflicht von Katzen seither kontrolliert, und liegen Erkenntnisse vor, dass sich die Zahl der Kastrationen von Katzen erhöht hat?

In wie vielen Fällen ist die Stadt Bremen seit der Einführung aktiv geworden und hat Kastrationen angeordnet?

Sind dem Senat Fälle bekannt, bei denen eklatant gegen die Kastrationspflicht verstoßen wurde?

Präsident Weber: Diese Anfrage wird beantwortet von Herrn Senator Mäurer.

Senator Mäurer: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1: Nach der im Mai 2011 beschlossenen Kastrationspflicht wird vom Stadtamt auf Hinweise aus der Bevölkerung sofort reagiert und vom Halter ein Kastrationsnachweis verlangt. Soweit diese Tiere weitervermittelt werden, werden sie vor der Weitergabe kastriert, geimpft sowie tierärztlich untersucht. Monatlich werden etwa 38 Vermittlungen an neue Tierhalter realisiert. Eine Aussage zur Höhe der Zahl der Kastrationen ist nicht möglich, da die Kastrationen an keiner Stelle statistisch erfasst werden.

Zu Frage 2: Seit Mai 2011 sind fünf Hinweise beim Stadtamt eingegangen. Bei der Überprüfung stellte sich jedoch heraus, dass diese Hinweise alle haltlos waren. Die Stadt hat daher bis heute keine Kastration angeordnet.

Zu Frage 3: Nein! - Soweit die Antwort des Senats!

Präsident Weber: Frau Neumeyer, haben Sie eine Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Neumeyer** (CDU): Mir ist ein Fall bekannt, wo das Veterinäramt angeordnet hat, dass die Halterin ihre Katze kastrieren sollte. Ist Ihnen dieser Fall nicht bekannt?

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Mäurer: Ich kenne den Fall nicht, aber ich wäre auch nicht zuständig, das wäre Angelegenheit meiner geschätzten Kollegin.

Präsident Weber: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Neumeyer** (CDU): Also können Sie mir jetzt dazu nicht antworten, wenn es um das Veterinäramt geht? Sie können mir nur beantworten, was das Stadtamt angeordnet hat?

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Mäurer: Nein, dafür bin ich nicht zuständig

Präsident Weber: Frau Neumeyer, haben Sie eine weitere Zusatzfrage?

(Abg. Frau Neumeyer [CDU]: Das finde ich jetzt schade! Ich dachte, das hätten Sie untereinander abgesprochen! Dann kann ich Ihnen leider keine weiteren Fragen stellen! - Danke schön, Herr Senator!)

Präsident Weber: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Die dritte Anfrage beschäftigt sich mit dem Thema "Kinderärztliche Versorgung in Bremen-Nord". Die Anfrage ist unterzeichnet von den Abgeordneten Bensch, Röwekamp und Fraktion der CDU.

Bitte, Herr Bensch!

Abg. Bensch (CDU): Wir fragen den Senat:

Wie beurteilt der Senat die derzeitige kinderärztliche Versorgung in Bremen-Nord?

Warum konnte der Senat die vakante ärztliche Stelle des Kinder- und Jugendgesundheitsdienstes in Blumenthal und die vakante Stelle im Bereich Kinder- und Jugendgesundheitsdienst im Gesundheitsamt bisher nicht nachbesetzen, und zu wann sind Neueinstellungen geplant?

Welche Maßnahmen plant der Senat, um die kinderärztliche Versorgung in Bremen-Nord zukünftig weiter zu stärken?

Präsident Weber: Diese Anfrage wird beantwortet von Frau Senatorin Jürgens-Pieper.

Senatorin Jürgens-Pieper: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1: Der Senat beurteilt die derzeitige kinderärztliche Versorgung in Bremen-Nord als ausreichend. Die Anzahl der dort niedergelassenen Ärztinnen und Ärzte für Kinder- und Jugendmedizin entspricht nach Angaben der für die Zulassung für das gesamte Stadtgebiet zuständigen Kassenärztlichen Vereinigung vollumfänglich den gesetzlich vorgegeben bevölkerungsbezogenen Verhältniszahlen. Diese Verhältniszahlen werden im Jahr 2013 überarbeitet und gegebenenfalls regionalen Besonderheiten angepasst. Darüber hinaus trägt die anstehende Neubesetzung der vakanten Stellen des Öffentlichen Gesundheitsdienstes zur Gewährleistung einer umfassenden Versorgung bei.

Zu Frage 2: Im Zuge des Auswahlverfahrens der vakanten Stellen kam es im Jahr 2012 zu Verzögerungen und somit zu vorübergehenden personellen Engpässen im kinderärztlichen Bereich des Öffentlichen Gesundheitsdienstes. Die gesetzlich vorgegebenen Aufgaben wurden allerdings auch während dieser Zeit erfüllt. Es ist vorgesehen, die Stelle einer Stadtteilärztin in Blumenthal aus dem laufenden Bewerbungsverfahren für 1,5 Kinderarztstellen zu besetzen. Voraussichtlicher Einstellungszeitpunkt ist der 1. Januar 2013.

Zu Frage 3: Mit der Neubesetzung der vakanten Stellen - siehe auch die Antwort zu Frage 2 - wird die kinderärztliche Versorgung im Rahmen des Öffentlichen Gesundheitsdienstes in Bremen-Nord abgesichert. Die Ergebnisse der von der Kassenärztlichen Vereinigung angekündigten Neuberechnung für das Jahr 2013 im Hinblick auf die Arztpraxen sind abzuwarten. - Soweit die Antwort des Senats!

Präsident Weber: Herr Kollege Bensch, haben Sie eine Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Bensch** (CDU): Frau Senatorin, Sie sagten richtigerweise, der Sicherstellungsauftrag liegt bei der Kassenärztlichen Vereinigung, das ist völlig klar. Gibt es dennoch Ihrerseits Gespräche? Schließlich ist doch der Ruf der Ärzte sehr laut gewesen, und wenn die Ärzteschaft es innerhalb ihres eigenen Selbstverwaltungsorgans nicht schafft, dann wird immer der Ruf in Richtung Politik laut. Haben Sie mit der Kassenärztlichen Vereinigung gesprochen, um, ich sage jetzt einmal, positiven Druck auszuüben?

Präsident Weber: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Jürgens-Pieper: Sie sagen richtigerweise, der Ruf war so laut, dass er wahrscheinlich in jeder Fraktion angekommen ist, auch bei mir in der Behörde, nämlich in Gestalt eines Briefes von Herrn Dr. Trapp, der zugleich auch Mitglied der Gesundheitsdeputation ist. Der Berufsverband hatte geschrieben, und ich habe auch geantwortet und zugleich zugesagt, dass ich der Kassenärztlichen Vereinigung noch einmal schreibe. Das habe ich zeitgleich mit der Antwort getan, und ich habe darum gebeten, dass besondere Problem bei der regionalen Versorgung zu beachten.

Präsident Weber: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage, Herr Kollege?

(Abg. Bensch [CDU]: Nein, aber vielen Dank dafür, dass wir dann ab dem 1. Januar 2013 wahrscheinlich eine bessere Versorgung haben werden!)

Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Die vierte Anfrage verlangt vom Senat Auskunft über die Vernetzungsstelle Schulverpflegung und ökologische und fair gehandelte Nahrung in Schulen. Die Anfrage trägt die Unterschriften der Abgeordneten Saffe, Dr. Güldner und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Bitte, Herr Kollege Saffe!

Abg. **Saffe** (Bündnis 90/Die Grünen): Wir fragen den Senat:

Erstens: Wie bewertet der Senat das Engagement der Vernetzungsstelle Schulverpflegung in Schulen für aktuelle Ernährungsgewohnheiten und -möglichkeiten, wie beispielsweise einen gesteigerten Anteil von Biokost oder Bezug aus fairem Handel, zu sensibilisieren?

Zweitens: Sind dem Senat konkrete Initiativen der Vernetzungsstelle Schulverpflegung zur Förderung von ökologisch erzeugter und fair gehandelter Nahrung in Schulen bekannt, und wie können solche Initiativen befördert und ausgeweitet werden?

Präsident Weber: Diese Anfrage wird beantwortet von Frau Senatorin Jürgens-Pieper.

Senatorin Jürgens-Pieper: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1: Der Senat bewertet die Arbeit der Vernetzungsstelle Schulverpflegung positiv. Schulen und Verpflegungsbereiche in Schulen werden von der Vernetzungsstelle nach einem abgestimmten Plan einzeln aufgesucht und beraten. Es steht eine telefonische Hotline zur Verfügung, unter der die wichtigsten Grundinformationen abgefragt werden können. Einmal jährlich findet die Tagung "Bremer Tag der Schulverpflegung"

statt. Darüber hinaus werden einschlägige Informationen entwickelt, herausgegeben und weitervermittelt.

Im Rahmen der Beratungstätigkeit wird die Vernetzungsstelle auch vonseiten der Caterer beziehungsweise der Lebensmittellieferanten um Beratung hinsichtlich der Spezifikation von Lebensmittelangeboten und der Konfektionierung von Ordersätzen gebeten. In diesem Kontext sind infolge intensiver Netzwerkarbeit zum Beispiel Bio-Ordersätze bei verschiedenen Anbietern, Betriebsbesichtigungen bei regionalen Vermarktern von Bio-Obst und Bio-Gemüse und Beteiligungen von Caterern mit starker Bio-Ausrichtung - biobiss, Schulküchenverein, Quirl - an Ausschreibungen zur Schulverpflegung entstanden. Die Vernetzungsstelle trägt auch auf diese Weise in erheblichem Umfang dazu bei, die Schulen für Biokost oder Produkte aus fairem Handel zu sensibilisieren.

Zu Frage 2: Die Vernetzungsstelle Schulverpflegung führt seit dem Jahr 2009 guartalsmäßig regelmäßige Schulungen für alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Schulküchen Bremens durch. Im Mittelpunkt steht die deutliche Erhöhung der Qualität des Mittagessens. Dies wird dadurch erreicht, dass die Anteile an frischem Obst und Gemüse stark erhöht und in guter Qualität eingeentsprechend der werden, Qualitätsstandards für die Schulverpflegung 3. Auflage 2011. Gute Qualität heißt - so wird es aktuell geschult - in letzter Konsequenz Frische und Bio-Qualität beziehungsweise regionaler Anbau. Die Vernetzungsstelle kooperiert von Beginn an mit der Initiative "Bio-kann-jeder" des Umweltzentrums Hannover und hat seit dem Jahr 2009 sechs Veranstaltungen mit circa 180 Teilnehmerinnen und Teilnehmern aus Bremer Schulen -Lehrerinnen und Lehrer, Schulleitungen, aber auch Küchenleitungen - durchgeführt. Diese Arbeit wird fortgesetzt.

Mit der Bevollmächtigten der Freien Hansestadt Bremen beim Bund und für Europa werden zurzeit Möglichkeiten ausgelotet, wie sich die Vernetzungsstelle Schulverpflegung an den Aktivitäten rund um die Aktion "Hauptstadt des Fairen Handels" beteiligen kann.

Im Jahr 2013 wird der vierte Bremer Tag der Schulverpflegung die Themen rund um die Zwischenmahlzeiten - Kiosk, To-Go, Bistro, Merchandising, Pausenverpflegung und so weiter - schwerpunktmäßig bearbeiten. Hier wird das Thema Fair Trade und Bio einen breiten Raum einnehmen. - Soweit die Antwort des Senats!

Präsident Weber: Herr Kollege Saffe, haben Sie eine Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Saffe** (Bündnis 90/Die Grünen): Wird das Beratungsangebot, speziell die Sensibilisierung für Bio, in der Vernetzungsstelle denn auch angenommen und befolgt? Wissen Sie das?

Präsident Weber: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Jürgens-Pieper: Darüber habe ich keine Zahlen, aber ich weiß, dass viele Schulen dies auch gern nutzen und dass die Stelle gut ankommt. Ich habe einmal an einem Bremer Tag der Schulverpflegung teilgenommen, da konnte man auch sehen, dass ein großes Interesse daran besteht, insbesondere auch frische Kost in die Schulverpflegung mit einzubauen.

Präsident Weber: Herr Kollege, haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Saffe** (Bündnis 90/Die Grünen): Der Antwort zu Frage 2 ist unter anderem zu entnehmen, dass die Anteile an frischem Obst und Gemüse stark erhöht werden. Darf ich daraus schließen, dass entsprechend der Fleischanteil stark reduziert wird und sich vielleicht auch das Verhältnis von derzeit einem Veggie-Day zu sechs Schnitzeloder Döner-Days pro Woche verändert? Das interessiert mich speziell vor dem Hintergrund des heutigen Welternährungstages.

Präsident Weber: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Jürgens-Pieper: Ich kann Ihnen das nicht in Zahlen beschreiben, aber wenn Sie Schülerinnen und Schüler in Mensen erleben, dann besteht inzwischen neben dem Kiosk außerhalb doch ein großes Interesse daran, sich auch vegetarisch zu ernähren. Ich finde, dass diese Tendenz inzwischen stark zunimmt und dass auch ein Bewusstsein gerade bei jungen Leuten dafür entsteht, welche Folgen der erhöhte Fleischverzehr hat. Daher lässt es sich nicht evaluieren, oder wir haben es jedenfalls nicht evaluiert, aber ich glaube, dass Tendenzen dahingehend schon vorhanden sind.

Präsident Weber: Herr Kollege, haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Saffe** (Bündnis 90/Die Grünen): Nun hat die Qualität der Schulverpflegung durch die vielen Erkrankungen von Schülern vor allem in ostdeutschen Schulen - ich meine jetzt die Novoviren - traurige Aktualität gewonnen. Als ich zum Beispiel von der Quelle der Erkrankungen erfuhr - tiefge-

frorene Erdbeeren aus China -, war ich entsetzt, und ich habe mich gefragt, warum es tiefgefrorene Erdbeeren aus China im Herbst in Deutschland gibt. Ich frage jetzt auch Sie: Gelangt auch an Bremer Schulen auf die Teller der Bremer Schüler Obst und Gemüse, das eine derartige Reise aus so weiter Ferne hinter sich hat, es sei denn, das gibt es vielleicht im Treibhaus mit hohem Energieaufwand?

Präsident Weber: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Jürgens-Pieper: Ich kann Ihnen erst einmal sagen, ich fand es genauso furchtbar wie Sie, als ich es gelesen habe: erstens die Jahreszeit, zweitens die Anreise aus China! Wir haben, soweit ich weiß, zum Glück - ich habe mich erkundigt - keine Probleme an dieser Stelle gehabt, dennoch muss man, finde ich, diese Frage im Blick haben. Die Schulverpflegungsstelle hat das im Blick, da ist also ein deutliches Bewusstsein vorhanden. Sie berät Schulen auch entsprechend, glaube ich, ganz ordentlich, und wir versuchen auch wirklich, das so hinzubekommen, dass möglichst eine regionale Vermarktung da ist. Völlig ausschließen will ich das nicht, aber diese schreckliche Erkrankung sollte auch Anlass geben, das finde ich schon, dass sie dazu einmal in der Deputation Bericht erstatten, was Caterer eigentlich aus welchen Richtungen liefern.

In der Gesundheitsdeputation haben wir da auch eine Notwendigkeit, wir müssen auch darauf achten, dass man die Keimproblematik mit im Blick hat und dass die Qualität in den Küchen, was diese Frage angeht, besonders gut ist. Wir haben da eine Beobachtung von Kantinen und auch Schulküchen, die man sich ab und zu, übrigens auch im Netz, ansehen kann. Ich glaube, wir sollten uns anlässlich dieser ostdeutschen Problematik einmal mit der Frage beschäftigen, und wir können das gern aufnehmen, was Sie angeregt haben.

Präsident Weber: Herr Kollege Saffe, haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Saffe (Bündnis 90/Die Grünen): Noch ein paar!

Präsident Weber: Nein, so geht das nicht, Herr Kollege Saffe! Wir hatten einmal eine Vereinbarung mit den Fraktionsvorsitzenden, dass wir bis zu drei, vielleicht vier Fragen beantworten. Darauf möchte ich Sie hinweisen.

(Widerspruch - Zuruf des Abg. Dr. Güldner [Bündnis 90/Die Grünen] - Abg. Saffe [Bündnis 90/Die Grünen]: Ich weiß nicht, ob das so ist!)

Doch, Herr Kollege Dr. Güldner, Sie waren dabei, das war im Jahr 2008 bei Herrn Bürgermeister Böhrnsen und bei Frau Bürgermeisterin Linnert. - Bitte, Herr Kollege Saffe!

Abg. **Saffe** (Bündnis 90/Die Grünen): Ich konnte dem "Weser-Kurier" entnehmen, dass an der Oberschule Findorff das Fach Ernährungslehre gelehrt wird. Ich habe davon noch nie gehört.

(Abg. Pohlmann [SPD]: Das ist der Bremer Westen! - Unruhe - Glocke)

Präsident Weber: Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir befinden uns noch in der Fragestunde. - Bitte, Herr Kollege Saffe!

Abg. **Saffe** (Bündnis 90/Die Grünen): Ich würde gern wissen, ob das Fach auch an anderen Schulen gelehrt wird und ob es, wenn es nicht so sein sollte, verstärkt überall in den Unterrichtsplan aufgenommen werden kann. Eine gesunde, bewusste Ernährung stärkt ja auch das Leistungsund Konzentrationsvermögen der Schüler.

Präsident Weber: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Jürgens-Pieper: Noch nicht unbedingt das Lesen darüber, aber dann die Umsetzung schon! Ich kann jetzt nicht sagen, ob es an anderen Stellen auch noch ein eingeführtes Fach gibt. Das gibt es sicherlich an den berufsbildenden Schulen, die sich mit dem Thema beschäftigen. Das Thema Ernährung selbst gehört meines Erachtens in den Unterricht, in die Bildungspläne, wir können Ihnen gern bei Gelegenheit einmal auflisten, in welche Pläne. Es kommt dann allerdings in unterschiedlichen Fächern vor: Fairer Handel - das ist klar -, in Politikwissenschaften, das ist ein riesiges Thema, meine ich, aber auch in den Fächern, die Arbeit, Wirtschaft, Technik heißen. Hier geht es dann auch um die praktische Umsetzung, vielleicht war das auch mit dem Thema Ernährungslehre gemeint, da spielt das Kochen und das Zubereiten von gesunden Mahlzeiten eine große Rolle, und das kann genauso gut dann in der Biologie noch aufgegriffen werden. Wir haben in den Bildungsplänen das Thema Ernährung also mit verankert.

Präsident Weber: Herr Kollege, haben Sie eine weitere Zusatzfrage?

(Abg. Saffe [Bündnis 90/Die Grünen]: Ich möchte nur noch zustimmen: Irgendwo in einem Lehrplan auf dem Papier hilft nicht weiter, praktische Anwendung ist wichtig!)

Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Die fünfte Anfrage befasst sich mit dem Thema "Projekt aufsuchendes Bürgeramt". Die Anfrage ist unterschrieben von den Abgeordneten Frau Ahrens, Frau Grönert, Röwekamp und Fraktion der CDU.

Bitte, Frau Kollegin Ahrens!

Abg. Frau Ahrens (CDU): Wir fragen den Senat:

Wie beurteilt der Senat das Projekt des aufsuchenden Bürgeramtes für Menschen, die nicht mehr in der Lage sind, Behörden aufzusuchen, welches derzeit vom Berliner Bezirk Charlottenburg-Wilmersdorf durchgeführt wird?

Wie beurteilt der Senat die Umsetzbarkeit des Projektes für die Stadtgemeinde Bremen?

Welche Maßnahmen plant der Senat, um bewegungseingeschränkten Senioren und Menschen mit entsprechender Schwerbehinderung in der Stadtgemeinde Bremen die Nutzung des Bürgerservices zu ermöglichen?

Präsident Weber: Diese Anfrage wird beantwortet von Herrn Senator Mäurer.

Senator Mäurer: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu den Fragen 1 bis 3: Der Senator für Inneres und Sport führt derzeit ein umfassendes Projekt zur Unterstützung und Optimierung des Stadtamtes durch. Für die Untersuchung des Bürgerservices werden im Sinne von best practice auch innovative Ideen wie das Projekt "aufsuchendes Bürgeramt" in Charlottenburg-Wilmersdorf als Variante des Konzepts "Mobiler Bürgerservice" einbezogen. Ob das Berliner Projekt im Stadtamt umgesetzt werden kann, hängt jedoch ganz entscheidend von den technischen und organisatorischen Anforderungen ab. Über die Ergebnisse des Projektes "Stadtamt zukunftssicher gestalten" wird der Senator für Inneres und Sport die städtische Deputation für Inneres und Sport unterrichten. - Soweit die Antwort des Senats!

Präsident Weber: Frau Kollegin Ahrens, haben Sie eine Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Ahrens** (CDU): Stimmen Sie mir zu, Herr Senator, dass dieses Projekt aus Berlin-Wilmersdorf ausgesprochen reizvoll ist und dass wir mit der Freiwilligen-Agentur hier in Bremen doch eine fachkompetente Stelle haben, die uns bei der Umsetzung sehr hilfreich unterstützen könnte?

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Mäurer: Ich glaube, man muss feststellen, dass möglicherweise auch in Bremen vergleichbare Probleme existieren. Wir haben eine große Anzahl von Dienstleistungszentren in der Verantwortung von Soziales, aber sehr wahrscheinlich gibt es auch hier Menschen, die Probleme haben, die Behörden anzulaufen. Deswegen haben wir auch diese Idee aufgegriffen, aber ich warne davor, dass wir nun jede Idee, die irgendwo entwickelt worden ist, eins zu eins in Bremen umsetzen. Wir haben die zentrale Aufgabe, die Grund- und Pflichtprozesse zu organisieren, bevor wir uns dann den weiteren Themen widmen. Das geht nicht ohne personelle Unterstützung.

Ich denke, wenn wir erst einmal die Kernaufgaben des Stadtamts gut organisiert haben, dann können wir auch weiter hinausgehen, weil völlig klar ist, dass so etwas sehr personalintensiv ist, auch wenn es gelingt, dafür Ehrenamtliche zu finden. Aber, wie gesagt, wir haben das aufgegriffen, und wir werden auch gemeinsam mit Soziales schauen, ob wir vergleichbare Probleme haben.

Präsident Weber: Frau Kollegin, haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Ahrens** (CDU): Stimmen Sie mit mir darin überein, dass es hier nicht nur um die Freiwilligen geht, sondern auch darum, dass sie überhaupt die Kompetenzen von Ihnen erhalten, für die Betroffenen im Bürgeramt die entsprechenden Unterlagen abzugeben und quasi an Eides statt zu versichern, dass die Unterlagen, die man ja als stadtamtlich sehen kann, auch persönlich von den Betroffenen unterschrieben worden sind? Dieser Bereich kostet kein Extrageld, sondern es ist eine Regelung, die notwendig ist, die nur Ihr Haus herbeiführen kann.

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Mäurer: Das wäre natürlich der zweite Schritt, wenn wir zu dem Ergebnis kommen, dass wir ein Problem haben und dass wir darauf reagieren müssen, dann wird es nicht daran scheitern, dass wir dann Ehrenamtlichen die Kompetenz geben, stellvertretend für die Bürger, die nicht mehr die Ämter aufsuchen können, die notwendigen Verwaltungsschritte einzuleiten. Ich glaube, das ist nicht das Thema, aber wir müssen einfach einmal prüfen, wie groß der Bedarf überhaupt ist. Insofern geben Sie mir einfach etwas Zeit, wir werden der Deputation darüber dann auch einen Bericht geben!

Präsident Weber: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Die sechste Anfrage in der Fragestunde befasst sich mit dem Thema "Bereitstellung frei verfügbarer Verkehrs- und Fahrplandaten". Die Anfrage ist unterschrieben von den Abgeordneten Hamann, Tschöpe und Fraktion der SPD.

Bitte, Herr Kollege Hamann!

Abg. Hamann (SPD): Wir fragen den Senat:

Erstens: Inwieweit ist geplant, die Fahrplandaten von Verkehrsmittelanbietern wie der BSAG oder des Flughafens sowie weitere Verkehrsinformationen, wie zum Beispiel Baustellen oder Staus, in Form von maschinenlesbaren Daten öffentlich nutzbar zur freien Verfügung zu stellen?

Zweitens: Welche rechtlichen oder sonstigen Beschränkungen gibt es bei der Bereitstellung von Open Data im Verkehrsbereich, und liegen dazu bereits Erfahrungswerte aus anderen Städten vor?

Drittens: Welche Anwendungsmöglichkeiten ergeben sich aus der Open-Data-Verfügbarkeit von Fahrplänen und Verkehrsinformationen in kommerzieller und nicht kommerzieller Form?

Präsident Weber: Diese Anfrage wird beantwortet von Herrn Senator Dr. Lohse.

Senator Dr. Lohse: Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1: Verkehrsinformationen und -daten des Kfz-Verkehrs werden für die Stadtgemeinde Bremen von der Verkehrsmanagementzentrale des Amtes für Straßen und Verkehr, ASV generiert und im Internet veröffentlicht. Bremen beteiligt sich als Pilotstandort am Mobilitäts Daten Marktplatz, MDM. Dieser ist ein Projekt des Bundes und wird deutschlandweit dynamische Verkehrsdaten aus dem Bereich Straßenverkehr bündeln und durch standardisierte Verfahren und Formate zugänglich machen. Mit dem MDM wird ab dem Jahr 2013 ein einheitlicher Austausch von Verkehrsdaten zwischen unterschiedlichen Diensten möglich und die aktuelle technische und räumliche Fragmentierung beendet.

Bei Verkehrsdaten, die bei den Verkehrsunternehmen des ÖPNV vorgehalten werden, ist es alleinige Angelegenheit des jeweiligen Unternehmens, über die Freigabe von Datensätzen zu befinden. Da maschinenlesbar veröffentlichte Daten wie Fahrpläne oder die Echtzeit-Verkehrslage auch von konkurrierenden Unternehmen genutzt werden können, erfordert die Veröffentlichung eine Abwägung der jeweils zu schützenden Unternehmensinteressen gegenüber dem Nutzen der Datenfreigabe.

Die BSAG hat derzeit keine Planungen zur Veröffentlichung der Fahrplandaten im Sinne von Open Data. Prinzipiell ist eine Freigabe des Soll-Fahrplans anlassbezogen denkbar. Auch bei der zentralen Datendrehscheibe für Echtzeit-Verkehrsinformationen beim VBN findet derzeit keine Abgabe der Rohdaten an Dritte statt. Die BSAG und der VBN stellen ihren Kunden allerdings Echtzeit- und Solldaten auf ihren Internetportalen, den Fahrgastinformationsmedien und über Apps zur Verfügung.

Die Flughafen Bremen GmbH selbst ist nicht Verkehrsmittelanbieter. Gleichwohl stehen die Flugplandaten der Lufttransportunternehmen, die den Flughafen Bremen anfliegen, auf der Internetseite und durch entsprechende Anwendungen oder Apps frei zur Verfügung. Eine weitergehende Datenbereitstellung ist derzeit nicht geplant.

Zu Frage 2: Aufgrund der bereits geschilderten Problemlage gibt es derzeit noch keine abschließende Klärung der rechtlichen Fragestellungen, insbesondere in Bezug auf die Weitergabe von Daten der Verkehrsunternehmen; die Senatorin für Finanzen wirkt auf Bundesebene an der Klärung mit. Erfahrungswerte aus anderen Städten liegen nicht vor.

Zu Frage 3: Die Bereitstellung von Verkehrsdaten als Teil der Open-Data-Strategie ermöglicht prinzipiell eine Vielzahl an mobilen Anwendungen. Bei den kommerziellen Diensten ist einschränkend zu ergänzen, dass die Bereitschaft der Nutzer, für Dienste zu bezahlen, aller Erfahrung nach gering ist. - Soweit die Antwort des Senats!

Präsident Weber: Herr Kollege Hamann, haben Sie eine Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Hamann (SPD): Herr Senator, Sie sprachen in der Antwort zu Frage 1 von diesem Datenmarktplatz MDM. Es ist natürlich erst einmal zu begrüßen, dass es Standards gibt. Inwieweit werden die Ergebnisse, die dort erzielt werden, veröffentlicht, ohne dass man dafür Geld bezahlen muss, also zum Beispiel für Drittanwender, nicht nur für Unternehmen oder für Behörden, die Geld bezahlen?

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Dr. Lohse: Da es ein vom Bund gefördertes Projekt ist, gehe ich davon aus, dass zunächst einmal die Projektergebnisse veröffentlicht werden, so ist das üblich bei Projekten, die von

Bundesministerien gefördert werden. Inwieweit dann weitergehend Veröffentlichungen geplant sind, müsste ich noch einmal recherchieren, das würde ich Ihnen nachreichen.

Präsident Weber: Herr Kollege Hamann, haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Hamann (SPD): Herr Senator, Sie sprachen auch von der BSAG; da ist bisher, wenn ich es richtig verstanden habe, noch nichts geplant, was die Weitergabe von Daten angeht. Die Internetseite der BSAG ist, ich sage es einmal ganz vorsichtig, verbesserungsfähig. Wir als Stadt oder Land Bremen geben sehr viel Geld in Form eines Zuschusses aus. Können wir da nicht verlangen, dass Daten, die dort erhoben werden, dann auch freigegeben werden?

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Dr. Lohse: Wie gesagt, in der Antwort des Senats ist auf den Zielkonflikt hingewiesen, was den Nutzen der Weitergabe gegenüber den schützenswerten Unternehmensinteressen anbelangt. Grundsätzlich habe ich den Vorstand der BSAG, gerade auch in seiner ietzigen neuen Besetzung, so verstanden, dass er hier sehr offen ist. Wir hatten hier vor einigen Wochen dieses Fachsymposium Elektromobilität bei der BSAG, bei dem genau dieser kritische Punkt, was die Intermodalität anbelangt, eigentlich als eines der zentralen Themen identifiziert wurde, wo es sich lohnen würde, eher noch mehr Informationen auszutauschen und verfügbar zu machen. Deswegen gehe ich von einer grundsätzlichen Offenheit des BSAG-Vorstands an der Stelle aus.

Präsident Weber: Herr Kollege Hamann, haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Hamann (SPD): Eine letzte Frage in Bezug auf Ihre Antwort von eben: Wenn man mit der BSAG über einen Zuschuss in der Höhe von x Millionen Euro verhandelt, kann es also Bestandteil eines solchen Kontrakts sein, dass solche Daten auch freigegeben werden? So entnehme ich das Ihrer Antwort.

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Dr. Lohse: Ich will das nicht ausschließen, aber wir haben natürlich auch wirtschaftliche Ziele mit der BSAG, und wenn sich in den genannten Zielkonflikten zeigt, dass auch wirtschaftliche Bedenken dagegen sprechen können - das müsste man prüfen, ob es solche Bedenken gibt -, dann müssen wir uns das einfach im konkreten Fall ansehen.

Präsident Weber: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Die siebte Anfrage trägt den Titel "Weitere Planungen beim Schulstandort Fritz-Gansberg-Straße". Die Anfrage ist unterschrieben von den Abgeordneten Fecker, Frau Dr. Schaefer, Dr. Güldner und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Bitte, Herr Kollege Fecker!

Abg. **Fecker** (Bündnis 90/Die Grünen): Wir fragen den Senat:

Erstens: Welche räumlichen Planungen verfolgt der Senat bezüglich der Schule für sozialemotionale Förderung, die sich am Standort Fritz-Gansberg-Straße befindet?

Zweitens: Welche Planungen verfolgt der Senat in Bezug auf den Standort des Regionalen Beratungs- und Unterstützungszentrum, ReBUZ, Ost, welches sich zurzeit ebenfalls am Schulstandort der Fritz-Gansberg-Straße befindet?

Drittens: Welche grundsätzlichen Planungen verfolgt der Senat bezüglich einer zukünftigen Nutzung des Schulstandorts Fritz-Gansberg-Straße insgesamt?

Präsident Weber: Die Anfrage wird beantwortet von Frau Senatorin Jürgens-Pieper.

Senatorin Jürgens-Pieper: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1: Die Schule für sozial-emotionale Förderung, die sich am Standort Fritz-Gansberg-Straße befindet, wird die Räumlichkeiten des Standortes zunächst weiter nutzen. Das Gebäude ist in den Siebzigerjahren von dem Architektenbüro ausdrücklich gemeinsam mit Sonderpädagogenteams geplant worden. Es ist daher sehr gut für die Förderung von Kindern und Jugendlichen geeignet.

Zu Frage 2: Das ReBUZ Ost musste aus den Räumlichkeiten am Standort Große Weidestraße ausziehen. Die Suche nach Standorten im Bremer Osten blieb erfolglos. Durch die Fertigstellung des Neubaus an der Vegesacker Straße und den dadurch möglichen Auszug der Schüler der Schüle Vegesacker Straße aus dem Gebäude Fritz-Gansberg-Straße wurden dort Räume frei, die durch den Einbau von Leichtbauwänden für das ReBUZ hergerichtet werden konnten. Das ReBUZ Ost kann zunächst bis auf Weiteres im Gebäude der Fritz-Gansberg-Straße verbleiben.

Zu Frage 3: Die Schule für sozial-emotionale Förderung an der Fritz-Gansberg-Straße soll die Räumlichkeiten des Standortes bis auf Weiteres nutzen. Wie lange dieses Schulangebot noch vorgehalten werden muss, ist derzeit noch nicht absehbar. Als mögliche Optionen für eine Anschlussnutzung wären dort neben der Betreuung der vorübergehend nicht in der Regelschule beschulbaren Schülerinnen und Schüler auch außerschulische Nutzungen vorzusehen, etwa in der Kindertagesbetreuung. - Soweit die Antwort des Senats!

Präsident Weber: Frau Senatorin, eine Zusatzfrage der Abgeordneten Frau Dr. Schierenbeck!

Abg. Frau **Dr. Schierenbeck** (Bündnis 90/Die Grünen): Frau Senatorin, ich habe eine Zusatzfrage, und zwar in Bezug auf eine mögliche Nutzung durch Grundschüler in Schwachhausen: Wie entwickeln sich die Zahlen der einzuschulenden Kinder in Schwachhausen in den kommenden Jahren, und welche Konzepte sind für zusätzliche Klassen und an welchen Standorten angedacht?

Präsident Weber: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Jürgens-Pieper: Es ist in der Tat auch eine mögliche Option, dort einen Grundschulstandort einzurichten, allerdings mit dem Problem, dass die Räume, weil sie eben für ein Förderzentrum gestaltet worden sind, nur sehr kleine Klassen erlauben würden. Die Klassengröße ist kleiner, die Gruppen umfassen im Normalfall sechs Schüler. Bei dieser Art von Schülern ist es auch nicht möglich, mehr Schüler in eine Lerngruppe aufzunehmen. Daher müsste man sie für eine Grundschule zumindest umbauen, aber der Standort ist eigentlich sehr schön, auch das Gelände ist relativ groß, es ist viel Grüngelände vorhanden, und direkt gegenüber liegt der Kindergarten, insofern gäbe es auch eine ideale Zusammenarbeitsmöglichkeit. Ich habe bei meinem Besuch mit Erstaunen festgestellt, dass das Gebäude sogar eine Mensa hat, die im Augenblick von der Schule aber nicht betrieben wird.

Es gibt also unterschiedlichste Optionen im Stadtteil, und um Ihre Frage zu beantworten: Ja, es gibt an einigen Stellen steigende Schülerzahlen. Wir reagieren an bestimmten Grundschulstandorten darauf mit Erweiterungen. Ob noch eine ganze Schule notwendig ist, ist im Augenblick noch nicht entschieden, weil diese Schule, wie gesagt, nicht sehr viele Möglichkeiten für größere Lerngruppen ergeben würde, denn die Obergrenze liegt bei 24 Schülern. Diese Obergrenze erreichen wir häufig in Schwachhausen, weil dort keine Abschläge für Sozialindikatoren bei Klassenfrequenzen stattfinden. Daher ist es nicht der ideale Standort, aber

von den Räumlichkeiten und von der Umgebung her auf jeden Fall. Eine Zusammenarbeit mit der Kita kann aber auch so passieren, deshalb haben wir erst einmal signalisiert, wir wollen den Standort relativ lange erhalten.

Sie wissen vielleicht, dass im Augenblick eines der Hauptprobleme der Inklusion die Akzeptanz von Eltern gerade für diese Art von Schülern ist, die sozial-emotionale Probleme haben. Vor diesen Schülern haben Eltern, gerade auch bildungsinteressierte Eltern, besondere Angst, wenn sie in Klassen ihrer Kinder sind, denn sie erfordern relativ viel Aufmerksamkeit. Deshalb haben wir uns verständigt, dass dieser Standort zunächst einmal erhalten bleibt und nicht als einer der ersten Förderzentrenstandorte aufgelöst wird, sondern als der allerletzte, das will ich hier ganz deutlich sagen. Wir müssen uns überlegen, wie das Konzept für Schülerinnen und Schüler mit sozialemotionalen Behinderungen, aber auch für Schüler, die zeitweise Störungen im Verhaltensbereich haben, aussehen soll, Das ist ein großes Problem, das wir beim Inklusionsthema lösen müssen.

Präsident Weber: Frau Kollegin, haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Dr. Schierenbeck** (Bündnis 90/Die Grünen): Nun ist es so, dass in Schwachhausen in diesem Schuljahr schon mindestens eine Klasse fehlte, und das wird im kommenden Schuljahr auch so sein. Wo soll die Klasse denn jetzt konkret untergebracht werden?

Präsident Weber: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Jürgens-Pieper: Da kommen wir jetzt an andere Schulstandorte. Wir werden versuchen, sie an den Grundschulstandorten unterzubringen, an einigen sind auch Planungen entstanden, aber jedenfalls nicht an diesem Standort als Grundschulstandort.

Präsident Weber: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Die achte Anfrage steht unter dem Betreff "Wiedereröffnung der Geburtshilfe am Klinikum Bremen-Mitte (KBM)". Die Anfrage ist unterzeichnet von den Abgeordneten Bensch, Röwekamp und Fraktion der CDU.

Bitte, Herr Kollege Bensch!

Abg. Bensch (CDU): Wir fragen den Senat:

Zu welchem Zeitpunkt strebt der Senat derzeit die Wiedereröffnung der Geburtshilfe am KBM an,

und welche Vorkehrungen müssen bis dahin getroffen werden?

Plant der Senat, eine Arbeitsgruppe einzusetzen, die für den Betrieb der Geburtshilfe am KBM ein neues Konzept ausarbeitet, und, wenn ja, wann wird sie eingesetzt, und wer soll daran beteiligt sein?

Mit welchen Maßnahmen wirkt der Senat derzeit dem Verlust von Know-how im Bereich der Kinderchirurgie am KBM entgegen?

Präsident Weber: Diese Anfrage wird beantwortet von Frau Senatorin Jürgens-Pieper.

Senatorin Jürgens-Pieper: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1: Die Wiedereröffnung der Geburtshilfe im KBM wird zum zweiten Halbjahr 2013 angestrebt. Voraussetzungen hierfür sind insbesondere die Erarbeitung eines neuen Gesamtkonzeptes für die Geburtshilfe, unter anderem unter Einbindung der niedergelassenen Ärzte, und die Modifizierung des Personalkonzeptes, zum Beispiel fächerübergreifende Personalnutzung und Maßnahmen der Personalgewinnung. An der Schaffung dieser Voraussetzungen arbeitet die Gesundheit Nord zurzeit.

Zu Frage 2: Die Einsetzung einer Arbeitsgruppe durch den Senat ist nicht vorgesehen. Die Konzepterarbeitung ist ausschließlich operatives Geschäft der beteiligten Geschäftsführer des Klinikverbundes.

Zu Frage 3: Es besteht kein Verlust von Knowhow in der Kinderchirurgie. Dort werden zwar weniger Fälle behandelt, es findet jedoch eine enge Verzahnung mit den geburtshilflichen Abteilungen im KLdW und KBN statt. - Soweit die Antwort des Senats!

Präsident Weber: Haben Sie eine Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Bensch** (CDU): Frau Senatorin, Sie haben im März dieses Jahres in einer, wie ich finde, sehr vorbildlichen Art und Weise ein Ausfallkonzept auf den Weg gebracht, was die Neonatologie nach Schließung et cetera angeht. Sie haben die gesundheitspolitischen Sprecher aller Fraktionen eingeladen. Ist es für Sie vorstellbar, sobald die Wiederinbetriebnahme der Geburtshilfe am KBM bevorsteht, so einen Schritt nochmals zu unternehmen, um einen Konsens herbeizuführen?

Präsident Weber: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Jürgens-Pieper: Sie wissen, es ist für mich immer vorstellbar, dass ich die gesundheitspolitischen Sprecher zu wichtigen Themen einlade. Ich denke, wir sollten das Ganze um das Thema Dauerkonzept Neonatologie erweitern. Es besteht im Augenblick ein Arbeitsauftrag oder eine Arbeit innerhalb der Geschäftsführung der GeNo mit den Klinikenstandorten, und wenn das so weit ist - denn das ist auch ein riesiges politisches Standortthema -. dann sollten wir uns wieder zusammensetzen. Ich glaube, die Runde war beim letzen Mal sehr gut, auch mit den entsprechenden Chefärzten, sodass man auch die unterschiedlichen Meinungen hört. Gleichzeitig entsteht dadurch ein gewisser Druck, wie beim letzten Mal auch, eine Einigung zu erzielen. Das ist, glaube ich, beim letzten Mal außerordentlich gut gelungen. Insofern: offene Türen!

Präsident Weber: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Die neunte Anfrage trägt die Überschrift "CO₂-Einsparungen bei Lang-Lastwagen". Die Anfrage ist unterzeichnet von den Abgeordneten Strohmann, Röwekamp und Fraktion der CDU.

Bitte, Herr Strohmann!

Abg. Strohmann (CDU): Wir fragen den Senat:

Wie bewertet der Senat die ersten Ergebnisse aus dem Feldversuch mit Lang-Lkw, dass nicht nur 25 Prozent, sondern sogar 33 Prozent Treibstoff und CO₂ durch den Einsatz von Lang-Lkw eingespart werden können?

Zieht der Senat vor diesem Hintergrund in Erwägung, zumindest die Strecke ins GVZ für Lang-Lastwagen freizugeben, um den CO₂-Ausstoß im Stadtgebiet zu senken?

Präsident Weber: Diese Anfrage wird beantwortet von Herrn Senator Dr. Lohse.

Senator Dr. Lohse: Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1: Untersuchungsergebnisse aus dem laufenden Feldversuch des Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, BMVBS, unter wissenschaftlicher Begleitung der Bundesanstalt für Straßenwesen, BASt, zur möglichen Einsparung von Treibstoffen oder zur Verringerung des CO₂-Ausstoßes durch den Einsatz von Lang-Lkw liegen bislang nicht vor. Dem Senat sind auch keine anderen gesicherten Untersuchungsergebnisse bekannt, die unter Berücksich-

tigung alternativer Transportmöglichkeiten wie Eisenbahn oder Schiff erstellt wurden.

Zu Frage 2: Die generelle Freigabe von Strecken ist nur bei einer Teilnahme am Feldversuch möglich. Der Senat beabsichtigt weiterhin, unter Berücksichtigung der klaren Beschlussfassung der Bremischen Bürgerschaft, keine Teilnahme am Feldversuch. Gleichwohl werden weiterhin mit bremischen Unternehmen Gespräche über Einzelfallregelungen geführt. - Soweit die Antwort des Senats!

Präsident Weber: Herr Senator, eine Zusatzfrage des Kollegen Saxe!

Abg. **Saxe** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Senator, die Beschlusslagen der Bremischen Bürgerschaft und des Senats sind für mich bislang so, dass Bremen nicht am Feldversuch teilnimmt. Gehe ich recht in der Annahme, dass dies weiter Bestand haben wird?

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Dr. Lohse: Dies, meine ich, in der Antwort des Senats zum Ausdruck gebracht zu haben, und da gehen Sie recht in der Annahme.

Präsident Weber: Herr Saxe, haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Saxe** (Bündnis 90/Die Grünen): Teilen Sie meine Ansicht, dass es sich bei diesen, wie immer man sie nennt, Giga-, Öko-, Monsterlinern um auf die Verkehrssicherheit bezogen gefährliche Fahrzeuge und ein teures Projekt handelt, das auf Deutschlands Straßen installiert werden soll, und dass man das deswegen nicht weiter verfolgen sollte?

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Dr. Lohse: Wir haben die Thematik in diesem Haus mehrfach ausführlich erörtert, und ich habe immer wieder darauf hingewiesen, dass es Sicherheitsaspekte und Sicherheitsbedenken gibt, was den Gebrauch dieser Fahrzeuge anbelangt, besonders wenn sie in der Stückzahl stark zunehmen.

Ich habe auch darauf hingewiesen - das hat auch der Bundesverkehrsminister Herr Ramsauer in der letzten Woche noch einmal sehr deutlich gemacht -, wie schlecht wir aufgestellt sind, was die Finanzierung der Verkehrsinfrastruktur in der Zukunft betrifft. Es wird natürlich ein erheblicher Teil Infrastruktur dafür notwendig werden, unser Straßennetz dann für diese Lang-Lkw zu ertüchtigen,

beispielsweise was Autobahnrastplätze oder dergleichen anbelangt. Das wird natürlich allen anderen fehlen, weil die Fördermittel im Straßenverkehrsbereich nach meiner Einschätzung nicht in dem Maße steigen werden. Das heißt, letztlich haben wir es mit einer relativen Verschiebung zwischen den Verkehrsträgern zu tun, der dadurch Vorschub geleistet wird.

Präsident Weber: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Saxe** (Bündnis 90/Die Grünen): Es gibt eine Klage vor dem Bundesverfassungsgericht von der SPD und Bündnis 90/Die Grünen und zwei Bundesländern. Ist es eigentlich sinnvoll, bevor man weiß, wie das ausgeht, dass wir hier über irgendwelche Ausnahmegenehmigungen reden, die dann für die Unternehmen gegebenenfalls sehr teuer werden, wenn sie ihre Fahrzeuge nämlich gleich wieder einziehen müssen, weil das Gericht das kassiert hat?

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Dr. Lohse: Wir beobachten den Verlauf dieser beiden Verfassungsbeschwerden sowohl der Bundestagsfraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen als auch der Bundesländer Baden-Württemberg und Schleswig-Holstein aufmerksam und lassen sie in unsere Überlegungen mit einfließen.

Präsident Weber: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Die zehnte Anfrage befasst sich mit dem Thema "Wohngebiet in Oslebshausen". Die Anfrage ist unterzeichnet von den Abgeordneten Strohmann, Röwekamp und Fraktion der CDU.

Bitte, Herr Strohmann!

Abg. Strohmann (CDU): Wir fragen den Senat:

An welchem genauen Ort sollen die in der von Senator Dr. Lohse am 27. September 2012 veröffentlichten Wohnungsbauoffensive genannten 100 Wohneinheiten in der Ritterhuder Heerstraße entstehen?

Sollen an dieser Stelle in der Ritterhuder Heerstraße Einfamilienhäuser gebaut werden, und, wenn nein, welche Art der Wohnbebauung soll dann dort entstehen?

Für welches Preissegment soll in der Ritterhuder Heerstraße Wohnraum gebaut werden?

Präsident Weber: Diese Anfrage wird beantwortet von Herrn Senator Dr. Lohse.

Senator Dr. Lohse: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1: Die Flächenpotenziale liegen im Bereich des Bebauungsplans 2071, der seit dem 30. März 2001 rechtskräftig ist. Dabei handelt es sich um Flächen, die teilweise im Besitz der Stadtgemeinde Bremen und teilweise in Privateigentum sind. Die Flächen befinden sich beiderseitig der Ritterhuder Heerstraße, westlich des Piepengraben zwischen der Bahntrasse und der Bundesautobahn A 27. Durch die Verlegung des Autobahnzubringers aus der Ritterhuder Heerstraße in eine Parallellage zur Bundesautobahn A 27 konnten aus ehemaligen Vorhalteflächen zur Verbreiterung der Ritterhuder Heerstraße Wohnbauflächen generiert werden.

Das in der "Wohnungsbaukonzeption Bremen '20" mit 102 Wohneinheiten ausgewiesene Areal erstreckt sich insgesamt über circa 4,2 Hektar, wobei die Erschließungen aufgrund des fehlenden Ausbaus noch nicht gesichert sind - Rohbauland -. Zusätzlich ermöglicht der Bebauungsplan eine Nachverdichtung der sehr tiefen Grundstücke am Bauerndobben, die über Stichstraßen von der Ritterhuder Heerstraße erschlossen werden sollen.

Zu Frage 2: Die vorhandenen Siedlungen an den Anliegerstraßen Randweg, Krumme Reihe, Bauernweide und Bauerndobben mit ihren kleinteiligen Strukturen sollen behutsam fortgeführt werden. In dem Bebauungsplan sind im Wesentlichen eingeschossige, jeweils als Einzel- und Doppelhäuser konzipierte Wohnformen in offener Bauweise mit nicht mehr als zwei Wohnungen festgesetzt. In Richtung Oslebshauser Bahnhof ist südwestlich der Ritterhuder Heerstraße eine verdichtete zwei- bis teilweise dreigeschossige Bauweise in größeren Wohneinheiten möglich. Hier können andere Haustypen sowohl in Form einer Reihenhausbebauung als auch in Form von Geschosswohnungen realisiert werden, um einen städtebaulichen Akzent zu setzen und eine Durchmischung der Wohnformen zu ermöglichen.

Zu Frage 3: Das nördliche Oslebshausen wird als ehemaliges Arbeiterquartier durch eher einfache Einfamilien- und Doppelhäuser geprägt. Aufgrund der Stadtrandlage und der Nähe zur Autobahn sind die Grundstückspreise niedrig. Das für die Bebauung vorgesehene Gebiet ist stark durchgrünt und wird in der Wohnungsbaukonzeption als qualitätvolle Stadtrandlage eingestuft. Somit sind preisgünstige, moderne Eigenheime mit Gartenbezug in den Randlagen für eine Klientel von

Bedeutung, die auch einen Umzug in das benachbarte Umland erwägt. Geplant ist die Weiterführung der bestehenden Siedlungsstruktur für einen preissensiblen Nutzerkreis. Dies kann durch die geplanten Einzel- und Doppelhäuser für alleinlebende Menschen, für Gruppen oder für Familien in unterschiedlichen Größen gewährleistet werden. - Soweit die Antwort des Senats!

Präsident Weber: Zusatzfragen liegen nicht vor.

Die elfte Anfrage der Fragestunde verlangt vom Senat Auskunft über den **Bearbeitungsstand Status Stadtteil Oberneuland.** Die Anfrage ist unterzeichnet von den Abgeordneten Dr. vom Bruch, Röwekamp und Fraktion der CDU.

Bitte, Herr Dr. vom Bruch!

Abg. **Dr. vom Bruch** (CDU): Wir fragen den Senat:

Welchen Bearbeitungsstand hat der Beschluss/Antrag des Beirates Oberneuland auf Zuteilung des Status Stadtteil für Oberneuland vom 3. Mai 2011, der dem Senat mit Schreiben vom 31. Mai 2011 zugestellt wurde, und welche Ursachen gibt es für die über einjährige Bearbeitungszeit?

Erfüllt der bisherige Ortsteil Oberneuland die Kriterien für die Feststellung des Status als Stadtteil?

Wann ist mit einem Bescheid an den Beirat zu rechnen?

Präsident Weber: Diese Anfrage wird beantwortet von Herrn Staatsrat Dr. Joachim.

Staatsrat Dr. Joachim: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1: Der Beschluss/Antrag des Beirates Oberneuland auf Zuteilung des Status Stadtteil für Oberneuland befindet sich aktuell in der abschließenden Bearbeitung. Insbesondere die Prüfung über mögliche mittelbare Auswirkungen von Veränderungen von Verordnungen oder Gesetzen haben sehr viel Zeit in Anspruch genommen. Rechtsgrundlage für die Prüfung auf Umsetzung des Beschlusses ist die Verordnung über die Neuordnung der stadtbremischen Verwaltungsbezirke. Eine weitere zu verändernde Grundlage ist das Ortsgesetz über Beiräte und Ortsämter.

Zu Frage 2: Nach der Verordnung über die Neuordnung der stadtbremischen Verwaltungsbezirke gibt es zwei Voraussetzungen, um einen Ortsteil in den Rang eines Stadtteils zu heben. Erstens soll der Stadtteil aus zwei Ortsteilen bestehen. Dieses Kriterium trifft auf Oberneuland nicht zu. Zweitens erfüllt ein Ortsteil die Kriterien für die Feststellung des Status als Stadtteil, wenn er mindestens 10 000 Einwohner hat. Dieses Kriterium erfüllt Oberneuland mit einer Einwohnerzahl von 13 045, Stand: 31. Dezember 2011. Da es sich um eine Alternativbestimmung handelt, muss nur eine Voraussetzung erfüllt sein, das ist für den Ortsteil Oberneuland der Fall.

Zu Frage 3: Die nötigen Änderungen in der Verordnung zur Neuordnung der stadtbremischen Verwaltungsbezirke und in dem Ortsgesetz über Beiräte und Ortsämter werden der Bürgerschaft nach Beteiligung des Beirates Oberneuland und der rechtsförmlichen Prüfung durch den Senator für Justiz und Verfassung in den nächsten Monaten zur Beschlussfassung in einem Ortsgesetz vorgelegt. - Soweit die Antwort des Senats!

Präsident Weber: Herr Kollege Dr. vom Bruch, haben Sie eine Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Dr. vom Bruch** (CDU): Herr Staatsrat, Sie haben quasi eingeräumt, dass die über einjährige Bearbeitungsdauer lang ist. Nun sprechen Sie in der Antwort zu Frage 3 davon, dass das in den nächsten Monaten dem Beirat zugeleitet wird; so habe ich es jedenfalls verstanden. Können Sie das vielleicht ein bisschen konkretisieren?

Präsident Weber: Bitte, Herr Staatsrat!

Staatsrat Dr. Joachim: Die Antwort zu Frage 3 bezieht sich auf eine Zuleitung an die Bürgerschaft in Form eines Ortsgesetzes. Davor ist die Beiratsbefassung vorgesehen. Sie können, auch wenn ich hier keine genauen Terminzusagen machen kann, sicherlich davon ausgehen, dass wir bestrebt sind, diese Zuleitung an den Beirat noch in diesem Jahr zu erledigen.

Präsident Weber: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Dr. vom Bruch** (CDU): Herr Staatsrat, ein Jahr Bearbeitungszeit in diesem Fall ist nur ein Beispiel dafür, dass die Beiräte meines Erachtens zunehmend zu dem Eindruck kommen müssen, dass Schreiben, Anträge und so weiter, die sie an die Behörden weiterleiten, sehr zögerlich bearbeitet werden. Teilen Sie diesen Eindruck, den ich da habe und den ich vermittelt bekomme?

Präsident Weber: Bitte, Herr Staatsrat!

Staatsrat Dr. Joachim: Diesen Eindruck teile ich in diesem konkreten Fall. Ich kann sagen, dass die Bearbeitungszeit an dieser Stelle deutlich zu lang war und wir hier zu einem schnellen Ergebnis kommen müssen. Generell teile ich diese Einschätzung nicht, und das ist mir so in den Einzelfällen auch nicht bekannt.

Präsident Weber: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Die zwölfte und damit letzte Anfrage in der Fragestunde trägt die Überschrift "Neuordnung von Ortsteilgrenzen". Die Anfrage ist unterschrieben von den Abgeordneten Senkal, Tschöpe und Fraktion der SPD.

Bitte, Herr Senkal!

Abg. Senkal (SPD): Wir fragen den Senat:

Erstens: Hat der Senat Kenntnis davon, dass bremische Ortsteilgrenzen geschlossene Siedlungskörper trennen und vereinzelt sogar durch Gebäude verlaufen?

Zweitens: Welche Auswirkungen hat dies zum Beispiel im Hinblick auf die Zuordnung von Schuleinzugsbereichen, Wahlbezirken und auf andere hoheitliche Aufgaben?

Drittens: Inwieweit sieht der Senat die Möglichkeit, entsprechende Ortsteilgrenzen im Interesse der betroffenen Bürgerinnen und Bürger neu zu ordnen?

Präsident Weber: Diese Anfrage wird beantwortet von Herrn Senator Dr. Lohse.

Senator Dr. Lohse: Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1: Aus verschiedenen technischen und sachlichen Gründen entsprechen die bestehenden Ortsteilgrenzen in Einzelfällen nicht den topografischen und bebauungsstrukturellen Plausibilitäten. Dies ist zum Beispiel durch neue Straßenführungen und Bauvorhaben auf großen, hierdurch geteilten Grundstücken verursacht. Ebenso hat die Überführung der kartografischen Unterlagen der Baublöcke und Ortsteilgrenzen in digitale Unterlagen zu einer Reihe kleinerer Unstimmigkeiten geführt beziehungsweise diese deutlich gemacht. Im Rahmen der laufenden Fortführung des kleinräumigen statistischen Bezugssystems, KBS, werden entsprechende Fälle offensichtlich und bieten die Möglichkeit, eine Anpassung einer Reihe von Baublöcken und darauf aufbauend Verkehrszellen und Ortsteilgrenzen zu entwickeln.

Da aufgrund von statistischer Vergleichbarkeit von Zeitreihen auch eine möglichst große Konstanz der Basisdaten erforderlich ist, kann und darf dies jedoch nur in gravierenden Fällen erfolgen.

Auf mittlere Sicht steht die Entwicklung von Fortschreibungsvorschlägen für wenige, einzelne Bereiche und deren gebündelte Beratung und Beschlussfassung an. Es muss hierbei aus den oben genannten Gründen sorgfältig einerseits hinsichtlich der technischen und statistischen Erfordernisse und andererseits hinsichtlich der Einführung neuer Abgrenzungen, die aufgrund politischer Forderungen und zur Erleichterung hoheitlicher Aufgabenwahrnehmung, wie die Bildung von Wahlbezirken oder Zensusaufgaben, erfolgen sollen, abgewogen werden.

Zu Frage 2: Mit der Bestimmung der Schuleinzugsbezirke wird festgelegt, aus welchen Straßen beziehungsweise Teilen von Straßen die dort wohnenden Kinder einer bestimmten Grundschule zugeordnet werden. Diese Zuordnung richtet sich nach der Schulweglänge, den Gegebenheiten des Straßenverkehrs sowie nach den Kapazitäten der jeweiligen Grundschulen. Die Schneidung der Ortsteilgrenzen hat hierauf keine Auswirkung.

Zu Frage 3: Der Senat wird in Abstimmung mit den entsprechenden Beiräten der Bürgerschaft eine Veränderung der Verordnung über die Neuordnung der stadtbremischen Verwaltungsbezirke durch Ortsgesetz vorschlagen, sobald entsprechende Informationen aus den Senatsressorts vorliegen. Eine grundlegende Neuordnung der Ortsteilgrenzen wird nicht angestrebt. - Soweit die Antwort des Senats!

Präsident Weber: Herr Senkal, haben Sie eine Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Senkal** (SPD): Vielleicht eine kleine Erkenntnis! Ich habe die Antworten zu den Fragen 2 und 3 verstanden, aber die Antwort zu Frage 1 habe ich definitiv nicht verstanden. Gibt es Stadtteile, in denen durch eine Wohnung oder ein Haus eine Stadtteilgrenze geht?

Präsident Weber: Bitte. Herr Senator!

Senator Dr. Lohse: Mir wurde gesagt, dass es sogar ein Gebäude gibt, durch das die Landesgrenze nach Niedersachsen geht, das heißt, es gibt solche Fälle, das ist in der Antwort des Senats auch beschrieben. Es gibt solche Fälle, und wir müssen schauen, ob sich dort, wo sie Probleme auslösen, ein Handlungsbedarf ergibt.

Präsident Weber: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Mit Beantwortung dieser Anfrage ist die Fragestunde beendet.

Aktuelle Stunde

Für die Aktuelle Stunde ist von den Abgeordneten Strohmann, Röwekamp und Fraktion der CDU folgendes Thema frist- und formgerecht eingebracht worden:

"Papierstau statt Logistik - Amtsführung von Senator Dr. Lohse passt nicht zu Bremen"

Dazu als Vertreter des Senats Herr Senator Dr. Lohse.

Die Beratung ist eröffnet.

Als erster Redner hat das Wort der Abgeordnete Strohmann.

Abg. **Strohmann** (CDU): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Dr. Lohse, ich frage mich immer wieder: Was ist eigentlich in Ihrem Ressort los? Seien es die Themen Lang-Lkw, die Verlängerung der Linie 1, die Umweltzone, das ganze Theater bei der Umsetzung der A 281 und so weiter. Ich könnte der Liste noch einige Beispiele hinzufügen, alles ungeklärte Baustellen beziehungsweise nur Zirkus und Theater!

(Abg. Frau Dr. Schaefer [Bündnis 90/Die Grünen]: Weil Sie es vorher nicht gemacht haben!)

Sie werden uns jetzt gleich wahrscheinlich wieder sagen, dass Sie dafür nicht die Verantwortung tragen, dass Sie erst kurz im Amt und noch nicht so lange in Bremen sind. Genau das ist das Problem! Sie sind immer noch nicht in Bremen und Bremerhaven angekommen, und das schadet Bremen und Bremerhaven als Logistikstandort.

(Beifall bei der CDU)

Sehr geehrter Herr Dr. Lohse, akzeptieren Sie endlich, dass Sie Verkehrssenator in einem Land sind, das von Logistik lebt! 80 000 Arbeitsplätze hängen von den Häfen und den Logistikunternehmen ab, man hat aber den Eindruck, dass sich Ihr Ressort nur mit dem Thema Umwelt befasst. Das wird klar, wenn man sich die Themen anschaut, die Sie besetzen. Das eigentliche strukturelle Problem wird aber sichtbar, wenn man sich einfach einmal die Mühe macht und ins rote Be-

hördentelefonbuch schaut. Ich habe das einmal gemacht, und dabei sind erstaunliche Ergebnisse zum Vorschein gekommen. Ich zitiere: Referat 20, Umweltinnovation, Kommunikation: 9 Mitarbeiter,

(Abg. Dr. Güldner [Bündnis 90/Die Grünen]: Es stehen dort doch gar nicht alle darin!)

Referat 21, Energie, Klimaschutz, Umwelttechnik: 14 Mitarbeiter, Referat 31, Flächen-, Biotop- und Artenschutz, Landschaftsplanung, Eingriffsregelungen: 12 Mitarbeiter! Jetzt kommt es aber noch schöner: Referat 30, Grünordnung, Schutzverordnungen, Ökologische Landwirtschaft, Forst und Jagd: 16 Mitarbeiter. Ich will nur zum Vergleich sagen: Das Referat 53 mit dem Verkehrs- und Straßenrecht, worunter unter anderem auch das Genehmigungsverfahren für Schwerlasttransporte fällt, hat 13 Mitarbeiter.

(Abg. Saxe [Bündnis 90/Die Grünen]: 270! Das ASV hat 270!)

Jetzt frage ich mich einmal ganz ernsthaft: Hat in dieser Stadt Jagd und Forst wirklich einen höheren Stellenwert als Verkehr?

(Beifall bei der CDU - Abg. Frau Dr. Schaefer [Bündnis 90/Die Grünen]: Das ist doch wirklich Quatsch, was Sie da erzählen!)

Ich habe einmal geschaut, wir haben gar keine Wälder und auch gar kein Wild. Ich weiß nicht, ob Herr Senator Dr. Lohse die Rehe im Bürgerpark mitgerechnet hat! Das sind unhaltbare Zustände, denn genau durch dieses personelle Missmanagement kommt es zu den 2 000 nicht bearbeiteten Anträgen bei den Schwerlasttransporten.

(Beifall bei der CDU - Abg. Dr. Güldner [Bündnis 90/Die Grünen]: Wenn Sie ein Reifen wären, würde er auf der Felge fahren, so platt ist das!)

2 000 unbearbeitete Anträge sind wirklich eine Hausnummer, wenn man sich einmal überlegt, dass an jedem einzelnen Fall ein Wirtschaftsauftrag hängt. Weil Bremen schlampt, sind 2 000 Arbeitsprozesse ausgebremst. Sei es die Fertigstellung eines Windrads in Bremerhaven oder der Bau der Ariane-Rakete, Bremen bremst aus. Die 2 000 unbearbeiteten Anträge finde ich auch vor dem Hintergrund der Antwort auf unsere Kleine Anfrage vor acht Wochen bemerkenswert. Damals hieß es noch, dass die durchschnittliche Bearbeitungszeit 10 bis 14 Tage betragen würde, lediglich im Einzelfall könne es länger dauern. Wenn 2 000 Anträge unbeantwortet liegen bleiben

und Firmen wegen Unzuverlässigkeit des Straßenverkehrsamts ihre Genehmigungen in anderen Ländern einholen müssen, kann man nicht mehr von Einzelfällen sprechen.

(Beifall bei der CDU)

Herr Senator, Ihren Welpenschutz haben Sie mittlerweile verloren, und wenn Sie es auch immer wieder bestreiten: Bekommen Sie endlich Ihr Ressort in den Griff! Ich sehe, das ist nicht der Fall. Eines muss man natürlich auch sagen. Dieses gesamte Ressort ist natürlich von Ineffizienz und Desorganisation geprägt, schauen Sie ins rote Telefonbuch!

(Lachen beim Bündnis 90/Die Grünen - Abg. Dr. Güldner [Bündnis 90/Die Grünen]: Da steht es drin, ja?)

Ja, schauen Sie hinein, da sehen Sie es! Da sehen Sie, es sind strukturelle Probleme. Lachen Sie ruhig! Schaut man sich das Genehmigungsverfahren für Schwerlasttransporte nämlich einmal genauer an, wird ganz deutlich, dass auch noch weitere strukturelle Probleme vorhanden sind und dass planlos gehandelt wird.

(Abg. Dr. Güldner [Bündnis 90/Die Grünen]: Wie tief kann man sinken?)

Für jeden Antrag wird jedes Bauwerk, das die Strecke überfahren muss, neu bemessen. Obwohl es jährlich 30 000 Schwerlasttransporte über Bremen gibt, wurde keine Standardisierung eingeführt. Außerdem führt diese ganze Berechnung ein externes Ingenieurbüro durch. Wir haben in unserer Kleinen Anfrage gefragt, ob es nicht sinnvoll wäre, einen eigenen Brückenbauer im Amt zu beschäftigen. Die Antwort war: "Mit den Haushaltsmitteln für die Vergabe an das Ingenieurbüro könnte eigenes Personal finanziert werden." Warum tun Sie es nicht einfach? Warum wird es alles outgesourct?

Das ist aber nicht alles, was Sie an Ineffizienz zu bieten haben. Da nämlich die Bearbeitung in Bremen immer so lange dauert, stellen viele Bremer und Bremerhavener Firmen ihre Anträge in anderen Städten. Das hat zur Konsequenz, dass die Firmen die Gebühren, die sie bezahlen müssen, in den anderen Städten, wo sie den Antrag stellen, bezahlen. Sie haben die Gebühren, aber wir müssen, weil die Firmen über Bremer Straßen fahren, die Anträge trotzdem bearbeiten. Wir haben also nicht nur die Arbeit, sondern auch die Kosten, und wir haben keine Einnahmen. Anstatt diesen Missstand zu beheben und uns Einnahmen zu generieren, werden wir hier immer langsamer. Nun muss man der Fairness halber sagen,

dass dieses strukturelle Problem schon länger besteht - das gab es auch schon einmal unter Herrn Dr. Loske -, aber ich erwarte, dass es gelöst wird.

(Abg. Röwekamp [CDU]: Ja, vor fünf Jahren, aber so lange liegen die Anträge da nicht!)

Ich habe noch eine Frage, weil der Wirtschaftssenator dann auch noch einmal deutlich gemacht hat, dass er das auch alles unmöglich findet. Ich muss ihm sagen - heute ist er leider nicht da, aber er wird von seinem Staatsrat vertreten -,

(Abg. Röwekamp [CDU]: Der kann ja auch einmal etwas sagen!)

die monatelangen Probleme, die wir im Genehmigungsverfahren haben, sind Herrn Günthner nun auch schon länger bekannt, weil die Firmen ihn angesprochen haben, weil er mit Logistikern und der Hafenwirtschaft öfter zusammen ist. Ich erwarte da ein bisschen mehr als heiße Luft und immer nur daraufzuschlagen.

Wir als CDU-Bürgerschaftsfraktion erwarten, dass das Referat 53 neu aufgestellt wird. Ich sage Ihnen: Lassen Sie die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die da wirklich jeden Tag Knochenarbeit leisten, nicht hängen!

(Beifall bei der CDU)

Das ist nicht nur eine Frage der Obhutspflicht als Arbeitgeber, sondern auch eine strategische Ausgangslage für die nächsten Jahre. Wir haben hier die große Chance, Logistikzentrum zu werden, Know-how-Zentrum für Windenergie zu werden, wenn wir es schaffen, diesen Bereich neu aufzustellen.

Wir haben hier im ASV wirkliche Koryphäen, die bundesweit Anerkennung haben, nur lassen wir sie allein, und sie ertrinken durch schlampiges Ressortverhalten der Vorgesetzten, das muss man hier ganz deutlich sagen. Unterhalten Sie sich einmal mit denen! Wenn wir es aber schaffen, dies hier auszubauen, haben wir einen Knowhow-Vorsprung, und wir können auch Einnahmen generieren. Ich glaube, das ist nämlich das Entscheidende. Bis jetzt produzieren Sie durch diese Schlampigkeit nur Kosten. Wir können auch Einnahmen generieren, und das erwarten wir als Fraktion. - Vielen Dank!

(Beifall bei der CDU)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Dr. Güldner.

Abg. **Dr. Güldner** (Bündnis 90/Die Grünen)^{*)}: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich hatte doch ein bisschen mehr erwartet, aber als Sie dann anfingen, mit dem roten Telefonbuch zu wedeln, habe ich mich gefragt, wie tief man als Partei eigentlich sinken kann.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Ich dachte, bei der letzten Wahl wäre es der Tiefpunkt gewesen.

Wir haben im Verkehrsbereich ein ganzes Amt mit einigen hundert Mitarbeitern haben, die ein paar Seiten weiter im Telefonbuch stehen. So weit sind Sie gar nicht gekommen, Kleinigkeiten haben Sie einfach übersehen, es stehen auch gar nicht alle Mitarbeiter in diesem Telefonbuch. Es ist fast jeder Satz schon zu viel, der sich damit befasst. Wie ernst es Ihnen wirklich ist, sich für die Wirtschaft im Land Bremen angeblich einzusetzen, hat man an dieser Rede gemerkt.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Ich möchte auf beide Teile der Formulierung der Aktuellen Stunde eingehen. Zum ersten Teil möchte ich sagen, dass ich vollkommen bei Ihnen bin, es kann nicht sein, dass in bremischen Ämtern - wir haben in bremischen Ämtern ja sozusagen verschiedene Patienten - Anträge so lange liegen, wie es hier offensichtlich der Fall gewesen ist. Das ist schlecht für diejenigen, die die Anträge stellen - das könnten wir alle bei verschiedenen Gelegenheiten sein -, für die Unternehmungen, die sie vorhaben, und es ist insgesamt für Bremen schlecht. Ob es in dem Fall im ASV ist, ob es dann einmal in der Ausländerbehörde oder einer anderen Behörden ist, ich finde, es ist vollkommen berechtigt, sich hier in der Sache Gedanken zu machen, dass der Zustand in Form einer solchen Bearbeitungsdauer und eines solchen Staus - wir hatten an anderer Stelle auch schon einmal 20 000 oder auch 40 000 Akten, die irgendwo lagen - definitiv nicht geduldet werden kann.

Nun sind die Umstände ganz offensichtlich auch Ihnen in der Deputation noch einmal erläutert worden, dass wir sowieso eine schwierige Personallage haben. Die CDU beschwert sich auch immer über uns, dass wir nicht genug sparen, vor

allem beim Personal, das würde sich dadurch dann noch verschärfen, wenn das, was Sie sagen, umgesetzt würde. Wir hatten in diesem konkreten Fall aber schon Nachsteuerungsmaßnahmen, und dann gab es aber den unglücklichen Umstand, dass nacheinander drei Kolleginnen und Kollegen, die damit befasst sind, krank geworden sind. Dass ein solches Antragsverfahren dann natürlich zusammenbricht, ist vollkommen klar.

Der Senator hat hier immer ganz klar gesagt, was Sache ist, er hat auch ganz klar gehandelt. Es wird jetzt noch einmal erneut Personal nachgesteuert, und wir hoffen sehr, dass dann eine vernünftige Bearbeitungszeit für diese Anträge der Logistikunternehmen auch gewährleistet werden kann. So viel zur Sache!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Das wäre auch in Ordnung gewesen. Nun haben Sie aber einen zweiten Teil, und dieser zweite Teil der Formulierung Ihrer Aktuellen Stunde ärgert mich richtig. Sie haben ein bisschen verbrämt durch dieses Wort Amtsführung gesagt - und das sollte auch ein Effekt sein, den Sie da draußen bewirken wollten -, Senator Dr. Lohse passt nicht zu Bremen! Es ist selbstverständlich, dass Sie als Opposition die Regierung kritisieren, dass Sie die rot-grüne Koalition kritisieren, dass Sie jede einzelne und jeden einzelnen der Senatorinnen und Senatoren kritisieren, darüber müssen wir nicht lange streiten. Dieses Argument, er passt nicht zu Bremen, ist allerdings eindeutig in einer diffamierenden -

(Widerspruch bei er der CDU)

ja, natürlich ist das eine Diffamierung! - Emotionalisierung der Debatte gemeint, dass Sie auch jenseits der Argumente versuchen - -. Mich würde einmal interessieren, wer in der CDU-Fraktion wirklich glaubt, dass die Formulierung der Aktuellen Stunde, Senator Dr. Lohse passt nicht zu Bremen, gut ist. Ich wette mit Ihnen, dass ganz viele Abgeordnete in Ihrer Fraktion der Meinung sind, dass das keine gute Idee ist, eine Aktuelle Stunde so zu formulieren. Da bin ich mir ganz sicher!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der SPD und bei der LINKEN)

Es ist nicht nur eine schlechte Idee, es ist eine ausgemachte Frechheit, es so zu formulieren, weil Sie damit den Eindruck erwecken, dass jemand, der erstens kein Berufspolitiker ist, sondern aus

^{*)} Vom Redner nicht überprüft.

einem sehr langen Berufsleben in dieses Amt gekommen ist -

(Abg. Röwekamp [CDU]: Jetzt ist er aber Berufspolitiker!)

heute ist er das selbstverständlich -, zweitens aus Hamburg stammt, einen wesentlichen Teil seines Berufslebens in Freiburg verbracht hat und nun direkt aus Kassel aus dem dortigen Magistrat zu uns gekommen ist, erst beweisen müsse, dass er zu Bremen passt. Ich finde, das, was Sie im Moment - gerade als CDU und gerade in diesen Tagen, deswegen hat mich diese enorme Frechheit wirklich gewundert - in Bremen veranstalten, was Sie im Moment als politische Kultur in Bremen etablieren - -. Sie wollen definieren, wer politisch zu Bremen passt und wer nicht, das können Sie, glaube ich, vergessen, dass Ihnen das irgendjemand abnimmt.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der SPD und bei der LINKEN)

Gerade im Verkehrsbereich sind viele Dinge auf den Weg gebracht worden, die teilweise jahreoder jahrzehntelang lagen. Denken Sie daran, wie lange wir in Bremen an dieser Autobahn arbeiten, wie lange wir über Straßenbahnverlängerungen verhandeln, wie lange wir über ein Wohnungsbauprogramm diskutiert haben, das auch soziale Aspekte berücksichtigt! Viele Dinge kommen auf den Weg, weil dieser Senator, seine Staatsräte und auch die gesamte Mannschaft dort in der Behörde wirklich das tut, was Sie nicht tun, weil Sie sich ausschließlich mit sich selbst beschäftigen. Er beschäftigt sich mit den zentralen Problemen Bremens, arbeitet daran und kommt auch ein ganz gutes Stück voran,

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

gerade in den letzten Wochen und Monaten, dafür danken wir ihm, und deswegen stehen wir auch voll hinter diesem Senator und finden Ihre Formulierung der Aktuellen Stunde, die Sie heute eingebracht haben, einen Tiefpunkt dessen, was Sie hier leisten. - Vielen Dank!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Pohlmann.

Abg. **Pohlmann** (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Als Kollege Strohmann anfing - da liegt ja noch das rote Behördentelefonbuch -, fühlte ich mich ein Stück weit an die politischen

Debatten in Westdeutschland, in der Bundesrepublik vor 35 Jahren erinnert, da hat man auch, lieber Herr Dr. Kuhn, über die Frage des kleinen roten Buches und auch über Fragen des Dogmatismus diskutiert. Ich glaube, es ist ein Musterbeispiel. Kollege Dr. Güldner, Sie haben es vollkommen zu Recht angesprochen. Nach dem, was Herr Strohmann hier gesagt hat, möchte ich in meinem ersten Teil auf die Durchsichtigkeit dessen eingehen, was die CDU hier vorgetragen hat. Im zweiten Teil will ich versuchen, noch einmal sachlich darauf einzugehen, weil ich glaube, dass es notwendig und richtig ist, diese Frage auch sachlich zu beurteilen und an Lösungen zu arbeiten.

Eines ist vollkommen klar: Im Kern geht es dieser CDU darum, hier Stimmungsmache zu organisieren, anstatt sich um Objektivität und Klärung von Sachfragen zu bemühen. Ich habe einmal nachgeschaut, was eigentlich die zentralen Debatten im Bereich Verkehrspolitik im Landtag und auch in der Stadtbürgerschaft waren. Es war die Frage der A 281, wir erinnern uns, im April dieses Jahres - das ist auch vollkommen richtig vom Kollegen Dr. Güldner dargestellt, es wird wieder personifiziert -, mit anderen Worten: Dieser Senator ist eigentlich eine Flasche, der schafft es noch nicht einmal, die Verhandlungen mit Berlin/Bonn abzuschließen.

Wenn wir morgen über die A 281 diskutieren, liebe Kolleginnen und Kollegen der CDU, dann geht es auch darum zu erkennen, dass hier eine zentrale Frage der politischen Debatte und auch der Verkehrspolitik der letzten Jahrzehnte - die ersten Diskussionen über die A 281 gab es nämlich schon im Jahr 1975 - zum Abschluss gekommen ist, und zwar mit einer klaren Amtsführung und Positionierung dieses rot-grünen Senats. Das ist erfolgreich abgeschlossen, und das werden wir morgen diskutieren.

(Beifall bei der SPD)

Zweitens erinnere ich an die Debatte über den Wesertunnel. Man erinnert sich noch an diese peinlichen Debatten,

(Abg. Röwekamp [CDU]: Die SPD hat ja 30 Jahre daran gearbeitet!)

Herr Röwekamp, über die Ampelanlagen an der Richard-Boljahn-Allee und an der Kurfürstenallee und an die ständigen Versuche, die Umweltzone irgendwie schlechtzumachen. Sie sind inhaltlich alle für Sie nach hinten losgegangen, und deshalb wird jetzt das nächste Problem nach oben gekocht.

(Abg. Strohmann [CDU]: Das gibt es ja gar nicht!)

Von den Firmen der Logistikbranche sind in den letzten Jahren immer wieder zwei Problembereiche angesprochen und, ich finde, vollkommen zu Recht auch kritisiert worden. Es wurden das Ressort, das Parlament und die Deputation angesprochen, hier zu einer Problemlösung zu kommen. Erstens ging es um die Zufahrt zum Neustädter Hafen über die Abfahrt Woltmershausen, wo die Kurve für die Sonder- und Schwerlasttransporte zu eng gewesen ist. Da muss man sagen, das ist vollkommen berechtigt. Wir finden es gut, das haben wir in der Deputation besprochen, und es ist in der Öffentlichkeit bekannt geworden, dass dies ab Dezember und bis Ende Januar, wenn die Wetterlage es zulässt, umgesetzt wird. Das ist also schon seit vielen Jahren eine Forderung der Logistikbranche, Herr Röwekamp, wir hatten damals sogar noch eine Große Koalition, als diese Forderung auf den Tisch kam.

Drittens erinnere ich an die Frage der Genehmigung von Schwerlast- und Sondertransporten. Das ist auch eine Forderung der Logistikbranche, der Handelskammer und vieler Betriebe. Ich finde es sehr gut, dass auch noch einmal in der auflagenstärksten Zeitschrift hier in Bremen im Kommentar des Chefredakteurs dargelegt worden ist,

(Abg. Dr. Kuhn [Bündnis 90/Die Grünen]: Die Zeitschrift "Für Sie" meinen Sie?)

dass eine Firma schon seit dem Jahr 2006 - Herr Strohmann, 2006! -

(Abg. Strohmann [CDU]: Ich habe es verstanden!)

diese Anträge über ihre Filiale in Sachsen-Anhalt macht. Ich möchte nur noch einmal in Erinnerung rufen, im Jahr 2006 hatten wir einen Bau- und Verkehrssenator und einen Wirtschaftssenator, die von der CDU kamen.

(Abg. Strohmann [CDU]: Der ist jetzt schuld?)

Nein, Herr Strohmann! Ich möchte nur sagen, dass diese Problemlagen seit dieser Zeit bekannt sind, und sich jetzt nur auf eine Person, Herrn Senator Dr. Lohse, zu fokussieren, finde ich einfach total unangemessen und nicht gerechtfertigt. Ich verweise darauf, dass wir als gesamte Koalition so einen Stil nicht mitmachen.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Wir sind selbstverständlich für sachliche Kritik, und wir kritisieren auch, dass es nicht schnell genug gegangen ist. Am letzten Donnerstag habe ich als Sprecher dieser Deputation die Verwaltung gebeten, uns einen Sachschadensbericht zu ge-

ben, und es wurde dargestellt, dass erstens - Herr Strohmann, Ihnen und Ihrer Fraktion müsste das bekannt sein - zusätzliches Personal vom ASV und von der senatorischen Dienststelle eingesetzt wird, und zwar schon seit Anfang Oktober,

(Abg. Röwekamp [CDU]: Super! Doch schon! Seit Anfang Oktober!)

und zweitens, dass es das Ziel ist, die Bearbeitungszeit für Genehmigungen kurzfristig auf 14 Tage zu senken. Hier ist es also so, dass gehandelt wird, und, werte Kollegen der CDU, Sie hätten alle Zeit gehabt, hier auch sachlich und kritisch mitzuarbeiten.

Ich erinnere daran, in der Debatte im April habe ich von diesem Pult aus gesagt, als es wieder einen Angriff auf dieses Ressort und diesen Senator gab, das sind Positionen. Man kann das im Protokoll auch nachlesen, dass wir gesagt haben, dass gerade die Fragen der Kurve, der A 281 in Woltmershausen und der Genehmigungsverfahren im ASV Bereiche sind, für die wir ganz konkrete Wirtschaftspolitik entwickeln können und müssen. Darum hat das Verkehrsgewerbe dies zu Recht immer wieder kritisiert. Diese Kritik war fachlich und sachlich berechtigt, und ich glaube, wir müssen kritisch nacharbeiten - und das werden wir in der Deputation auch tun - und fragen, was die Ursachen dafür sind. Unter dem Strich kann man aber sagen, wir sind hier einer Problemlösung näher gekommen.

Ich möchte zum Abschluss noch einmal ganz deutlich sagen, dass hier von der CDU, aber auch von Teilen der Medien versucht wird, den Bauund Verkehrssenator Dr. Lohse in einer Art und Weise in eine Ecke zu stellen, die ich nicht akzeptieren kann, dagegen verwehre ich mich ganz persönlich. Das ist nicht mein Stil, und ich sage auch ganz deutlich, ich fand die Rolle des Wirtschaftssenators wenig hilfreich, das Verkehrsressort in der Öffentlichkeit so anzugehen.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Ich erwarte als Abgeordneter dieser rot-grünen Regierungskoalition Kollegialität, Lösungen von Sachfragen im Interesse der Menschen, Sicherung der Arbeitsplätze und der Firmenstandorte, und in diesem Sinne wird diese Koalition ihre Politik erfolgreich umsetzen. Wir werden hier in den nächsten Tagen über aktuelle Entwicklungen und auch Weichenstellungen im Bereich der A 281 debattieren. Zur Beschlussfassung wird die rot-grüne Koalition eine Bilanz ihrer Politik vorle-

gen, und diese ist erfolgreich mit dem Bau- und Verkehrssenator Dr. Lohse. - Danke!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Rupp.

Abg. Rupp (DIE LINKE)*): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich finde 2 000 unbearbeitete Anträge in einem Ressort, das für den Wirtschaftstandort Bremen vergleichsweise wichtig ist, nämlich im Bereich Logistik, ist etwas, das sich Bremen nicht leisten kann, und das hätte meines Erachtens so nicht passieren dürfen. Jetzt haben die Koalitionäre schon gesagt, dass sie an dem Problem arbeiten. Herr Pohlmann hat gesagt, man kommt der Lösung des Problems näher. Ich finde, man muss das Problem lösen, und zwar möglichst schnell und konkret. Mir ist unklar, wie es passieren kann, dass die Anzahl der aufgelaufenen Anträge so hoch werden kann, ohne dass man hinreichend reagiert.

Es wurde schon gesagt, es sollten Personen hinzugezogen werden, und dann gab es das Problem, dass Personen krank geworden sind. Das ist höhere Gewalt, dafür kann persönlich niemand etwas, aber offensichtlich gibt es in dem Bereich der Verwaltung überhaupt keine Reserven mehr. Immer dann, wenn unglücklicherweise zwei oder drei Personen ausfallen, die an zentralen Stellen sitzen und über das Know-how verfügen, haben wir so einen Ärger. Ich finde, die Lösung, die jetzt gefunden werden muss, kann nicht nur sein, dass wir jetzt die 2 000 Anträge abgearbeitet haben, sondern es muss auch die Frage gelöst werden, wie wir verhindern können, dass so etwas passiert, wie wir so etwas wie ein Frühwarnsystem in diesem Bereich einrichten können, dass man früher bemerkt, wir müssen handeln, und dass man dann auch handelt, bevor ein solcher Stau auftritt.

Ich habe hier des Öfteren in Diskussionen auch gegen unsere Fraktion vermittelt bekommen, dass wir dem Ruf Bremens schaden und den Wirtschaftsstandort gefährden. Hier gibt es ein ausgesprochen konkretes Problem, und wenn man das nicht löst und es noch einmal auftritt, dann ge-

fährdet man real bestimmte wirtschaftliche Interessen in Bremen.

Es ist nicht verwunderlich, dass es an dieser Stelle auch durch die Medien geht, aber es ist nicht das erste Mal. Mein Vorredner Herr Dr. Güldner hat schon gesagt, wir haben an ganz vielen Stellen Dinge, die ähnlich gelagert sind. Wir wissen, wir haben nicht genug Betriebsprüferinnen und Betriebsprüfer, um bundeseinheitlichen Standard durchzusetzen. Bremen und Bremerhaven oder auch dem Bund gehen dadurch in Größenordnungen Einnahmen verloren. Wir wissen, dass die Bearbeitungszeit bei Gerichten in Bremen so lang ist wie nirgendwo anders in der Bundesrepublik. Es hat da auch die entsprechenden Anmerkungen seitens der Justiz in der Vergangenheit gegeben. Wir wissen auch, dass es bei der Ausländerbehörde mittlerweile richtig knapp ist. Nach unseren Informationen ist es so, dass man dort für normale Angelegenheiten bis Jahresende keinen freien Termin mehr bekommt.

Da sitzen 50 Menschen, die ungefähr 50 000 Kundenkontakte bearbeiten. Wenn ich das einmal auf die tägliche Arbeitszeit hochrechne, hat ein einziger Mitarbeiter 45,5 Kontakte, das sind ungefähr zehn Minuten pro Kontakt.

(Abg. Dr. Güldner [Bündnis 90/Die Grünen]: Die sind ja nicht jeden Tag da, die 50 000!)

Das ist eine Hochrechnung, aber das gibt einen Eindruck davon, dass wir in der Kernverwaltung an ganz vielen Stellen Situationen haben, in denen einige Dinge klar sind. Es sind vielleicht noch so viele Menschen da, um die Arbeit gerade so zu bewältigen. Wenn dann eine Person ausfällt, wird es schon schwierig, wenn zwei Personen ausfällen, wird es ein ernstes Problem. Wir haben die Situation, dass auch aufgrund des hohen Durchschnittsalters die Menschen möglicherweise öfter krank sind, als wenn sie jünger wären. Wir haben das Problem, wenn die Älteren auch noch gehen, dass dann Menschen nachkommen, die sich erst langfristig einarbeiten müssen, und dass die Älteren weg sind, die sie einarbeiten könnten.

Wir haben es also mit einer Vielzahl von Problemen zu tun, von denen die 2 000 nicht bearbeiteten Anträge beim Senator für Verkehr nur ein Problem sind.

Ich finde, die Ursache ist auch relativ klar. Seit dem Jahr 1993 sind ungefähr 26 Prozent des Personals in der Kernverwaltung abgebaut worden. Damals waren es 18 800 Mitarbeiter, das waren möglicherweise für die zu erledigenden

-

^{*)} Vom Redner nicht überprüft.

Aufgaben zu viele. Im Jahr 2008 waren es noch 13 500 Mitarbeiter, das sind 5 000 Personen weniger. Ich habe den Eindruck, dass es jetzt deutlich zu wenige sind.

(Beifall bei der LINKEN)

Meiner Meinung nach kann man durchaus den Senator fragen: Ist es nicht auch ein Stück weit seine Verantwortung, dieses Problem frühzeitiger zu erkennen und einer Lösung zuzuführen? Ich finde diese Frage berechtigt. Ich finde, die Frage hat nichts mit genetischer Prägung oder dem Geburtsort zu tun.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen - Abg. Strohmann [CDU]: Eine politische Einstellung!)

Also, ob der Senator Dr. Lohse aus Bremen kommt oder sonst woher, ist nicht die Frage. Zu sagen, er passe nicht nach Bremen, geht doch an dem Problem vorbei, das wissen Sie auch. Die Tatsache, dass Sie es so beschrieben haben, erlaubt jetzt den Abgeordneten von der SPD und den Grünen, auf diese Tatsache einzuschlagen und ein Stück weit unter den Tisch zu kehren, dass sie damit ein ernstes Problem haben. Wenn Sie das anders gemacht hätten, wäre es besser gewesen.

(Abg. Röwekamp [CDU]: Sie haben es ja gar nicht gemacht!)

Ich sage, es gibt vor allem deswegen ein Problem, weil Sie kurz vorher noch genau in diese Richtung eine Anfrage beantwortet haben. Wenn man die liest, denkt man: Alles super!

(Abg. Strohmann [CDU]: Ja!)

Das ist, finde ich, nicht in Ordnung, dass zwei oder drei Wochen vorher eine Anfrage gestellt wird, dass gesagt wird, soundso ist das, und kurze Zeit später kommt heraus, offensichtlich gibt es da ein ernst zu nehmendes Problem. Es wäre schon damals an der Zeit gewesen, es entsprechend zu verkünden und entsprechend deutlich zu machen.

Ich finde noch zwei weitere Punkte an der Beantwortung der Anfrage spannend. Eines hat Herr Strohmann schon angesprochen, für externe Dienstleistungen werden 270 000 Euro im Jahr ausgegeben, nach meiner Rechnung sind das vier bis fünf Vollzeitstellen in Bremen. Ich weiß jetzt nicht genau, wie viel die Kollegen dort verdienen, aber ungefähr in der Größenordnung liegt das. Darüber muss man ernsthaft nachdenken, aber das wird auch gemacht.

Ich finde auch noch interessant, dass es in der Antwort heißt, dass die Kapazitäten der Polizeibegleitung für Schwerlasttransporte auch an die Grenzen gekommen sind. Das heißt, wir haben nicht nur ein Problem mit den nicht bearbeiteten Anträgen, sondern wir haben in Zukunft auch ein Problem damit, genug Polizistinnen und Polizisten auf die Straße zu bekommen, um die Schwerlasttransporte zu begleiten. Das ist also ein weiteres Problem hinsichtlich der PEP-Quote, und ich erwarte in Zukunft, dass da eine Lösung gefunden wird. Die PEP-Quote muss auf den Prüfstand, und wir müssen an vielen Stellen der Stadt schauen, ob man da weiter Personal einsparen kann, so wie es in den nächsten Jahren geplant ist. - Vielen Dank!

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Herr Strohmann.

Abg. **Strohmann** (CDU): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich will einmal vorweg zwei Punkte ansprechen. Sie können über das rote Telefonbuch lachen, das machen wir auch alle,

(Abg. Tschöpe [SPD]: Einmal ganz ehrlich: Also so lustig ist das nicht!)

aber es geht nicht darum, ob es im roten Telefonbuch steht, sondern es geht um die Besetzung des Referats. Es stimmt auch nicht, was Sie gesagt haben, Herr Dr. Güldner, mit dem ASV und so! Es gibt nur dieses Referat, das Straßenrecht und so weiter bearbeitet. Das ist einfach so, und das können Sie nicht einfach wegwischen mit irgendwelcher Polemik bezüglich des roten Telefonbuchs. Das vorweg!

Außerdem haben Sie gesagt, die CDU fordere immer zu sparen. Ja, genau, und das ist nämlich das Problem! Herr Rupp hat es schon gesagt, es ist kostenneutral, wir können es kostenneutral machen, wir können sogar damit Geld verdienen, wenn wir uns endlich einmal bewegen.

Jetzt noch einmal zu diesem Vorwurf! Sie haben wieder eine sehr schöne Rede gehalten, die wieder inhaltlich leer, aber polemisch sehr gut geführt war.

(Abg. Frau Dr. Schaefer [Bündnis 90/Die Grünen]: Ach, anders als Ihre?)

Jetzt will ich Ihnen noch einmal etwas sagen zu der politischen Kampagne. Wen soll ich denn ansprechen? Herr Dr. Lohse ist nun einmal der Senator und letztlich der Verantwortliche dafür, und wir sind hier in einer politischen Diskussion. Da macht es keinen Sinn, dass ich einen Abtei-

lungsleiter oder sonst jemanden anspreche, sondern es ist der Senator beziehungsweise der Staatsrat. Das war Punkt eins.

Punkt zwei ist das, was Sie hier vorgebracht haben, heute auch ganz schön in der "Bild"-Zeitung ja noch einmal, wie Sie ihn gelobt haben. Ich kann Ihnen nur sagen, den Ringschluss. der A 281 haben wir trotz Herrn Dr. Loske und Herrn Dr. Lohse hinbekommen, Das ist nun endlich passiert.

(Abg. Dr. Güldner [Bündnis 90/Die Grünen]: Sie haben es hinbekommen, ja?)

Nein, wir gemeinsam!

(Abg. Dr. Güldner [Bündnis 90/Die Grünen]: Die CDU hat die A 281 hinbekommen, ja?)

Da will ich noch einmal Folgendes sagen, weil Sie so tun, als würden wir hier alles skandalisieren!

(Abg. Dr. Güldner [Bündnis 90/Die Grünen]: Sie haben das gemacht!)

Es ist ja nicht so, dass wir uns das Thema jetzt ausgedacht haben, um einmal wieder eine Aktuelle Stunde zu machen. Wir haben vor Monaten das Thema angesprochen, und wir hatten vor Monaten eine Kleine Anfrage!

Allein die Antworten, die Sie selbst gegeben haben, die das Ressort gegeben hat, waren eindeutig: Da besteht ein massiver Missstand. Was haben Sie gemacht? Erst als wir die Aktuelle Stunde eingereicht haben, kam auf einmal Herr Senator Dr. Lohse in der Baudeputation darauf zu sprechen, er habe da noch zwei Leute. Warum ist das denn nicht gleich passiert? Das hätte doch schon im Mai oder im Juni passieren können, denn das Problem besteht schon länger.

(Abg. Pohlmann [SPD]: Seit 2006!)

Dann noch zu Ihren anderen Punkten! Wir werden es sehen. Der Verkehrsentwicklungsplan, die Neuentwicklung Innenstadt, das sind alles solche Dinge. Wenn Sie diese ganzen Problematiken wirklich als politische Kampagnen diffamieren, dann haben Sie irgendetwas nicht verstanden. Ich sage Ihnen noch einmal eines: Es geht hier um Arbeitsplätze, und es nützt uns nichts, wenn die Logistikunternehmen einen großen Bogen machen. Dies ist mit einem grünen Verkehrssenator schon schwierig genug, aber mit so einer Misswirtschaft wird es noch schlimmer. - Vielen Dank!

(Beifall bei der CDU)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort Herr Senator Dr. Lohse.

Senator Dr. Lohse: Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Strohmann, ich habe bei den Themen aufmerksam zugehört, mit denen Sie Ihren Beitrag hier vorhin eingeleitet haben, und ich stelle fest, Sie haben ein Problem mit demokratischen Beschlüssen dieses Hauses, die beispielsweise die Lang-Lkw und die Umweltzone anbelangen.

(Abg. Hinners [CDU]: Nur, wenn sie von Rot-Grün kommen!)

Da werfen Sie mir offenbar vor, dass das Ressort das umsetzt, was diese Bremische Bürgerschaft beschließt. Ich habe es so verstanden, dass das Handeln des Senats bestimmt, was hier beschlossen wird. Die Umweltzone ist von der Bürgerschaft beschlossen worden, die Nichtteilnahme am Feldversuch für Lang-Lkw ist von der Bürgerschaft beschlossen worden. Ich bin mir nicht ganz sicher, was Sie mir da vorwerfen und was für ein Demokratieverständnis Sie eigentlich haben.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Dann werfen Sie mir offenbar vor, dass Projekte wie der Bau der Autobahn 281 oder die Realisierung der Straßenbahnlinien 1 und 8 jetzt vorangehen.

(Abg. Dr. Güldner [Bündnis 90/Die Grünen]: Das haben alles Sie gemacht! - Abg. Strohmann [CDU]: Das habe ich gar nicht gesagt!)

Was Sie mir da genau vorwerfen, habe ich nicht verstanden, ob Ihnen die 15 Monate, die ich gebraucht habe, zu lang sind, nachdem diese Projekte vorher 15 Jahre nicht in der Weise vorangekommen sind, wie sie jetzt vorangekommen sind, oder ob Sie sagen, es sei trotz meiner schlechten Amtsführung, dass diese Dinge vorankommen. Wenn das so ist, dann seien Sie doch froh!

(Abg. Strohmann [CDU]: Das hätten wir schon zwei Jahre früher haben können!)

Vielleicht hilft ja die schlechte Amtsführung. Wenn die Projekte vorankommen, ist es doch gut für Bremen, und darum geht es doch.

Ich möchte Ihnen zu dem roten Telefonbuch etwas sagen. Ich lade Sie ins Ressort ein, um Ihnen zu erklären, welche Referate und Abteilungen bei uns welche Aufgaben wahrnehmen. Die Genehmigungen für Sondertransporte werden vom Refe-

rat 32 im Amt für Straßen und Verkehr erteilt, das heißt, das Referat 53, Verkehrsrecht, hat nichts damit zu tun. Wir können uns darüber unterhalten - Sie können auch nachschauen! -, wie viele Personen dort arbeiten, es sind mehr als ein Dutzend.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Ich lade Sie ein. Ich habe Ihnen schon einmal gesagt: Für die nächste Rede fragen Sie vorher im Ressort an, ich helfe Ihnen, sie vorzubereiten, dann passieren Ihnen solche Fehler nicht!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen - Abg. Strohmann [CDU]: Jetzt widersprechen Sie aber Ihrer eigenen Rede!)

Ich habe Sie so verstanden, dass Sie mir vorwerfen, dass ich die Umweltabteilung meines Ressorts jetzt in 15 Monaten nicht abgewickelt habe.

(Abg. Strohmann [CDU]: Das habe ich Ihnen nicht vorgeworfen!)

Sie hat im Wesentlichen den Zuschnitt, wie sie ihn unter den Senatoren Eckhoff und Neumeyer gehabt hat. Die waren länger im Amt als ich. Sie haben diese Abteilung nicht grundlegend verändert, und ich habe das auch nicht vor. Natürlich schauen wir, wo wir die PEP-Einsparquoten realisieren können. Das ist eine Anforderung, mit der wir konfrontiert sind, und ich nehme Ihre Anregungen da gern einmal mit, kann Ihnen aber nicht garantieren, dass wir es genau so umsetzen, wie Sie es vorgeschlagen haben.

Ich möchte zu dem eigentlichen Thema kommen, über das wir uns heute unterhalten. Ich sage Ihnen auch, ich bedauere es, dass diese Anträge in dieser Zahl dort aufgelaufen sind. Ich möchte Ihnen aber auch noch einmal ein paar Zahlen nennen, die das in eine Perspektive bringen. Wir haben mit diesen Sondergenehmigungen für Schwer- und Sondertransporte rund 35 000 Vorgänge im Jahr. 35 000! Das heißt, wenn wir unser Ziel, eine vierzehntätige Bearbeitungszeit, erreichen und ich die 35 000 Vorgänge durch die Anzahl der Wochen im Jahr teile, dann haben wir regelmäßig eine Bugwelle von 1 400 dieser Anträge, die im Bearbeitungsgang sind. Die Anträge liegen da ja nicht unbearbeitet, sie werden bearbeitet, sie sind nur nicht erledigt. Diese Zahl habe ich von Ihnen nicht gehört, Herr Strohmann, ich habe sie auch nicht in der Presse gelesen, ich glaube aber, dass sie zum Verständnis wichtig ist.

Ich sage auch, wir haben durchaus den Ehrgeiz, hier besser zu werden. Wir arbeiten auch bereits daran. Es aber so darzustellen, als würden 2 000 Anträge bei mir völlig unbearbeitet in irgendwelchen Schubladen vergammeln, Entschuldigung, das ist eine Unverschämtheit, und das weise ich auch zurück!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Warum ist es zu der aktuellen Situation gekommen? Es ist bereits gesagt worden: Wir haben in dem Referat, das diese Sondergenehmigungen erteilt, konkret drei Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die in Vollzeit diese Genehmigungen erteilen. Wir haben eine weitere Person, die wir im Frühjahr dieses Jahres mit einem Drittel der Arbeitskapazität zusätzlich dort abgestellt haben, um diese Anträge zu bearbeiten. Bei diesen drei Mitarbeitern sind der Reihe nach Krankheitsfälle eingetreten, die unvorhersehbar waren. Die waren unvorhersehbar vor einigen Wochen, zu dem Zeitpunkt, als wir diese Anfrage beantwortet haben. Ich frage Sie einmal: Was machen Sie denn, wenn Sie drei Mitarbeiter dort haben, die dann krank werden? Das können Sie doch nicht vorhersehen, und ich lasse mir auch nicht vorwerfen, dass wir diese Anfrage nicht korrekt behandelt hätten. Der aktuelle Engpass, den wir dort haben, ist absolut ungewöhnlich. Seit Beginn meiner Amtszeit ist dies so nicht eingetreten.

Ich habe immer wieder daraufgeschaut, und wir haben festgestellt, dass die Anzahl dieser Vorgänge steigt, sie steigt auch erheblich. Wir haben 29 200 Vorgänge im Jahr 2010 gehabt, ich habe gesagt, im Jahr 2011 waren es 34 900 Vorgänge, deswegen haben wir festgestellt, dass wir dort gegensteuern müssen. Wir haben das gemacht. Wir haben die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die dort arbeiten, von allgemeinen Verwaltungsaufgaben entlastet. Sie müssen nicht mehr die Rechnungen schreiben, das machen jetzt andere. Das heißt, wir haben durch interne Organisation nachjustiert. Wir haben die zusätzliche Drittelstelle, von der ich sprach, dort eingerichtet. Trotzdem können wir einen solchen Fall, wenn mehrere Mitarbeiter gleichzeitig krank werden, so nicht vorhersehen, zumal - und das hat hier die Situation verschärft - diese 35 000 Vorgänge im Jahr auch nicht gleichmäßig anfallen, sondern in gewissen Wellen kommen. Dies ist einmal mehr, einmal weniger. Das ist hier einfach sehr unglücklich zusammengetroffen.

Als aktuelle Notmaßnahme haben wir jetzt drei Unterstützungskräfte diesem Bereich zugeordnet, um diesen Berg abzuarbeiten. Für die Zukunft stocken wir das Personal dort um zwei Stellen

nachhaltig auf, und wir sorgen vor allem dafür, dass wir auf ein schwankendes Aufkommen bei diesen Anträgen reagieren können. Es gibt immer einmal Wellen, dann endet eine Stufe in der Einspeisevergütung für das EEG, dann werden plötzlich noch Hunderte von Windkrafttransporten zusätzlich beantragt und dergleichen. Das müssen wir dann auffangen, das können wir auch nicht immer vorhersehen. Wir sorgen jetzt für eine Ausstattung, mit der wir dies künftig abfedern können, damit wir das Ziel, und das sage ich hier auch zu, dass wir wieder unterhalb dieser zwei Wochen Bearbeitungszeit bleiben wollen, realisieren.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Wir sind dabei, innerhalb des Senats weitere Dinge vorzubereiten, um die Bedingungen für die Logistikwirtschaft zu verbessern. Wir haben bisher vier Nächte in der Woche, in denen solche Sondertransporte möglich sind. Wir sind im Moment dabei zu schauen, inwieweit wir dieses Angebot ausweiten können. Aus lärmtechnischer Hinsicht das haben wir geprüft - ist es möglich, einer weiteren Transportnacht zuzustimmen. Wir sprechen mit dem Innenressort, damit wir das dann auch mit der Polizeibegleitung organisieren können. Wir reden über die Optimierung von Streckenführungen. Das sind viele kleinteilige Maßnahmen, die bekommen Sie alle gar nicht so mit. Die sind auch nicht alle so zur Polemisierung geeignet, aber wir sind an verschiedenen Stellen dabei, dies zu verbessern, sodass ich davon ausgehe, dass die Situation sich so, wie sie jetzt eingetreten ist - und ich sage es noch einmal, ich bedauere das -, nicht wiederholen wird.

Gestatten Sie mir zum Schluss, Herr Strohmann, noch eine persönliche Bemerkung! Ich bin vor eineinhalb Jahren sehr gern hierher nach Bremen gekommen. Ich lebe hier gern. Ich feiere hier Weihnachten mit meiner Familie. Ich habe hier Freunde, nehme am kulturellen und am sportlichen Leben teil. Ich habe mich vor eineinhalb Jahren gefreut, als unsere Bürgermeisterin und Finanzsenatorin mich angesprochen hat, hier nach Bremen zu kommen. Ich habe mich deshalb gefreut, weil ich acht Jahre in Südbaden und Nordhessen gearbeitet habe, und wer wie ich aus einer Hansestadt kommt, der weiß, was es heißt, nach Südbaden oder Nordhessen zu gehen - ich möchte hier niemandem zu nahe treten -, und der weiß auch, dass man sich freut, wieder in die Weltoffenheit einer Hansestadt zurückzukommen, die über Jahrhunderte von Handel und Wandel gelebt hat.

(Beifall bei der SPD, beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der LINKEN)

Ich sage Ihnen auch, Herr Strohmann, ich arbeite hier gern. Ich bringe hier all meine Erfahrung ein und arbeite jeden Tag mit vollem Einsatz. Da, wo ich herkomme, aus der Hansestadt Hamburg, da wird Arbeit an Ergebnissen gemessen.

(Abg. Strohmann [CDU]: Genau!)

Da haben wir einiges vorangebracht. Wir haben morgen eine Beschlussfassung über die Trassenführung der A 281, damit rechne ich. Wir haben das Baurecht für den Wesertunnel, wenn ich daran erinnern darf, das ist schon wieder fast vergessen worden. Wir lösen in dieser Stadt Konflikte wie beispielsweise die Lärmdebatten um die Oldenburger Kurve. Wir führen aufwendigste Beteiligungsprozesse durch, um Konflikte, die sich in alten Planvorhaben eingestellt haben, zu verhindern, um ihnen vorzubeugen, um die Leute frühzeitig mitzunehmen. Das machen wir nicht nur im Hulsberg-Quartier, sondern in vielen Stadtteilen.

Es ist auch mein Bestreben und mein Stil, dass wir den Dialog über Themen führen, die in Bremen in der Vergangenheit nur die Rolle des Konfliktes und der Kontroverse gespielt haben, und das sind hauptsächlich die Verkehrsthemen. Deswegen führen wir diesen Beteiligungsprozess zum Verkehrsentwicklungsplan durch. Ich finde, es wurde hier nicht erwähnt, deshalb sage ich es noch einmal: Wir haben uns am vergangenen Donnerstag in der Deputation einstimmig mit allen Fraktionen auf die Ziele verständigt, die in diesem Verkehrsentwicklungsplan einvernehmlich zwischen allen beteiligten Akteuren einschließlich verfolgt werden.

(Abg. Strohmann [CDU]: Da werde ich Sie auch einmal loben!)

Lassen Sie es! Die Handelskammer, der ADAC, die Umweltverbände und der ADFC sind daran beteiligt. Das heißt, es gelingt - es würde mich freuen, wenn Sie weiterhin dazu beitragen -, diese Themen in einer anderen Qualität zu besprechen, als es in der Vergangenheit der Fall war.

Jetzt kommen Sie, Herr Strohmann, und sagen, meine Amtsführung passt nicht zu Bremen. Da bin ich jetzt auch hellhörig geworden. Wir haben ja nachher auch noch einen Antrag Ihrer Fraktion, in dem es um die Willkommenskultur und ein Welcome-Center geht.

(Abg. Dr. Güldner [Bündnis 90/Die Grünen]: Ja! -Abg. Strohmann [CDU]: Das gilt nur für Fach- und Führungskräfte!)

Ich möchte Ihnen einmal ein Literaturzitat vortragen, an das mich Ihre Überschrift erinnert hat,

vielleicht können Sie es zuordnen: "Du kennst mich doch, ich habe nichts gegen Fremde. Einige meiner besten Freunde sind Fremde. Aber diese Fremden da sind nicht von hier!"

(Beifall bei der SPD, beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der LINKEN)

So fühle ich mich von Ihnen behandelt. Ich gebe zu, ich bin nicht in Bremen geboren, aber ich glaube, ich verstehe Bremerinnen und Bremer.

(Abg. Frau Garling [SPD]: Kein Zugereister!)

Ich glaube, ich verstehe Bremen inzwischen so gut, dass ich mir sicher bin, dass die meisten, Herr Strohmann, der Auffassung sind, dass diese Art von Angriffen nicht zu Bremen passt. Diese Art, die Ressentiments gegen Menschen unterstützt, die woanders herkommen, passt nicht zu Bremen.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Ich glaube, Sie schaffen sich viele Freunde in diesem Haus, wenn Sie künftig auf Angriffe auf diesem Niveau verzichten! - Vielen Dank!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Präsident Weber: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Aktuelle Stunde ist geschlossen.

Stadt am Fluss land- und wasserseitig weiterentwickeln

Mitteilung des Senats vom 4. September 2012 (Drucksache 18/212 S)

Dazu als Vertreter des Senats Herr Senator Dr. Lohse.

Die Beratung ist eröffnet.

Als erster Redner hat das Wort der Abgeordnete Kottisch.

(Abg. Röwekamp [CDU]: Stadt, Land, Fluss!)

Abg. **Kottisch** (SPD)*): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Elbe ist ein schöner

Fluss. Herr Senator Dr. Lohse, herzlich willkommen an der Weser auch von dieser Seite noch einmal!

(Heiterkeit - Beifall bei der SPD)

Jetzt geht es für einen Moment um die Weser, die Sie mittlerweile auch sehr gut kennen, und ich freue mich auf die Debatte, die wir jetzt führen.

Die Weser ist die Lebensader unserer beiden Städte Bremen und Bremerhaven. Lange dominierten Schifffahrt, Hafenumschlag und Industrie die Uferregion, doch wie wir alle auch persönlich mitbekommen, verändern sich der Fluss und die Uferregionen seit circa 25 Jahren, und das ist auch gut so. Die Bedeutung der Seestadt Bremerhaven hat in Bezug auf den Seegüterverkehr zugenommen. Dort sind zum Ausbau der Containerinfrastruktur enorme Anstrengungen unternommen worden - ich nenne als Beispiel das CT 3a und das CT 4 -, das ist eine sehr hervorragende Entwicklung dort in Bezug auf die Wirtschaftskraft unseres Bundeslandes. In Bremen hingegen ist die Bedeutung des Seegüterverkehrs seit zwei Jahrzehnten konstant auf stabilem Niveau.

Gleichzeitig hat sich die Nutzungsvielfalt des Flusses erhöht, und die Stadt ist näher an den Fluss herangewachsen. Wenn ich mir nur die Fußgängerpromenaden in Bremen anschaue, dann wird sehr schön deutlich, dass Menschen immer näher an den Fluss herangehen können, und zwar "gehen" im wahrsten Sinne des Wortes: promenieren! Die Schlachte beispielsweise hat eine Länge von 1,8 Kilometern, die Gröpelinger Waterfront eine Länge von 800 Metern, in der Überseestadt gibt es neuerdings die Europakaje mit 450 Metern, und auch die Maritime Meile in Vegesack ist mit 1,82 Kilometern eine schöne Gelegenheit, dort am Wochenende den Fluss zu genießen.

Die Entwicklung der Überseestadt bringt den Bremer Westen näher an den Fluss heran. Das ist ganz besonders erfreulich, und darüber sind wir, Herr Kollege Pohlmann, im Bremer Westen auch sehr froh. Ich glaube, dass die gesamten Stadtteile im Bremer Westen davon extrem profitieren. Auch zwischen dem Bremer Westen und der Innenstadt hat mit der Verlagerung Radio Bremens und der Erweiterung der Jugendherberge im Stephaniquartier eine gute Entwicklung stattgefunden. Da wird ein Stück Anschluss geschaffen zwischen den beiden Stadtregionen. Das sind gute Entwicklungen, die den Fluss weiter in den Mittelpunkt unserer beiden Städte rücken.

^{*)} Vom Redner nicht überprüft.

Wir haben tolle Veranstaltungen wie zum Beispiel den Schlachtezauber, den Kajenmarkt, das Hafenfest, die Breminale oder den Gröpelinger Fährtag. Ich kann sie gar nicht alle nennen und bitte auch um Verständnis bei denjenigen, die ich jetzt nicht erwähnt habe. Aufgrund der Aktualität möchte ich jedoch auf eine Veranstaltung hinweisen, die gerade im letzten Monat war. Im September fand die Maritime Woche an der Weser statt, und ich glaube, diejenigen von Ihnen, die dort waren und sich das angesehen haben, waren ziemlich begeistert; ein ganz hervorragendes Programm, das in Bremen und Bremerhaven stattgefunden hat! An dieser Stelle möchte ich den Organisatoren, der City Initiative Bremen e. V. und bremenports, ein großes Lob aussprechen.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Alles das trägt in meinen Augen entscheidend dazu bei, dass die Weser sowohl bei Buten- und Binnenbremern als auch bei auswärtigen Gästen noch stärker als identitätsstiftender Imagefaktor ins Bewusstsein rückt, und zwar ohne - das freut mich besonders - dass wir dabei die Vergangenheit vergessen. Gehen Sie beispielsweise ins Hafenmuseum im Speicher XI oder ins Spicarium in Vegesack! Dort können Sie sich vor Augen führen, wie die Industriegeschichte Bremens an der Weser stattgefunden hat, und auch das gehört zum Standort dazu. Im Übrigen - das freut mich als wirtschaftspolitischen Sprecher persönlich ganz besonders - unterstützt diese Entwicklung auch die Wahrnehmung Bremens und Bremerhavens als Standorte für maritime Hochtechnologie und Forschung. Das ist in meinen Augen auch nicht zu unterschätzen.

Alles in allem ist es also ein guter Weg, auf dem wir uns befinden, aber wir sind immer noch hungrig und noch nicht satt, und wir möchten mehr davon. Wir möchten weitere Aktivitäten in diesem Zusammenhang entwickelt wissen. Wir freuen uns beispielsweise, dass am Weserwehr in Hastedt eine 2,1 Hektar große zusammenhängende Parkanlage am Weserufer entsteht. Wir freuen uns, dass die Uferanlage des Hafens des Segelvereins Weser e. V. direkt neben dem Weserstadion naturnah gestaltet und vor allem auch der Öffentlichkeit zugänglich gemacht wird.

Ich persönlich habe es immer als sehr unbefriedigend empfunden, wenn ich auf dem Weg zum Weserstadion war, dass da so hohe Zäune standen. Ich finde es richtig schön, dass diese Zäune dort in Zukunft nicht mehr sein werden und die Weser wieder ein Stück mehr zugänglich gemacht

wird. Wir freuen uns, dass im Bereich Habenhausen eine circa 500 Meter breite und bis zu 350 Meter weit ins Land reichende naturnahe Bucht geschaffen wird. Das ist gut, das sind Renaturierungs- oder auch Ertüchtigungsmaßnahmen, die den Fluss wiederum ein Stück mit dem Land verbinden, und das wollen wir.

(Vizepräsident Ravens übernimmt den Vorsitz.)

Wir wollen aber auch mehr. Jetzt kommen die Punkte, auf die ich ein besonderes Augenmerk legen möchte. Wir wollen insbesondere mehr in Bezug auf Vernetzung. Wir bieten dem Senat wort- und tatkräftige Unterstützung an, wenn es darum geht, die Verbesserung der Vernetzung beider Weserufer stattfinden zu lassen. Da geht es zum einen darum, zusätzliche Brückenfunktionen herzustellen, aber auch Fährverbindungen über die Große und Kleine Weser wären hier wünschenswert.

(Glocke)

Hier erbitten wir seitens des Senats weitere Vorschläge. Gegebenenfalls werden wir hier auch noch einmal eine unmittelbare Initiative starten, aber vielleicht kann uns der Senat überraschen und uns zuvorkommen. Insbesondere in Bezug auf Fährverbindungen und Brücken möchten wir eine Weiterentwicklung sehen.

Letzter Satz, Herr Präsident: Wir freuen uns, dass das Potenzial des Fahrradtourismus erkannt wurde.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Dazu gab es schon eine separate Debatte in diesem Haus, und es wird eine weitere geben, nachdem wir die Antworten des Senats ausgewertet haben, und auf diese freue ich mich ganz besonders. Auch das alles reicht uns aber nicht, wir wollen noch mehr, dazu komme ich dann im zweiten Teil meiner Rede. - Vielen Dank!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsident Ravens: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Rupp.

Abg. **Rupp** (DIE LINKE)*: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir haben einen Bericht vorliegen, wonach klar wird, dass

_

^{*)} Vom Redner nicht überprüft.

Bremen und die Weser in den letzten Jahren an sehr vielen Punkten eine ausgesprochen erfreuliche Entwicklung genommen haben. Die meisten davon sind Entwicklungen, die unserer Meinung nach richtig waren. Man kann in Bremen und insbesondere an der Weser mittlerweile ausgesprochen gut feiern, Party machen, Bier trinken und draußen sitzen.

Die Frage, inwieweit die Schlachte und möglicherweise zusätzliche gastronomische Angebote auch an die Grenze der Wirtschaftlichkeit der jeweiligen Einzelunternehmen kommen, sage ich einmal, wird sich klären, aber nur golden ist das auch nicht.

(Abg. Strohmann [CDU]: Es geht auch nicht um Sie persönlich!)

Ich glaube, dass auch einige von den Betrieben, die da eröffnet haben, mit Hoffnungen gestartet sind, die sich nicht erfüllt haben. Ein Mehr an Gastronomie und Angeboten halte ich für schwierig, weil dann irgendwann der Punkt kommt, dass für die Menge der Kneipen, die es an der Schlachte und in der Nachbarschaft gibt, nicht mehr genug Menschen da sind, die Bier trinken wollen. Bei genauer Betrachtung weiß ich auch, dass in der Innenstadt eine ganze Menge Gaststätten und Einrichtungen durchaus die Konkurrenz von der Schlachte gespürt haben. Da wird irgendwann ein Punkt erreicht sein, der für alle Beteiligten vielleicht schwierig wird.

Es gibt eine Reihe von Schiffsliegeplätzen, und ich würde es begrüßen, wenn einer hinzukommt. Es gibt eine Zunahme des öffentlichen Raums am Wasser.

(Abg. Strohmann [CDU]: Also Aufbau, sozial verträglich!)

Auf der rechten Weserseite - das ist schon gesagt worden - sieht es sehr gut aus, und die linke Weserseite wird entwickelt. Das hängt auch ein bisschen davon ab, ob die Vereine, deren Ufer jetzt renaturiert werden, ihre Gelände dann für Besucherinnen und Besucher und den Fahrradverkehr öffnen. Soweit ich weiß, machen sie das, aber das wäre noch einmal eine kleine Frage in diesem Zusammenhang.

Wir wissen aber auch, dass die Pauliner Marsch rund um das Weserstadion in der Vergangenheit ausgesprochen starken kommerziellen Einflüssen ausgesetzt war, und dem muss man, glaube ich, einen Riegel vorschieben. Da ist kein Hotel oder Ähnliches möglich, was da einmal im Gespräch gewesen ist, das muss man, glaube ich, mindestens so lassen, wie es jetzt ist, wenn nicht sogar noch schauen, ob man weiter renaturieren kann.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Kultur, Kunst und Museen! Ja, es gibt ein vielfältiges Angebot; die Breminale wurde genannt. Ich weiß auch, dass die Breminale in dem einen oder anderen Jahr schon einmal auf einem Stand war, dass man die Frage stellte, ob wir sie uns leisten können oder nicht. Das heißt, da und auch bei den Museen haben wir eine Situation, in der wir, was die Kosten und die Belastungen des Haushalts angeht, durchaus in Grenzbereiche kommen, und es ist nicht sichergestellt ist, ob es das, was wir heute als Erfolg feiern, in fünf oder sechs Jahren noch gibt.

Wenn ich mir die einzelnen Wirtschaftsberichte verschiedener Museen und den Kulturhaushalt der Stadt Bremen anschaue, der mit Sicherheit zusammenschrumpfen wird, wird es schwierig, da mehr zu bekommen, wenn man nicht noch mehr kommerzielle Einrichtungen haben will. Kommerzielle Einrichtungen haben auch am Geldbeutel der Besucherinnen und Besucher beziehungsweise der Menschen in Bremen ihre Grenzen.

Ich finde es gut, dass es Anleger für Sportboote und Kreuzfahrtschiffe gibt. Wenn es da einen Bedarf gibt, ist es mir recht. Ganz persönlich bin ich kein Freund von Motorbooten oder Motorsportbooten, aber das ist eine ganz andere Frage. Ich finde die fahrradpolitische Erschließung völlig in Ordnung - Fahrradfahren ist wunderbar! -, und da gibt es sicherlich noch einiges zu verbessern. Wir können sicherlich über eine weitere Fährverbindung nachdenken.

Ich finde den Gedanken, dass man auf dem Wasser wohnt, ausgesprochen interessant. Wir haben im Moment nur ein anderes Problem in Bremen. Auf der einen Seite ist es interessant und kreativ, über das Wohnen am Wasser nachzudenken, auf der anderen Seite wissen wir alle, dass wir zu wenige Wohnungen haben, die Menschen, die ein geringes Einkommen haben, bezahlen können. Wenn wir sozusagen vor der Wahl stehen, ob wir dabei helfen, die Stadt am Fluss zu entwickeln, indem wir darin investieren, dann würde ich sagen, dass man deutlich andere Prioritäten setzen muss. Die Priorität von öffentlichen Investitionen wird nicht sein, das Wohnen am Fluss möglich zu machen, sondern bezahlbaren Wohnraum für

Menschen in Bremen zu erstellen, die wenig Einkommen haben.

(Beifall bei der LINKEN)

Abschließend möchte ich sagen, dass diese Konzeption einer Frage ausweicht, und vielleicht ist es noch nicht üblich, diese Fragestellung in solchen Konzepten zu berücksichtigen. Wir haben jetzt den Bericht zur sozialen Lage von der Angestelltenkammer und wissen, dass die Segregation in dieser Stadt nicht gelöst ist. Ich finde, wenn wir solche Projekte wie Stadt am Fluss ernsthaft in vielfältiger Hinsicht diskutieren - ökologisch, kulturell und sonst etwas -, dann ist es in der Zukunft Pflicht, auch die Frage zu stellen, wie diese Konzepte der sozialen Segregation in Bremen entgegenwirken.

Wie hilft dies, die soziale Spaltung zu entlasten? Es kann sein, dass man sagt, nein, es geht damit gar nicht, dann muss man vielleicht andere Prioritäten setzen. Wenn man aber diese Frage außer Acht lässt, dann setzt man sich irgendwann dem berechtigten Vorwurf aus, dass man sich in bestimmten Bereichen von Bremen eine heile schöne Welt mit Fahrrädern, Sonne und Partys schafft und es an anderen Stellen von Bremen ganz anders aussieht. Ich finde, diesen Vorwurf hat Bremen, eine Stadt am Fluss, nicht verdient. - Danke!

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsident Ravens: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Werner.

Abg. Werner (Bündnis 90/Die Grünen)*): Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Wir freuen uns festzustellen, dass die Weser zu Bremen gehört, auch wenn sie nicht im Telefonbuch steht.

(Heiterkeit beim Bündnis 90/Die Grünen)

An der Weser wird gebaut, gelebt, die Freizeit und die Natur genossen. An der Weser entstehen Bilder von Bremen, die dem Image Bremens zuträglich sind. Wir freuen uns über die Vielfalt und die eindrucksvollen Facetten und Projekte entlang der Weser, die die Senatsantwort aufzählt. In den letzten fünf Jahren sind in Bremen Strände entstanden, und es gibt Renaturierungsmaßnahmen, da kommen Ökologie und Naherholung zusammen. Das Wasser ist für die Menschen sichtbarer und erreichbarer geworden. Weitgehend ungestörte Natur wechselt sich am Ufer mit sportlichen

und wirtschaftlichen Nutzungen ab. Dazu begrüßen wir auch, dass bei Naturschutzkompensationsmaßnahmen in Zukunft noch verstärkt auf die Zugänglichkeit und Erlebbarkeit der Natur geachtet werden soll.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Von der entsprechenden Stadtentwicklung hat Herr Kottisch gerade schon gesprochen, dem kann ich mich eigentlich nur anschließen, das muss ich nicht wiederholen. Bis zum nächsten Jahr werden die EU und Bremen für die Entwicklung der "Lebensader Weser" über fünf Millionen Euro investiert haben, die sich für die Natur, für die Lebensqualität und für das Image Bremens nach unserer Überzeugung mehr als lohnen. Wir hoffen, dass das Programm auch ab dem Jahr 2014 weiter fortgesetzt werden kann. Auch am Segelhafen, am Weserstadion und rund um das Weserwehr werden wir dieses Zusammenspiel von Natur und Freizeit wahrscheinlich dann im nächsten oder übernächsten Jahr schon erleben können. Wir wollen auch, dass das BWK-Gelände sich zur Weser öffnet und dass der Weserradweg zügig vervollständigt wird.

Zur Mobilität am Wasser gehört dann natürlich auch die Mobilität auf dem Wasser und über das Wasser, das hat auch Herr Kottisch schon ausgeführt. Die Verbindung von Stadtteilen links und rechts der Weser und entlang der Weser per Schiff soll ausgebaut werden. Dass dafür sogar Verknüpfungen mit dem ÖPNV getestet und geprüft werden, hat mich positiv überrascht, das muss ich zugeben. Das, finde ich, ist für die Bevölkerung an der Weser wie für die Besucher aus dem Umland und Touristen gleichermaßen interessant und spannend.

Wenn wir diese Entwicklungen alle haben und loben, dann finde ich allerdings, dass wir uns zum Marketing noch ein paar weitergehende Gedanken machen können und müssen. Es ist vieles da. Vieles ist selbst für uns Bremer noch zu entdecken, das listet die Mitteilung des Senats auch ganz eindrucksvoll auf. Es fehlt aber hier, finde ich, noch ein bisschen der rote oder, sagen wir hier lieber am Wasser, der blaue Faden, an dem wir vor allem Besuchern Bremens erklären können, was mit der Weser, was an der Weser und wie die Weser zu erleben ist. Wir sollten uns überlegen, wie sich die Orte und Angebote gebündelter kommunizieren und noch eindrucksvoller zu einem Image verbinden lassen, statt sie nur einzeln und, wie es dann oft heißt, zielgruppenorientiert zu vermarkten.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

^{*)} Vom Redner nicht überprüft.

Ließen sich nicht das Festival Maritim und die Breminale und andere Aktivitäten zumindest kommunikativ verknüpfen? Ließen sich nicht die alten und neuen Zugänge zur Weser, die Erlebnisräume, die Gastro- und Kulturschiffe, die Fähren, die Bauten am Fluss gemeinsam darstellen? Schaffen wir es vielleicht mittelfristig, alle Aktivitäten, die kulturellen, die ökologischen und die verkehrlichen, zu einem großen langen Weserfestivalsommer zusammenzubinden?

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Ich war ein bisschen erstaunt, dass der vom Stadtmarketing kreierte und, ich glaube, bei Antragsstellung heiß diskutierte Begriff Weserwelten in der Mitteilung des Senats gar nicht mehr vorkommt, wobei ich auch das jetzt 25 Jahre alte schöne Label "Stadt am Fluss" vielleicht noch eingängiger, sympathischer und bremischer finde. Ein Label sollten wir aber finden, und mit diesem Label sollten wir bewerben, was wir in Bremen tun und am Wasser erleben können.

Gespannt bin ich auch auf das, was jetzt in vielen Vorlagen in der Baudeputation und hier in der Bürgerschaft immer wieder auftaucht. Das über mehrere Jahre hinweg kontinuierlich stattfindende Kunstprojekt im öffentlichen Raum auf der Verlängerung der Schlachte ist jetzt immer wieder angekündigt worden. Wir würden es sehr begrüßen, wenn auch die Kulturszene, Bremens Künstler und die Kreativwirtschaft schon an der Entwicklung beteiligt würden.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Bisher ist das ein geheimer Satz, denn durch Beteiligung entstehen nachhaltige Ideen, ganz besonders im kreativen Bereich, und lukrative Synergien zwischen dem Guten, das wir in der Stadt schon haben, und dem Guten, das noch entstehen kann. Lassen Sie uns dabei bitte auch über die Schlachte hinausschauen! Der "Weser-Kurier" hat im Sommer eine schöne Serie über das Kulturufer Neustadt, über die vielen Kultureinrichtungen, die direkt an der Weser oder an der kleinen Weser liegen, publiziert. Wir sollten auch die kreativen und hoch spannenden Ideen für die Gedenkstätte am Bunker Valentin weiter verfolgen und irgendwann realisieren.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Die Insel Harriersand gehört zu diesem Projekt oder zu diesen spannenden Orten. Sie eignet sich hervorragend für Sommerprojekte der Kultur- und Kreativwirtschaft, die da auch schon stattgefunden haben. Gerade in diesem Sommer haben wir mit der "Golden City"-Stadtrundfahrt, der kreativen und auch sozialpolitisch interessanten Zwischennutzung des BWK-Geländes in Blumenthal und dem Gastspiel des Motorschiffs "Stubnitz" an der Überseestadt Formate gesehen und erlebt, die wir Grüne gern weiter entwickelt sehen wollen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

und die wir für Leben und Kultur am und auf dem Wasser für symptomatisch und auch für imagefördernd halten. Ich würde mich freuen, wenn es uns gelingt, die vielen Einzelaspekte der Mitteilung des Senats zu bündeln. Dazu gehören auch die Entwicklungen zum Wohnen am und auf dem Wasser, und nach meiner Erfahrung, ich kenne da Projekte, muss das nicht immer wahnsinnig teuer und wahnsinnig aufwendig sein. Es muss auch kein Luxusprojekt sein. Dass es das nicht oder nicht nur wird, würde ich mir auch wünschen. Ich glaube, das große Problem ist aber die Tideverlagerung in Bremen, die das viel komplizierter macht als die Kosten.

Ich würde mir wünschen, dass alle diese Aspekte, und auch alle noch nicht in der Mitteilung des Senats auftauchenden Ideen und Projekte zu einem Bild von der "Stadt am Fluss" verdichtet werden. Ich finde, es ist eine lohnenswerte zentrale Aufgabe für das Stadtmarketing der nächsten Jahre.

(Glocke)

Dazu gehört nicht nur, es schön zu verpacken, sondern die Weser zugänglich zu machen. Das ist für mich auf jeden Fall eine Frage der sozialen Beteiligung. Die Breminale, glaube ich, da kenne ich mich ganz gut aus, ist im Moment nicht gerade unterfinanziert. Sie funktioniert so erfolgreich, weil sie eine ganz gute Finanzierung bekommt. Ich glaube, auch das ist ein Festival, das kostenlos ist, wo wir Zuschüsse von der Stadt geben, damit alle Menschen an die Weser kommen und da Kultur erleben können. Dies gilt für viele dieser Projekte, und gerade für das Naturerleben wird kein Eintritt bezahlt. Das ist kein Luxusprojekt. - Vielen Dank!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Vizepräsident Ravens: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Strohmann.

Abg. **Strohmann** (CDU): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Bremen er-

streckt sich über fast 40 Kilometer entlang der Weser und ist eine der längsten Flussstädte in Deutschland.

(Abg. Frau Schmidtke [SPD]: Über 70!)

Die Weser ist gleichzeitig Verkehrsweg. Wirtschaftsader, Wohn-, Erholungs- und Naturraum, Der Titel "Stadt am Fluss" umreißt die Entwicklungspotenziale, aber auch die Nutzungskonflikte. die damit verbunden sind. Die Weser prägt unser Stadtbild, sie trägt in hohem Maße zur Identifikation der Bremerinnen und Bremer mit ihrer Stadt bei. Auch auf Gäste von außerhalb übt die Lage am Fluss eine große Anziehungskraft aus. Mit diesem Pfund können wir wuchern. Welche Bedeutung die Weser für die Entwicklung des Stadtbildes hat, lässt sich an der Schlachte und in der Überseestadt ablesen. Wir haben in den letzten Jahren und Jahrzehnten kräftig investiert. Damit haben wir die Attraktivität Bremens als Wohn-, Tourismus- und Wirtschaftsstandort nachhaltig gesteigert. Der Bericht des Senats enthält dafür zahlreiche Beispiele.

Mit der Schlachte ist eine Flaniermeile mit vielfältigen gastronomischen, kulturellen und touristischen Angeboten entstanden. Die Bürgerschaftsfraktion der CDU hat die Pläne zur Verlängerung der Schlachte in Richtung Überseestadt stets unterstützt. Noch nutzen zu wenige Gäste den Uferweg von der Bürgermeister-Smidt-Brücke flussabwärts. Woran liegt das? Vielleicht liegt es daran, dass dort zu wenige Frequenzbringer sind. Die im Herbst des Jahres 2013 geplante Öffnung eines Varieté-Theaters am ehemaligen Weserbahnhof stellt einen Baustein dar, da müssen wir aber noch einmal schauen, inwieweit man das ergänzen kann. Leider steht dazu nichts im Bericht.

Vielleicht erinnern Sie sich noch an den temporären Beachclub im Bereich der Stephanibrücke? Ich finde, das war ein gutes Experiment. Wenn es natürlich privatwirtschaftliches Interesse gibt, sollte man dies noch einmal angehen. Wenn man nach Berlin schaut, sieht man, dass das eigentlich immer gern und gut genommen wird.

Schauen wir uns die Überseestadt an, stellen wir fest, dass sie sich zu einem modernen lebendigen Stadtteil entwickelt hat, der sich durch einen dynamischen Branchenmix aus Hafenbetrieben, Dienstleistungen, Wohnen, Kultur und Freizeit auszeichnet. Ich entsinne mich noch der Diskussion von vor zehn Jahren, und ich glaube, da ist etwas passiert. Mit dem Einzug der Hochschule für Künste in den Speicher XI hat sich die Überseestadt zu einem bedeutenden Standort für Kultur- und Kreativwirtschaft entwickelt. Von der ge-

planten Marina im Europahafen werden weitere historische Impulse ausgehen. Der Europahafen eignet sich aus meiner Sicht auch für citynahes Wohnen am Wasser in sogenannten Floating Homes. Für diese schwebenden Häuser gibt es wohl schon über 30 Interessenten. Ich glaube, es ist eine interessante Idee.

Wenn wir von Bremen als Stadt am Fluss sprechen, müssen wir aber auch den Blick nach Bremen-Nord wenden. Gerade Vegesack profitiert von seiner Lage an der Weser. Durch die Maritime Meile sollen diese Stärken herausgearbeitet und touristisch erschlossen werden. In dem Bericht sind auch so ein paar Kleinigkeiten angegeben, was mir darin fehlt, ist ein Gesamtkonzept für die Maritime Meile. In der Vorlage steht dazu leider nichts.

Insgesamt muss ich ehrlicherweise auch sagen, ich war von der Vorlage ein bisschen enttäuscht, weil sie im Wesentlichen eine Situationsbeschreibung ist. Darin fehlen mir ein bisschen die Vorschläge für die Zukunft. Es ist ganz klar, dass man die nicht hundertprozentig konkret machen kann. Es ist alles sehr vage gehalten.

Mir geht es dabei hauptsächlich um die Punkte der Verbesserung der touristischen Vermarktung, Herr Werner hat es angesprochen. Darin fehlen konkrete Ansagen über die Schaffung zusätzlicher Fährverbindungen und auch, wie man sich das mit den Schiffsverkehren im ÖPNV konkret vorstellt. Zu all diesen Punkten werden nur Prüfaufträge vergeben, ohne dass die Richtung, die Zeitschiene und die Zuständigkeiten benannt werden. Deswegen befürchte ich jetzt so ein bisschen bei allem guten Willen, dass es wieder nur ein Papier in der Reihe der Konzepte und der Masterpläne des Senats ist, das dann irgendwann zu den Akten gelegt wird mit Prüfaufträgen und dergleichen, und dass es dann wahrscheinlich wieder nur als Papiertiger endet.

Ich glaube, dies hat das Thema nicht verdient. Wir sollten gemeinsam daran arbeiten, dass diese Visionen dann auch umgesetzt werden. - Vielen Dank!

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Ravens: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Kottisch.

Abg. **Kottisch** (SPD)*): Herr Präsident, meine Damen und Herren, verehrte Kolleginnen und

^{*)} Vom Redner nicht überprüft.

Kollegen! Herr Strohmann, wir werden gemeinsam dafür sorgen, dass das hier kein Papiertiger wird.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Im Übrigen bedanke ich mich bei Ihnen für Ihre zustimmenden Äußerungen. Das unterstreicht, dass wir hier eine gute Situation haben und dass wir eine gute Politik betreiben. Auf die Kritikpunkte gehe ich allerdings gleich noch ein. Ich hatte es eben angekündigt, wir wollen schon noch ein bisschen mehr und geben uns noch nicht ganz zufrieden mit dem, was wir haben.

(Abg. Pohlmann [SPD]: Vergessen Sie die "Anbiethalle" nicht!)

Die "Anbiethalle" spielt auch eine Rolle, soll ich sagen!

(Abg. Strohmann [CDU]: Die eigentlich keine ist!)

Lieber Herr Kollege Rupp, einen Punkt noch zu Ihnen, Sie sprachen von fahrradpolitischer Entwicklung, ich denke, wir sollten das weniger in politischer Hinsicht diskutieren. Ich sehe das mehr als Aspekt des grünen Tourismus, das ist gut für Bremen. Die touristische Dimension ist mir hier viel wichtiger, die bringt nämlich als Wirtschaftsfaktor Einkommen in die Stadt, wovon viele Menschen profitieren werden.

Ich finde, es ist immer etwas Wunderbares, am Fluss zu sitzen und den Fluss zu genießen. Ich persönlich nutze das hin und wieder auch, leider nicht so häufig, wie ich es mir wünschen würde, an der Schlachte zu sitzen. Wenn man aber einmal da ist, dann stellt man fest, dass sehr viele Menschen von außerhalb Bremens hierherkommen, die sonst wahrscheinlich nicht in Bremen wären. Es ist wunderbar, und man kann dann beobachten, wie dort Schiffe und Ruderboote entlangfahren.

Vor Kurzem habe ich in der Überseestadt am Europahafen gesessen, und ich habe gesehen, wie ein Segelboot vorbeifuhr, und fand es phänomenal. Ich habe mich an meinen letzten Segelurlaub zurückerinnert und habe gesagt, es ist schön, dass wir in Bremen so etwas haben. Das bringt mich auf den Gedanken, hier auch den Sport, der in der Antwort kaum vorkommt, noch einmal zu erwähnen. Auch der Wassersport ist ein wichtiger Faktor und ein wichtiges Element, das Bremen prägt. Das geht eben nur, wenn man einen Fluss hat, und wir haben ihn.

Ich hatte angekündigt, wir wollen mehr. Wir sind mit einigen Punkten nicht ganz zufrieden. Das sind zwei Punkte, die ich noch einmal hervorheben möchte. Letztendlich haben es alle Fraktionen angesprochen, das eine Thema ist Wohnen auf dem Wasser, und das andere Thema sind Anlegemöglichkeiten. Darauf möchte ich noch einmal ganz dringend hinweisen. Da werden wir als SPD-Fraktion auch nicht nachgeben. Wir möchten, dass der Senat abermals prüft, welche Anlegemöglichkeiten für verschiedene Boote in unterschiedlichen Bereichen zusätzlich zu denen, die wir haben, möglich sind.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Wir möchten auch, dass in Bezug auf Bremen, die Stadt Bremen, alle Möglichkeiten geprüft werden, die Innenstadt, beide Weserseiten, Große und Kleine Weser! Wir möchten auch, dass die Lesum geprüft und Bremerhaven untersucht wird: Wo kann man dort zusätzlich mit Booten anlegen, um die Städte noch attraktiver zu machen?

Wir bitten den Senat außerdem, das Thema Wohnen auf dem Wasser intensiver zu verfolgen, als es bisher der Fall war. Es reicht uns nicht, was wir bisher vorgelegt bekommen haben. Wir finden die Arbeit gut, die da gemacht wird, keine Frage, aber wir wünschen uns, dass die Chancen hier vielleicht ein wenig stärker gesehen werden als die Risiken und dass die Chancen ausgebaut werden. Auch hier möchten wir, dass das Thema vorangetrieben wird und alle Möglichkeiten geprüft werden: Weser, Große und Kleine Weser, Lesum! Wo ist es möglich, hier in Bremen und Bremerhaven auf dem Wasser zu wohnen?

Wir glauben, dass sich hierdurch die Weser noch stärker als identitätsprägender Faktor des Landes Bremen in das Bewusstsein der Menschen hineinfrisst und nahezu verankert im wahrsten Sinne des Wortes. Wir glauben, dass darüber die Eigenschaften, die Herr Senator Dr. Lohse eben auch als hanseatische Eigenschaften hervorgehoben hat - Urbanität, überregionale Attraktivität, Weltoffenheit, aber eben auch überregionale Wahrnehmbarkeit -, für unsere beiden Städte, Bremen und Bremerhaven, maßgeblich gesteigert werden.

Herr Rupp, dem können Sie nicht widersprechen, das kommt dann übrigens allen Menschen zugute, auch denen, die vermeintlich zu den sozial schwächeren gehören. Ich bin mir ganz sicher, dass eine solche Entwicklung der sozialen Spaltung einer Stadt entgegenwirkt. In diesem Sinne sollten wir vielleicht alle gemeinsam das Positive

sehen und nicht so sehr die Risiken und die negativen Aspekte hervorheben, sondern weiter nach vorn gehen und die Weser als Fluss in unserer Mitte weiterentwickeln. - Vielen Dank!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsident Ravens: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Rupp.

Abg. **Rupp** (DIE LINKE)*): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ein Stichwort ist Wohnen am Wasser. Ich habe mir gerade die Frage gestellt: Warum machen wir eigentlich keine Pfahlbauten, wenn das mit dem Schwimmen so unterschiedlich ist? Dies aber nur am Rande.

Herr Werner und Herr Kottisch, ich habe mit Ihren Schilderungen gerade so meine Probleme, wenn Sie hier so blumig, freundlich von einem Segelboot erzählen, das dann auf der Weser an mir vorbeifliegt, und ich sitze da, habe die Füße im Wasser und fühle mich wie im Urlaub. Ich weiß eines: Für fast die Hälfte der Menschen in Bremen ist das Leben nicht so wie eine Margarinewerbung. Sie leben in einer anderen Welt.

(Abg. Frau Garling [SPD]: Das wissen wir!)

Selbst wenn der Eintritt für die Breminale oder ein Museum kostenfrei ist, gehen diese Menschen dort trotzdem nicht hin, weil sie zu wenig Geld haben, um sich auf der Breminale ein Bier und in dem Museum ein Andenken zu kaufen. Es tut ihnen in der Seele weh, wenn ihre Kinder dort ein Andenken haben wollen, sie es ihnen aber nicht kaufen können. Das ist eine Realität in Bremen, die darf man bei dem Gedanken "Stadt am Fluss" wirklich nicht ausblenden. Wenn man dies ausblendet, dann schafft man zwei Welten, dann schafft man die Welt am Fluss und die Welt der Menschen, für die die Welt am Fluss zu teuer ist, und das, finde ich, darf man nicht zulassen.

(Beifall bei der LINKEN)

Davor darf man die Augen nicht verschließen. Das ist es, was ich Ihnen an dieser Stelle noch einmal mit auf den Weg geben wollte.

Ich will überhaupt nicht negieren, dass man diese Dinge entwickeln muss und sich darüber freuen kann, wenn sich bestimmte Dinge positiv entwickeln und Kultur gelebt wird. Eines ist aber auch klar: Wenn man feststellt, dass nach zehn, zwölf oder zwanzig Jahren Entwicklung in Bremen mit Arbeitslosigkeit und zunehmender sozialer Abspaltung immer mehr Menschen an einer solchen Welt nicht teilnehmen können, dann ist man herausgefordert, dies bei einer Entwicklung für ein Konzept für eine Stadt am Fluss mit zu bedenken. Ich habe hier nur gesagt, meiner Meinung nach ist das eine Herausforderung, der wir bisher nicht gewachsen sind.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsident Ravens: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Kottisch.

Abg. Kottisch (SPD)*): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Lieber Herr Rupp, ich finde es richtig und wichtig, dass wir das hier diskutieren. Ich glaube aber, dass das in diese Debatte gar nicht hineingehört. Ich habe Ihnen aufgezeigt, dass die Weser für alle zugänglich gemacht wird, zum Beispiel wird der Sporthafen Weser e. V., zugänglich gemacht. Im Übrigen: Wo ich gesessen und das Segelschiff betrachtet habe, war am Europahafen in der Überseestadt, das ist in Bremen-Walle. Dahin kann jeder gehen, da kann sich ieder an das Ufer setzen und die Segelschiffe betrachten. Gleiches gilt für die Waterfront. Gehen Sie einmal dorthin! Das ist eine wunderbare Möglichkeit für die Menschen, die in Gröpelingen leben, an die Weser zu gehen. Dieses Gebiet war früher geschlossen, dorthin kam man gar nicht. Der Fluss ist für die Menschen urbar gemacht worden, und der Stadtteil rückt weiter an die Weser heran. Das ist hervorragend.

(Abg. Strohmann [CDU]: Da ist sogar ein Beachclub! Dort kann man sich sogar hinsetzen, ohne etwas zu verzehren!)

Ein Beachclub! Gehen Sie einmal dorthin, schauen Sie es sich an! Vielleicht sollten Sie das einmal tun!

Verkennen Sie bitte nicht die wirtschaftliche Dimension, die wir hier betrachten. Indem wir die Weser als identitätsprägenden Faktor dieser Stadt fortentwickeln, schaffen wir Einkommen, Wirtschaftskraft und Arbeitsplätze, und das kommt gerade denjenigen, denen Sie vermeintlich helfen wollen, zugute. - Vielen Dank!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsident Ravens: Als nächster Redner hat das Wort Herr Senator Dr. Lohse.

^{*)} Vom Redner nicht überprüft.

Senator Dr. Lohse: Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Über diesen Antrag, den wir jetzt diskutieren, habe ich mich ausdrücklich gefreut, weil das Thema "Stadt am Fluss - Lebensader Weser" eines ist, das für mich, unser Ressort und den gesamten Senat ein äußerst wichtiges Handlungsfeld ist.

Ich möchte einmal daran erinnern, dass wir hier in den letzten 25 Jahren ja große Erfolge erreicht haben. Wenn man sich noch einmal zurückbesinnt, wie es vor 25 Jahren an der Weser aussah: Ich habe alte Bilder gesehen, auf denen die Schlachte komplett mit Autos zugeparkt war. Andere Dinge wie die Nicht-Zugänglichkeit sind angesprochen worden. Das zeigt, wie viel wir hier erreicht haben. Wir haben vieles erreicht, weit über die Einzelthemen hinaus, die wir hier angesprochen haben: Kultur, Tourismus, Freizeit und Naturschutz. Wir haben es geschafft, die Verunsicherung zu überwinden, die in Bremen über den Strukturwandel und die Frage, wie es weitergeht, wenn die Werften darniederliegen und sich andere Branchen nicht so entwickeln, eingetreten war, und den Fluss, der mitten durch Bremen fließt, neu zu entdecken.

Ich erinnere nur daran, dass der Ausbau der Schlachte oder die Entwicklung der Überseestadt einmal als Reparaturmaßnahme bezeichnet worden ist. Kein Mensch würde heute mehr auf die Idee kommen, dies als eine Reparaturmaßnahme zu bezeichnen. Das sind Gestaltungsleistungen, die hier vollbracht worden sind, die wir auch weiter fortsetzen wollen. Sie haben auch eine Reihe von Anregungen gebracht, in welcher Weise man dies weiterentwickeln kann. Mir ist aber vor allem wichtig, dass wir diesen Bewusstseinswandel, diesen Wandel im Verhalten der Bremerinnen und Bremer hervorheben. Sie strömen an die Weser, sie strömen in die Biergärten an der Schlachte, sie fahren mit Fahrrädern in Scharen in die Überseestadt und erkunden dort, was sich in diesem spannenden Stadtentwicklungsgebiet neu entwickelt. Das hat alles schon stattgefunden, und das zeigt auch, dass wir hier eben keine Papiertiger produzieren, sondern dass die Papiere, die wir hier schreiben, auch eine Wirkung entfalten.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Ich möchte noch eines hinzufügen. Es ist auf die erheblichen Investitionsmittel hingewiesen worden, die hier hineingeflossen sind. Ich möchte nur noch den Hinweis geben, dass ein erheblicher Teil davon europäische Mittel gewesen sind. Ich sage dies ganz bewusst in Zeiten zunehmender Europaskepsis, hier hilft uns die Europäische Union mit ihren Strukturfonds und Förderpro-

grammen, damit wir solche Dinge entwickeln können. Auch in das Programm "Lebensader Weser", in dem wir die naturräumlichen Aspekte der Weser wieder freilegen und zugänglich machen, fließen europäische Mittel hinein. Dies sollte uns bewusst sein, auch wenn wir unser weiteres Verhalten gegenüber der Europäischen Union und der Weiterentwicklung bedenken.

Wir sind dabei, wieder Badewasserqualität in der Weser herbeizuführen. Das wäre vor 20 Jahren völlig undenkbar gewesen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen - Abg. Rupp [DIE LINKE]: Sie ist immer noch zu kalt!)

In Island, Herr Rupp, badet man bei ganz anderen Temperaturen, aber es mag sein, dass wir daran noch arbeiten müssen!

Das zeigt aber auch, wie viel sich gewandelt hat. Wir haben gerade zusammen mit dem Land Niedersachsen den integrierten Bewirtschaftungsplan Weser entwickelt und verabschiedet, der auch zeigt, wie wir die Naturschutzbelange, aber auch die anderen Belange, die Funktionen, die dieser Fluss als Transportweg wahrnimmt, in Einklang bringen können. Hier ist, ich wiederhole mich noch einmal, sehr viel erreicht worden.

Das ist auch nicht mein Ressort allein - das sehen Sie auch an der Vorlage -, sondern wir arbeiten hier auch gut zusammen mit dem Haus des Senators Günthner und auch mit den anderen Ressorts, mit dem Kultursenator und anderen. Deswegen beschränken sich die Maßnahmen auch nicht auf die Umwelt- und Baupolitik, sondern wir haben auch die Wasser- und die Naturschutzqualität, die Aufenthaltsqualität für Touristen und Freizeitsuchende und die wirtschaftlichen und energiewirtschaftlichen Nutzungen im Blick. All dies findet am Fluss statt. Ich glaube, dass es beispielhaft ist, wie wir auch in der Dichte einer Großstadt, in der wir hier leben, in der man für Menschen auf engem Raum unterschiedliche Interessen ausgleichen muss, zu guten Lösungen und guten Kompromissen kommen kann, sodass diese Dinge in Einklang zu bringen sind.

Wir werden weiter an der Verbesserung der Zugangsmöglichkeiten zur Weser arbeiten. Einiges ist angesprochen worden. Ich möchte auch noch einmal auf die soziale Dimension hinweisen. Natürlich schaffen wir Zugänge in allen Stadtteilen. Wir haben Strände eingerichtet in Rablinghausen und Hemelingen, das sind Stadtteile, die nicht besonders privilegiert sind. Auch dort schaffen wir Aufenthaltsräume, in denen Erwachsene, Kinder und Jugendliche wieder an den Fluss kommen können, und zumindest im Sommer ist es auch

warm genug, dass man ein bisschen im Wasser planschen kann, wenn man schon nicht in der Fahrrinne schwimmen kann.

(Abg. Frau Ahrens [CDU]: Schwimmen ist da nicht freigegeben! Das ist dort lebensgefährlich!)

Wir arbeiten aber an allen Stellen daran, dies weiterzuentwickeln.

Manche Dinge, die in der Vorlage dargestellt sind - sie hat einige Wochen gebraucht, bis sie die Debatte hier erreicht hat -, sind schon in der Planung oder sogar Realisierung. Denken Sie an die Verlängerung der Schlachte, wo das Ergebnis jetzt konkret zu besichtigen ist! Ich kann nur sagen, wir laden weiterhin alle Bremerinnen und Bremer ein, auch Sie alle, die Lebensader Weser und die Stadt am Fluss gemeinsam weiterzuentwickeln.

Dort, wo wir Wohnraum in Flussnähe schaffen, werden wir natürlich künftig das berücksichtigen, was wir jetzt in dem Wohnraumförderprogramm beschlossen haben. Wir werden auch einen entsprechenden Anteil an sozial gefördertem Wohnraum realisieren, damit wir die gesunde Durchmischung der Stadtteile weiter im Blick behalten und entwickeln. Einige Dinge, die von Ihnen genannt wurden, sind in der Prüfung und in der Vorbereitung - Stichwort: Fährverbindungen und Brücken -, es gibt dort Ideen. Man muss immer schauen: Wer betreibt solch eine Fähre, rechnet sie sich langfristig, und was heißt es für das Haushaltsnotlageland Bremen, wenn sie sich nicht rechnet? Die BSAG zeigt aber auch an der einen oder anderen Stelle Interesse, mit ihr sind wir in Gesprächen.

Die beiden Themen, Wohnen auf dem Wasser und Schaffung von Anlegemöglichkeiten, die Sie auch genannt haben, werden wir auch mitnehmen. Ich freue mich darauf, mit Ihnen und der Stadtgesellschaft gemeinsam weiter hieran zu arbeiten. Das sind langwierige Prozesse, wie gesagt, wir sind seit 25 Jahren daran, das heißt, wir werden auch nicht im kommenden Jahr alles abgearbeitet haben, aber es lohnt sich und macht Freude, dies weiterzuentwickeln. Ich freue mich, wenn wir da gemeinsam an einem Strang ziehen. - Vielen Dank!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsident Ravens: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Die Stadtbürgerschaft nimmt von der Mitteilung des Senats, Drucksache 18/212 S, Kenntnis.

Welcome-Center für ausländische Fach- und Führungskräfte in Bremen einrichten

Antrag der Fraktion der CDU vom 11. September 2012 (Drucksache 18/215 S)

Dazu als Vertreter des Senats Herr Staatsrat Dr. Heseler.

Die Beratung ist eröffnet.

Als erste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Grobien.

Abg. Frau **Grobien** (CDU): Herr Präsident, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Wir legen Ihnen heute einen Antrag vor, in dem wir, die CDU-Fraktion, vorschlagen, ein Welcome-Center für ausländische Fach- und Führungskräfte beim Unternehmensservice in Bremen einzurichten. Internationale Fachkräfte erwarten, wenn sie in dem Land ihres künftigen Arbeitsplatzes ankommen, eine gastfreundliche, zuvorkommende und serviceorientierte Willkommenskultur.

(Beifall bei der CDU)

Für Bremen als bekanntermaßen weltoffenem, international vernetztem Wirtschaftsstandort muss dies in besonderem Maße gelten. Dazu soll unser Antrag einen Beitrag leisten.

(Beifall bei der CDU)

Fachkräfte mit Migrationshintergrund sind nach wie vor auf qualifizierten Arbeitsplätzen unterrepräsentiert. Unzureichende Sprachkenntnisse und Hürden bei der Anerkennung ausländischer Abschlüsse sind nur zwei der vielfältigen Ursachen. Wirtschaftsstandorte, die im Wettbewerb stehen, müssen sich diesem Problem stellen, denn nicht nur in Deutschland und nicht nur in Bremen herrscht Fachkräftemangel.

Am Campus der Universität wie auch an vielen anderen Universitäten gibt es bereits eine Serviceeinrichtung als Außenstelle des Stadtamtes, das Bremen Service Universität, wo man Erledigungen wie Melde- und Ausländerangelegenheiten vornehmen kann. Die universelle Beratung eines Welcome-Centers aber muss über die reinen Anmeldeangelegenheiten hinausgehen. Hier müssen Menschen Antworten finden auf Fragen der unterschiedlichen Lebenswelten: zum Arbeiten, zum Wohnen, zur Kinderbetreuung, zum

Schulsystem et cetera. Dies unter anderem auch an einer zentralen Stelle in der Bremer Innenstadt mit einem einheitlichen Ansprechpartner zu bündeln, ist dabei nur konsequent.

Mit dem Unternehmensservice Bremen als zentraler Anlaufstelle für ein solches Welcome-Center ist dafür eine geeignete Stelle gefunden. Dabei soll der Träger weiterhin das Stadtamt sein. Wir sind erfreut zu hören, dass das Stadtamt, insbesondere die Ausländerbehörde, dessen Willkommensmentalität nachgewiesenermaßen verbesserungswürdig ist, nun auch möglichst kurzfristig modernisiert und umstrukturiert werden soll.

Ein Welcome-Center im Unternehmensservice Bremen kann einen Beitrag dazu leisten, diesen Modernisierungsprozess im Stadtamt zu beschleunigen, und damit einen Beitrag zur Arbeitsentlastung leisten. Wenn dann auch noch auf Messen international im Verbund mit Via Bremen und der WFB für die zentrale Anlaufstelle geworben wird, kann eigentlich nicht mehr viel misslingen.

Wohlgemerkt, es handelt sich hier um ein Zusatzangebot und nicht um ein Konkurrenzangebot zum Stadtamt. Wir bitten Sie daher um Unterstützung unseres Antrags.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Ravens: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Senkal.

Abg. **Senkal** (SPD): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir freuen uns, dass sich die Handelskammer Bremen für die Verbesserung der Willkommenskultur in Bremen stark macht. Dass aber ausgerechnet die CDU den Senat auffordert, Welcome-Center für ausländische Fach- und Führungskräfte einzurichten, ist scheinheilig.

(Beifall bei der SPD - Abg. vom Bruch [CDU]: Warum nicht!)

Der CDU fällt im Jahr 2012 auf, dass ausländische Menschen, die nach Deutschland kommen, Zitat aus dem Antrag zum Welcome-Center, "nicht als Bittsteller behandelt werden" wollen, dass "Menschen mit Migrationshintergrund auf qualifizierten Arbeitsplätzen noch unterrepräsentiert" sind, dass es an einer "Willkommenskultur in Gesellschaft und Behörden" mangelt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe CDU-Bürgerschaftsfraktion, 60 Jahre lang hat sich

die CDU dagegen verweigert, dass die Bundesrepublik auch ein Einwanderungsland ist.

(Beifall bei der SPD und bei der LINKEN)

Das Ausländer- und Aufenthaltsrecht wird durch die CDU auf Bundesebene nach wie vor überwiegend als Hürde und Hindernis konstituiert. Die CDU hat die Festung Europa mit gebaut. Die Visum- und Aufenthaltspolitik der CDU auf Bundesebene und auf europäischer Ebene macht es Menschen aus nicht europäischen Ländern so schwer, nach Deutschland zu kommen, und restriktive Aufenthaltsgesetze erschweren die Integration von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund.

(Beifall bei der SPD, beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der LINKEN - Abg. Frau Grobien [CDU]: Thema!)

Es ist bekannt, dass Unternehmer aus Drittstaaten ihre Visa über Länder wie Österreich beantragen müssen, um dann in die Bundesrepublik einzureisen, weil die Bedingungen und Verfahren so voller Willkür und Bürokratie stecken, dass die Menschen auf Umwegen hierherkommen. Liebe CDU-Bürgerschaftsfraktion, helfen Sie uns, auf Bundesebene diese Zustände zu beheben, bevor Sie von einer Willkommenskultur sprechen!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Die SPD und das Bündnis 90/Die Grünen hingegen arbeiten seit Jahren an der Willkommenskultur für die Ausländerbehörde. Dies ist unglaublich schwierig vor dem Hintergrund bestehender Bundesgesetze, die die CDU nicht ändern will, aber auch aufgrund der schwierigen Personalsituation, die wir im Zuge der Neustrukturierung des Stadtamtes unbedingt lösen müssen. Die SPD und das Bündnis 90/Die Grünen ducken sich aber vor dem Problem nicht weg. Wir unterstützen den Senat, der gerade in einem aufwendigen Verfahren eine umfassende Reform der Ausländerbehörde vorbereitet.

Die CDU jedoch will stattdessen allein den Service für wirtschaftlich Privilegierte verbessern. Wie sollte es auch anders sein? Dies würde bedeuten, es würde ein Zweiklassensystem geschaffen, das der bremische Steuerzahler im Interesse von Unternehmen für wenige Privilegierte finanzieren soll. Ausländer in den Kategorien A und B wird es mit der SPD-Bürgerschaftsfraktion nicht geben.

(Beifall bei der SPD, beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der LINKEN)

Die Koalition aus Bündnis 90/Die Grünen und SPD will eine Willkommenskultur für alle Ausländerinnen und Ausländer.

Lassen Sie mich noch etwas zu Ihrem Welcome-Center nach dem Hamburger Modell sagen! Ich war in den Sommerferien mit Frau Tuchel und Herrn Bolavela in Hamburg. Dort haben wir das Welcome-Center besucht. Lassen Sie mich sagen, es ist nicht alles Gold, was dort glänzt! Der Personalaufwand ist erheblich: zwölf Mitarbeiter samt Leitung und stellvertretender Leitung zusätzlich. Die Menschen nutzen das Welcome-Center als Erstkontakt und werden dann an die für sie verantwortlichen Ausländerbehörden in den Bezirken weitergeleitet. Hamburg bezahlt eine beträchtliche Miete für die Räume, die es in der Handelskammer für das hamburgische Welcome-Center anmieten muss. Inhaltliche Kooperation mit der Handelskammer findet laut Aussage der Leitung kaum bis gar nicht statt. Wartezeiten von vier bis sechs Wochen, um einen Termin zu bekommen, sind die Regel. Ablehnende Entscheidungen werden dort nicht selbst getroffen. Fazit: Das Hamburger Konzept ist für Bremen nicht überzeugend.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Unser Ziel ist stattdessen, die Ausländerbehörde insgesamt zu einer von einer Willkommenskultur geprägten Abteilung für Aufenthalt und Einbürgerung zu machen. Darüber hinaus gibt es in der Ausländerbehörde bereits jetzt, das hatten Sie auch schon erwähnt, besondere Ansprechpartner für die Unternehmen im Land Bremen, die ihre Arbeitnehmer oder zukünftigen Arbeitnehmer in Bezug auf Einreise und Aufenthalt unterstützen. Dies gilt es im Rahmen der Kapazitäten noch zu verbessern.

Wir begrüßen auch, wie bereits gesagt, dass die Handelskammer den Unternehmensservice Bremen und die Kooperation mit dem Stadtamt ausbauen möchte. Dies werden wir im Zuge der Neustrukturierung des Stadtamtes weiter fördern und unterstützen. Wir wollen aber keinen teuren Sonderservice für einige wenige aus Steuermitteln finanzieren, um Defizite der CDU-Politik auf Bundesebene auszugleichen.

(Beifall bei der SPD)

Deshalb lehnen wir den CDU-Antrag ab, denn er ist vor dem Hintergrund der Visum- und Einbürgerungspolitik der CDU auf Bundesebene scheinheilig und kostspielig zugleich.

(Beifall bei der SPD)

Liebe CDU-Bürgerschaftsfraktion, eine Willkommenskultur kann man nicht erkaufen, und ein Schild mit der Aufschrift "Welcome-Center" bringt uns hier nicht weiter. Lassen Sie uns gemeinsam über die doppelte Staatsbürgerschaft, das Wahlrecht für Ausländerinnen und Ausländer, die Visumpolitik, die in den Achtzigerjahren stehengeblieben ist, und die Gesetze des Ausländerrechts sprechen! Ich sage Ihnen, dann wird es auch etwas mit der Willkommenskultur. - Vielen Dank!

(Beifall bei der SPD, beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der LINKEN)

Vizepräsident Ravens: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Saxe.

Abg. **Saxe** (Bündnis 90/Die Grünen)^{*)}: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Mein Wortbeitrag wird etwas versöhnlicher ausfallen als der von Herrn Senkal, denn ich finde das Grundanliegen des Antrags durchaus richtig. Bremen braucht als Wirtschaftsstandort eine verbesserte Willkommenskultur auch für ausländische Fach- und Führungskräfte.

(Beifall bei der CDU)

Trotzdem ist die sehr kritische Würdigung dieser Initiative durch Herrn Senkal im Kontext der vergangenen Bemühungen der CDU um eine Willkommenskultur für Einwanderinnen und Einwanderer in Bremen und im Bund für mich bestens nachvollziehbar. Ich sehe aber in diesem Antrag, und das stimmt mich hoffnungsfroh, eine Bewegung in die richtige Richtung auch seitens der CDU.

Für die Ansiedlung eines solchen Welcome-Centers bei dem Unternehmensservice spricht sicher einiges als einem Teil eines verbesserten Angebots für Menschen, die ihren Lebensmittelpunkt vom Ausland nach Bremen verlagern. Ich denke aber, dass wir für alle betroffenen Einwanderinnen und Einwanderer ein gutes und kein abschreckendes Angebot machen sollten.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der SPD und bei der LINKEN)

Dabei geht es um ein bedarfsgerechtes Angebot für alle Nutzergruppen. Aus wirtschaftspolitischer Sicht kann es bestimmt sinnvoll sein, Führungskräfte, Fachkräfte, Selbstständige, Existenzgründer, Wissenschaftler und ihre Familien beim Un-

^{*)} Vom Redner nicht überprüft.

ternehmensservice mit einem Service aus einer Hand zu unterstützen, bei dem ein ausländer- und melderechtlicher Behördenservice angeboten wird, der aber auch bei Existenz- und Unternehmensgründung hilft. Hier könnte es wie in Hamburg zum Beispiel um Aufenthaltstitel, Wohnsitzanmeldung oder Gewerbeanmeldung gehen.

Wenn sich dieses Bemühen um eine Willkommenskultur für Einwanderer aber nur auf die Hochqualifizierten beschränkt, und da muss ich Herrn Senkal zustimmen, müssten wir uns Vorwürfe eines Mehrklassenmelderechts gefallen lassen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Die Sache wird also nur rund, und wir bleiben eben nur glaubwürdig, wenn wir die Willkommenskultur für alle Zuwanderergruppen in Bremen und Bremerhaven verbessern.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Dabei mag dieser Ansatz für eine bestimmte Gruppe gut sein, und für andere Gruppen mag es gut sein, andere Angebote zu machen. Natürlich kann man auch darüber diskutieren, ob es ein Serviceangebot beim Unternehmensservice ist, das dazu führt, das Angebot besser zu machen. Die Ausländerbehörde, das ist auch schon erwähnt worden, muss man aber dabei einfach in einem Atemzug nennen, die Verbesserungen dort müssen auch stattfinden, sodass die Willkommenskultur sich in Bremen für alle verbessert. Dies ist, denke ich, auch unser gemeinsames Anliegen.

Wie man Fachkräftegruppen ein gezieltes und leichteres Angebot machen kann, gehört auch dazu. Ich weiß nicht, ob sie unbedingt dann so richtig zum Unternehmensservice gehören. Das wird man aber bei einer weiterführenden Diskussion, die wir jetzt führen müssen, sicherlich auch beachten müssen. Dabei kann man andere Angebote mit einbeziehen, wir haben ja jüngst über die Mobilitätsberatung für Neubürgerinnen und Neubürger gesprochen. Ich denke, man kann auch andere Beratungsangebote, die wir auch auf den Weg gebracht haben, mit einbeziehen, und dort sinnvoll integrieren.

Ich hätte Ihren Antrag deshalb, weil es der Anfang einer Diskussion ist, auch gut in die Wirtschaftsdeputation und in die Deputation für Inneres überweisen können. Wir werden diesen Ansatz aber gern in ein sozial ausgewogeneres und weitergehendes Konzept aufnehmen, welches diesen wichtigen Baustein durchaus enthalten sollte. Das von Ihnen vorgeschlagene Modell offenbart mir aber doch einige Fragezeichen und Schwachstellen, die ich noch kurz skizzieren will.

Der Aspekt einer sozial ausgewogenen Meldegerechtigkeit kommt nicht vor. Eine Evaluierung der Erfahrungen in Hamburg und ihrer Übertragbarkeit auf Bremen ist wichtig. Ich stimme Herrn Senkal zu, da ist nicht alles Gold, was glänzt. Man wird da ganz genau hinschauen müssen. Auch die finanzielle Ausstattung ist dort so groß, dass wir das nicht eins zu eins auf Bremen übertragen können.

Ich nenne das Problem mit den Fachkräften. Wir haben beispielsweise 1 300 zusätzliche Pflegekräfte, die für Bremen bis zum Jahr 2030 gebraucht werden. Dabei geht es auch um die Anerkennung von ausländischen Abschlüssen. Ich frage mich, ob dafür der Unternehmensservice wirklich der beste und kompetenteste Ansprechpartner ist. Da werden wir uns andere Sachen überlegen müssen und versuchen müssen, das ganze Problem ganzheitlich anzugehen. Da muss dann sicherlich ein Teil der Leistungen, die gemacht werden, eben auch beim Unternehmensservice stattfinden.

Man muss noch einmal genau hinsehen, wo man für welche Nutzergruppe die richtige Willkommensstruktur schafft. Die Gefahr von Doppelstrukturen ist ganz eindeutig vorhanden. Man muss sehen, wie man damit umgeht.

Also: Wir werden als Koalition eine verbesserte Initiative auf den Weg bringen, die eine Verbesserung der Willkommenskultur insgesamt für Zuwanderinnen und Zuwanderer, für Einwanderinnen und Einwanderer in Bremen schafft und nicht nur für eine ganz bestimmte Gruppe. Ich freue mich aber, dass die CDU sich zumindest teilweise mit auf den Weg macht. Wenn Sie dann alle mit ins Boot holen, in unsere gemeinsame Arche -

(Abg. Dr. Güldner [Bündnis 90/Die Grünen]: Auch die Senatoren!)

auch die Senatoren! -, dann sind Sie auf dem richtigen Weg. Bis dahin müssen Sie aber noch ein paar Schritte gehen.

Ich will noch eines als Postskriptum erwähnen, was mich ein bisschen ärgert, und das ist die vernünftige Regelung der Anerkennung ausländischer Abschlüsse. Darüber haben wir hier auch schon öfter debattiert. Dabei sind wir leider kein Stück weiter gekommen. In den Komplex der

Willkommenskultur gehört ganz eindeutig auch hinein, dass wir uns jetzt wirklich auf den Weg machen und da auch einen Weg frei machen.

In dem Sinne: Lassen Sie uns diesen Weg gemeinsam gehen und ihn nicht nur für Teile der Bevölkerung denken, sondern für alle! - Vielen Dank!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Vizepräsident Ravens: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Tuncel.

Abg. **Tuncel** (DIE LINKE)*): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Bremen kann von Hamburg einiges lernen, zum Beispiel beim Ausbau der Betreuungsplätze für unter Dreijährige

(Abg. Frau Ahrens [CDU]: Das stimmt!)

oder dem ÖPNV auf der Elbe. Das Welcome-Center gehört aber nicht dazu. Hamburg hat, wie von meinem Vorredner erwähnt, im Jahr 2007 eine solche Premium-Ausländerbehörde eingerichtet. Dort werden eingewanderte Fachkräfte und Studierende in aufenthalts-, melde- und steuerrechtlichen Angelegenheiten beraten, eine zentrale Anlaufstelle sozusagen! Das ist eine sehr gute Idee, die am Servicegedanken orientiert ist und eine Willkommenskultur ausdrücken soll.

Warum soll das aber einer bestimmten Gruppe von Menschen vorbehalten bleiben? Haben weniger privilegierte Gruppen kein Recht darauf, nicht stunden- und tagelang warten zu müssen? Haben sie kein Recht darauf, freundlich und in ihrem Sinne beraten zu werden? Haben sie kein Recht, sich willkommen zu fühlen? Niemand möchte in Behörden wie ein Bittsteller behandelt werden. Niemand möchte morgens um 6.00 Uhr in der Kälte vor der Ausländerbehörde Schlange stehen und Monate auf einen Termin warten.

(Beifall bei der LINKEN, bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Es ist egal, ob es sich dabei um eine Familie mit Duldung oder um eine angeworbene Ärztin handelt. Sie alle sind Menschen, die vom Staat als solche behandelt werden möchten. Die staatlichen Behörden dürfen nicht nach volkswirtschaftlicher Nützlichkeit unterscheiden, sonst müssten

auch ein Luxus-Arbeitsamt, ein Super-Standesamt oder eben eine Premium-Ausländerbehörde eingerichtet werden. Das geht absolut in die falsche Richtung und unterscheidet nach Bürgern erster, zweiter und dritter Klasse, auch das haben meine Vorredner Herr Senkal und Herr Saxe gesagt. Ausländer müssten sich weiter mit der alten Ausländerbehörde plagen, dabei haben sie viel dringendere und teilweise existenzielle Probleme.

Wir sind stattdessen für die Abschaffung der Ausländerbehörde, wie es sie bisher gibt, weil die meisten Ausländerbehörden weiterhin personell unterbesetzt sind und sie auch deswegen einen schlechten Service bieten und oft restriktiv denken und handeln. Die geplante Umstrukturierung der Ausländerbehörde in Bremen geht in die richtige Richtung, aber sie kommt nur sehr schleppend voran. Wir sind auf die Ergebnisse gespannt. Herauskommen müsste unserer Meinung nach eine Behörde, die personell gut ausgestattet ist und gute Arbeitsbedingungen eine Servicementalität und eine wohlwollende Grundeinstellung hat. Daher lehnen wir den Antrag der CDU ab. - Danke!

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsident Ravens: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Grobien.

Abg. Frau **Grobien** (CDU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Das Schöne daran, wenn man sich so kurz fasst, ist, dass man noch einmal kurz etwas dazu sagen darf.

Es hat mich doch etwas verwundert, dass der Antrag, der ursprünglich einmal mit überwiesen werden sollte, nun plötzlich abgelehnt werden soll. Ich erinnere mich noch gut an ein Gespräch mit Herrn Bolayela, in dem wir gesagt haben, dass das Land kluge Köpfe braucht und dass es wünschenswert wäre, so etwas zu machen. Der Begriff "Hamburger Modell" ist in meiner Rede und meinen Ausführungen nicht einmal vorgekommen. Sicher muss man die Erfahrungen, die dort gemacht wurden, einbauen, und man darf dem Marketingaspekt einer solchen Einrichtung natürlich nicht zu viel Bedeutung beimessen.

Herrn Senkal, Ihnen möchte ich noch einmal sagen, das Wort "auch", das ich in meiner kurzen Rede gebraucht habe, haben Sie offensichtlich nicht gehört, denn hier geht es wirklich um zusätzliche Entlastungen beim Stadtamt, und natürlich begrüßen wir die Modernisierungsstruktur. Das haben Sie aber offensichtlich überhört. - Vielen Dank!

^{*)} Vom Redner nicht überprüft.

Vizepräsident Ravens: Als nächster Redner hat das Wort Herr Staatsrat Dr. Heseler.

Staatsrat Dr. Heseler: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Bremen ist eine international vernetzte, weltoffene Stadt, und wir haben ein großes Interesse daran, dass Unternehmer. Führungskräfte und Fachkräfte aus aller Welt nach Bremen kommen. Deswegen hat die WFB zum Beispiel drei Schwerpunktländer. Wir werben in der Türkei, in den USA und in China dafür, dass sich Unternehmen hier ansiedeln. Wir sind ein Standort, der darauf angewiesen ist, dass Fachkräfte und hochqualifizierte Führungskräfte hierherkommen und arbeiten, das ist offensichtlich, wenn man sich die Branchen hier anschaut. Zum Beispiel in der Luft- und Raumfahrt, aber auch in vielen anderen Branchen ist das so. wir hören das von der IT-Industrie und von vielen anderen.

Deswegen ist die Idee eines Welcome-Centers völlig richtig, und deswegen arbeiten wir seit geraumer Zeit gemeinsam mit der Handelskammer an diesem Thema. Ich habe zum Beispiel Ende August mit meinem Kollegen Münch vom Innenressort mit der Handelskammer zusammengesessen, um zu überlegen, wie wir solche Wege gehen können. Wir sind da eigentlich auf einem ganz guten Weg. Deswegen finde ich es auch sehr positiv - wie der Abgeordnete Saxe gesagt hat -, dass die Koalitionsfraktionen hier an einer verbesserten Initiative arbeiten, und das wollen wir gern unterstützen.

Ich glaube, wir müssen nicht nur weltoffen sein, sondern wir brauchen diese Willkommenskultur. Dabei kann ich auch sehr deutlich sagen, da stimme ich dem Abgeordneten Senkal voll zu: Wir, auch wir als Wirtschaftsressort, wollen nicht, dass es ein Zweiklassensystem gibt. Wir wollen auch nicht, dass es einen teuren Sonderservice für einzelne Kräfte gibt.

Was diesen teuren Service angeht, habe ich auch festgestellt - ich weiß gar nicht, ob man von einem Hamburger Modell sprechen kann -, dass in den letzten Monaten mehrere Menschen nach Hamburg gefahren sind, um sich einmal das Welcome-Center dort anzuschauen. Ich habe von der Handelskammer positive Nachrichten gehört, aber ich habe auch eine Botschaft gehört, dass es sehr teuer ist, was die Hamburger da machen. Sie können sich das ja auch leisten, Sie sind ein bisschen reicher als wir, aber für uns kommt nicht infrage - das kann ich Ihnen, glaube ich, gemeinsam mit meinem Kollegen Münch sagen -, dass wir hier einen teuren Sonderservice einrichten.

Das können wir uns nicht erlauben. Wir müssen sehen, wie wir das ohne Mehrkosten vernünftig erreichen.

Wir haben allerdings Strukturen, die es in dieser Form in Hamburg und in den meisten anderen deutschen Städten nicht gibt. Mit dem Unternehmensservice haben wir, Handelskammer und Wirtschaftsressort zusammen, eine Initiative eingerichtet, die genau das Ziel verfolgt, für Unternehmer, die hier sind, aber auch für diejenigen, die hierherkommen, oder auch für Existenzgründer oder Führungskräfte ein Ansprechpartner zu sein. Insofern halte ich die Idee, dass das Wirtschafts- und das Innenressort diesen Weg gemeinsam mit der Handelskammer gehen, für sehr sinnvoll, und daran sollten wir arbeiten.

Also kein Zweiklassensystem und kein teurer Sonderservice, aber sehr wohl spezielle Dienstleistungen für Führungskräfte und für Unternehmen, die sich hier ansiedeln wollen! Das brauchen wir, daran arbeiten wir, und deswegen, glaube ich, braucht sich Bremen da nicht zu verstecken.

Wir sind auf einem guten Weg. Ich will das auch mit einem Beispiel verdeutlichen: Wir haben sehr großes Gewicht darauf gelegt, hier den Einheitlichen Ansprechpartner der EU, der jetzt EU-weit eingerichtet worden ist, in Bremen mit Leben zu erfüllen. Das ist eine Art von Willkommensservice, den wir schon jetzt hier haben. Da können wir noch einiges mehr machen, und daran arbeiten wir. - Vielen Dank!

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Ravens: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Antrag der Fraktion der CDU mit der Drucksachen-Nummer 18/215 S seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür CDU)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen SPD, Bündnis 90/Die Grünen und DIE LINKE)

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft lehnt den Antrag ab.

18. Ortsgesetz zur Änderung der Kostenordnung für die Feuerwehr der Stadtgemeinde Bremen

Mitteilung des Senats vom 11. September 2012 (Drucksache 18/216 S)

Die Beratung ist eröffnet. - Wortmeldungen liegen nicht vor. - Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer das 18. Ortsgesetz beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft beschließt entsprechend.

(Einstimmig)

Gewerbeanmeldungen beim Unternehmensservice Bremen bündeln

Antrag der Fraktion der CDU vom 11. September 2012 (Drucksache 18/218 S)

Dazu als Vertreter des Senats Herr Staatsrat Dr. Heseler.

Die Beratung ist eröffnet.

Als erste Rednerin erhält das Wort die Abgeordnete Frau Grobien.

Abg. Frau **Grobien** (CDU): Herr Präsident, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Wieder sind es der Unternehmensservice Bremen und die Servicequalität, worum es in diesem Tagesordnungspunkt geht. Seit Januar 2011 gibt es in der Handelskammer angesiedelt eine gemeinsame Anlaufstelle für Hilfestellung zu allen unternehmerischen Fragen wie Dienstleistungen, Existenzgründungen, Förderprogrammen, Unternehmensführung. Immobiliensuche, betrieblicher Umweltschutz, Aus- und Weiterbildung sind weitere Angebote des Unternehmensservice Bremen, USB, mit einem Einheitlichen Ansprechpartner.

Das Konzept des Unternehmensservice Bremen ist wegweisend, was auch die Auszeichnung als Preisträger beim Wettbewerb "365 Orte im Land der Ideen im Jahr 2012", eine Initiative der Bundesregierung mit der Wirtschaft, bestätigt. Dennoch ist die Akzeptanz im Sinne von Frequenz und Bekanntheitsgrad des Unternehmensservice

Bremen noch ausbaufähig. Momentan fungiert der Einheitliche Ansprechpartner, wie von der EU auch seit dem Jahr 2010 in allen europäischen Ländern gefordert, zwar als Lotse durch die verschiedenen Fachverwaltungen und Antragsstellen, aber die Anträge selbst müssen immer noch bei den zuständigen Behörden genehmigt werden. Der Ansprechpartner allein ist nicht entscheidungsbefugt.

Hier unterbreitet unser Antrag nun den Vorschlag, einen nächsten Schritt zur Weiterentwicklung des Unternehmensservice Bremen voranzutreiben, künftig auch Gewerbeanmeldungen-, indem -ummeldungen und -abmeldungen im Unternehmensservice Bremen vorgenommen werden können. Zwar gibt es auch jetzt schon eine Annahmestelle, aber trotzdem fungiert das USB mehr als Mittler. Wir möchten, dass die Gründungswilligen auch direkt vor Ort ihr Gewerbe an- und abmelden und genehmigt bekommen können und dass Rückfragen, wenn die Gründungswilligen dann im direkten bilateralen Gespräch mit der annehmenden Stelle stehen, sofort bearbeitet werden können, was langfristige Wege zwischen den Behörden dann verhindert.

Wir fordern deshalb den Senat auf, diese Möglichkeit organisatorisch und personell bereits ab Januar 2013 sicherzustellen - ich weiß, dass die Kammer das auch unterstützt - und dann nach einem Jahr im Frühjahr 2014 eine Evaluierung vorzunehmen, um die gesammelten Erfahrungen dann einbauen zu können. Alles im Sinne der Servicequalität für Gründungswillige und Unternehmerinnen und Unternehmer!

Wir würden uns freuen, wenn Sie unser Anliegen unterstützen. - Danke!

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Ravens: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Saxe.

Abg. **Saxe** (Bündnis 90/Die Grünen)*): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Diesem Antrag der CDU werden wir heute zustimmen. Im Unternehmensservice gibt es seit dem Jahr 2010 ein gutes Angebot der Handelskammer, der Handwerkskammer, dem RKW Bremen, der Bremer Aufbaubank und der Wirtschaftsförderung Bre-

_

^{*)} Vom Redner nicht überprüft.

men. Dies ist eine Beratung aus einer Hand auf Deutsch, Englisch, Türkisch, Russisch und Polnisch. Es kann um betriebswirtschaftliche, wirtschaftsförderungsbezogene oder finanzierungsbezogene Fragen gehen. Es macht Sinn, dieses niedrigschwellige Modell aus einer Hand weiter zu verbessern und auch die Nachfrage danach weiter anzukurbeln.

Der Einheitliche Ansprechpartner im Unternehmensservice kümmert sich zwar inzwischen schon um Gewerbean- und -ummeldungen, also da ist einiges von dem, was unter dem ersten Spiegelstrich des Beschlussteils steht, schon längst umgesetzt, aber ich verstehe den CDU-Antrag so, dass das Serviceangebot hier weiter geschärft und verbessert werden soll. Es ist deswegen unschädlich, dies noch einmal in dem ersten Beschlusspunkt zu fordern.

Eine Evaluierung wie im zweiten Beschlusspunkt ist vernünftig, um das Angebot bedarfsgerecht weiterzuentwickeln. Der Einheitliche Ansprechpartner könnte dann durchaus als Service bei allen Meldeangelegenheiten, zum Beispiel für ausländische Fach- und Führungskräfte, eine Rolle spielen, aber wir werden erst in einem ganzheitlichen Konzept sehen, welche Rolle er spielen kann.

(Zuruf der Abg. Frau Grobien [CDU])

Gut, Sie können ja gleich noch etwas sagen!

Der Unternehmensservice hat noch Kapazitäten frei, das merken wir. Wir haben auch noch eine gute Idee, wie wir die Kapazitäten dort ein bisschen ausschöpfen können, damit werden wir Sie noch in einer der nächsten Bürgerschaftssitzungen überraschen, da kann sicherlich noch mehr gemacht werden. Dafür ist die Bekanntheitssteigerung zum Beispiel durch die Anzeigenkampagne ein guter Weg. Die Steigerung der Attraktivität des Angebots verspricht aber vermutlich noch mehr Erfolg. Also: Eine gute Initiative der CDU, die wir noch weiterentwickeln werden! Ideologische Debatten oder Aktuelle Stunden wie Amtsführungen passen nicht zu Bremen, sie mögen ia gut für das Ego sein, aber es bringt die Bürgerinnen und Bürger wirklich nicht weiter.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Wo ein Wettbewerb um die besseren Konzepte einsetzt, profitiert derjenige, der uns gewählt hat, viel mehr von der Vielfalt der Ideen, die bei unterschiedlichen Politikansätzen durchaus anregend sein könnten. Dann kann man auch einmal gern zugeben, wozu es bislang viel zu selten Gelegenheit gab: Die CDU hat einen guten Gedanken

oder ein gutes Konzept gehabt, Applaus! - Vielen Dank!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der SPD und bei der CDU)

Vizepräsident Ravens: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Rupp.

Abg. Rupp (DIE LINKE)*): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren, lieben Kolleginnen und Kollegen! Ich brauche keine Entschuldigung, keine ideologische Begründung und so etwas, der Antrag ist in Ordnung, man kann das so machen. Es ist eines von den Dingen, von denen ich persönlich gedacht hätte, das wäre schon so. Es gibt da vielleicht noch eine ganze Menge andere, und es ist der Verdienst der Kolleginnen und Kollegen von der CDU, das auf den Tisch zu bringen. Wir werden dem zustimmen.

Eine Frage quält mich in dem Zusammenhang. Wir wissen, dass ein Teil der Anträge, die dort jetzt zentral gestellt wurden, dezentral bearbeitet wird. Wir wissen, dass an den Stellen die Personaldecke vergleichsweise dünn ist. Was passiert, wenn man das ietzt zentralisiert und bestimmte Dinge an einer Stelle erledigt? Machen das diejenigen, die da jetzt schon sind, oder müssen andere aus dem Stadtamt oder sonst woher jetzt dahin? Deswegen wäre es mir ganz recht, dass wir nicht nur eine Evaluation durchführen, wenn wir das umgesetzt haben, sondern dass kurz vorher auch noch einmal geschaut wird, wie das mit dem Personal ist, ob es da Verschiebungen gibt oder nicht, denn ich möchte nicht ein Problem lösen und dafür an einer anderen Ecke ein Problem erzeugen. Das wäre dumm, und das würde dem guten Gedanken schaden. - Vielen Dank für die Aufmerksamkeit!

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsident Ravens: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Kottisch.

Abg. **Kottisch** (SPD)*): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Inhaltlich muss ich, glaube ich, nicht mehr viel ausführen. Dazu haben die Kollegen Frau Grobien, Herr Saxe und auch Herr Rupp bereits einiges gesagt. Herr Rupp, Sie haben vermutet, dass einiges von dem, was hier beantragt wird, auch schon so funktionieren sollte. Der Kollege Herr Saxe hat es bereits erwähnt,

_

^{*)} Vom Redner nicht überprüft.

einiges von dem, was hier beantragt wird, funktioniert auch schon so, aber wir haben es als unschädlich gesehen, dies noch einmal einzufordern und der Überprüfung zu unterziehen. Insofern stimmen wir diesem Antrag heute auch gern zu.

Ich möchte für die SPD-Fraktion noch einmal drei Punkte aufzeigen, die uns wichtig sind. Das eine ist, dass wir im Sinne der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler keine Doppelstrukturen möchten, wir möchten eine sinnvolle Arbeitsteilung zwischen Stadtamt und Einheitlichem Ansprechpartner beziehungsweise dem Unternehmensservice Bremen. Das ist das eine, die Zielgruppe der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler.

Die Zielgruppe der Unternehmen ist der zweite Punkt. Wir fordern ein One-Stop-Shopping für diese Zielgruppe, das heißt, wir möchten, dass Unternehmerinnen und Unternehmer möglichst effizient ihre Anträge bearbeitet bekommen. Sie gehen dorthin und erhalten eine optimale Dienstleistung. Das ist der zweite Punkt, der uns wichtig ist.

(Vizepräsidentin Schön übernimmt den Vorsitz)

Der dritte Punkt ist eine optimale Vermarktung dieser Services, sodass auch eine betriebsoptimale Auslastung erzielt wird, also dass die neue Struktur, die da geschaffen wurde, auch in einer hervorragenden Art und Weise arbeiten kann. Da gibt es einen Workflow bei Anmeldungen, Ummeldungen, Abmeldungen, und dieser Workflow ist einfach noch einmal zu analysieren. Da ist noch einmal zu schauen, welche Einzelschritte besser im Stadtamt zu tätigen sind und welche Einzelschritte vielleicht besser beim Einheitlichen Ansprechpartner respektive beim Unternehmensservice durchzuführen sind. Das ist der Auftrag, den wir hier gemeinsam an den Senat richten, und das Ergebnis ist hoffentlich etwas Besseres als das, was wir heute haben.

Das Heute ist aber schon gut, das hat Frau Grobien angemerkt. Das Heute ist auch schon preisausgezeichnet, insofern versuchen wir jetzt, im Sinne des Sprichwortes, das Gute ist der Feind des Besseren, das Bessere zu erzielen. Wir schauen, ob das klappt, wir drücken die Daumen! - Vielen Dank!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsidentin Schön: Als Nächster hat das Wort Herr Staatsrat Dr. Heseler.

Staatsrat Dr. Heseler: Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Da so viele Übereinstimmungen zwischen Ihnen und mit der

Politik des Senats bestehen, kann ich mich sehr kurz fassen. Wir wollen genau das, was in dem Antrag steht, auch gern so umsetzen oder verbessern.

Wir haben den Unternehmensservice und den Einheitlichen Ansprechpartner eingerichtet, um Dienstleistungen gegenüber Unternehmen zu verbessern. Deswegen sehr deutlich, das hat auch der Abgeordnete Herr Kottisch hier gesagt: Wir wollen keine Doppelstrukturen, darauf müssen wir gut aufpassen. Die Zusammenarbeit zwischen dem Einheitlichen Ansprechpartner und den Fachbehörden, insbesondere dem Stadtamt, aber auch einigen anderen kann man noch verbessern, und die wollen wir auch noch verbessern. Wir wollen möglichst effiziente Dienstleistungen, und wir können das sicherlich noch erheblich besser vermarkten. Der Unternehmensservice ist noch nicht vollständig ausgelastet, man kann da mehr erreichen.

Deswegen, lieber Kollege Rupp, möchte ich gern eines noch zum Personal sagen: Zusätzliches Personal kann es für eine solche Tätigkeit aus meiner Sicht nicht geben. Wir müssen unter den Rahmenbedingungen, unter denen wir leben, und wir haben das bisher immer praktiziert - -. Die erste Idee in Bezug auf den Einheitlichen Ansprechpartner, als wir den vor zwei oder drei Jahren eingerichtet haben, war, jetzt müsse man da neue Stellen schaffen. Genau das haben wir abgelehnt, weil wir es nicht können und nicht wollen. Es geht auch so, wenn wir die unterschiedlichen Instanzen gut miteinander vernetzen und vernünftig schauen, wie wir Doppelstrukturen vermeiden können.

Alles in allem: Das Wirtschaftsressort und der Senat werden diesen Antrag und die Intentionen, die in ihm stecken, gern so umsetzen, Strukturen verbessern und Ihnen dann im Jahr 2014 darüber einen Bericht abgeben. - Vielen Dank!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsidentin Schön: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Antrag der Fraktion der CDU mit der Drucksachen-Nummer 18/218 S seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft stimmt dem Antrag zu.

(Einstimmig)

Polizeiverordnung über die öffentliche Sicherheit

Mitteilung des Senats vom 18. September 2012 (Drucksache 18/219 S)

Die Beratung ist eröffnet. - Wortmeldungen liegen nicht vor. - Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer der Polizeiverordnung über die öffentliche Sicherheit zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft stimmt der Polizeiverordnung über die öffentliche Sicherheit

(Einstimmig)

Anmeldeverfahren für das Kindergartenjahr 2013/2014 vorziehen!

Antrag der Fraktion der CDU vom 25. September 2012 (Drucksache 18/220 S)

Dazu als Vertreterin des Senats Frau Senatorin Stahmann.

Die Beratung ist eröffnet.

Als erste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Ahrens.

Abg. Frau **Ahrens** (CDU)*): Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ab dem 1. August 2013 hat die Bundesregierung einen Rechtsanspruch für Kinder ab Vollendung des ersten Lebensjahres für eine mindestens zwanzigstündige Betreuung geschaffen. Der Bund hat dafür Millionen von Euro in die Hand genommen und Bremen massiv sowohl beim Ausbau als auch bei den jährlichen Betriebskosten, also auch

*) Von der Rednerin nicht überprüft.

bei den konsumtiven Ausgaben, durch die Erhöhung der Umsatzsteuerpunkte für Bremen unterstützt. Gleichzeitig stand im Koalitionsvertrag der rot-grünen Landesregierung, dass die Überwindung der sozialen Spaltung Koalitionsschwerpunkt ist. Alles im grünen Bereich, könnte man also denken! Leider ist das in der Realität etwas anders.

Bremen hat die Bundesgelder für den Ausbau kaum abgerufen, sodass Bundesfamilienministerin Frau Dr. Schröder Bremen nicht nur öffentlich gerügt hat, sondern auch damit drohte, Gelder an andere Länder zu transferieren. Selbst nimmt Rot-Grün trotz vollmundiger Versprechen, man würde mit größter Energie ausbauen, vom Jahr 2008 bis zum Jahr 2010 nur 910 000 Euro, also nicht einmal eine Million Euro, in die Hand. Ein Regierungsschwerpunkt sieht anders aus.

Vom Jahr 2008 bis zum Jahr 2010 haben wir als CDU die SPD-Sozialsenatorin immer wieder ermahnt, genügend Plätze zu schaffen, damit der Rechtsanspruch auch umgesetzt werden kann. Immer wieder musste ich mir in den Debatten anhören, ich würde alles schwarzsehen, und nun versucht die SPD, ihre eigenen Ausbaufehler zu vertuschen, indem sie selbst zusätzliche Tausend Plätze gefordert hat. Nicht reden, sondern handeln, liebe SPD, und besser machen! Nun muss die grüne Senatorin aufräumen. Doch auch hier stelle ich fest: Leider viel gebremster Schaum!

Wie viele Plätze tatsächlich in Bremen und Bremerhaven benötigt werden, ist derzeit nach wie vor unklar, weil sich Rot-Grün hartnäckig über die Jahre geweigert hat, die Bedarfe jährlich zu erheben, obwohl das gesetzlich vorgeschrieben war. Die Forsa-Umfrage zu den gewünschten Bedarfen an Plätzen für unter Dreijährige, U3-Plätzen, bei den Eltern war dermaßen schlecht umgesetzt, dass Eltern, die sich beteiligen wollten, kriminalistisches Geschick aufbringen mussten, um nach drei Wochen endlich das System zu knacken, um dann tatsächlich auch eine Antwort per E-Mail absetzen zu können. Zudem erfolgte die Abfrage nicht mehrsprachig und nur online.

Viele Eltern, besonders Eltern mit Migrationshintergrund und auch Eltern aus sozial schwierigen Verhältnissen - diejenigen, die Sie so besonders vertreten wollen -, haben Sie mit dieser Forsa-Umfrage gar nicht erreicht. Das lässt sich übrigens aus den Ergebnisse der Studie auch klar herauslesen. Wie viele Eltern also tatsächlich einen Platz haben möchten, wissen wir immer noch nicht. In Schulnoten ausgedrückt: Für die

Umsetzung Ihres eigenen Regierungsschwerpunktes, Überwindung der sozialen Unterschiede, kann ich nur sagen, mangelhaft!

(Beifall bei der CDU)

Wer heute schon im Radio ein bisschen zugehört hat, wird feststellen, dass derzeit durch die Medien läuft, dass Bremen besonders für Familien mit Migrationshintergrund schwierige Rahmenbedingungen bietet. Das ist heute überall der Presse zu entnehmen. Mit dieser dilettantischen Umsetzung Ihres selbst gesteckten Ziels helfen Sie den betroffenen Familien nicht.

Jetzt haben wir am 19. Oktober 2012 eine Vorlage im Jugendhilfeausschuss, wonach noch weitere 403 Plätze bis zum 1. Januar 2014 geschaffen werden sollen, Plätze, die übrigens wieder, wie man auch der Presse entnehmen konnte, zum großen Teil über Bundesmittel oder durch die Eltern selbst durch entsprechende Erhöhungen der Eigenbeiträge bezahlt werden. Dafür überlegt Frau Jürgens-Pieper, die SPD-Bildungssenatorin, öffentlichkeitswirksam, ob sie zusätzliche Erzieherklassen, die wir dringend benötigen, wegen ihres Haushaltes nicht vielleicht doch wieder abschaffen soll. Was ist das denn für eine Planung, oder nennen Sie Chaos inzwischen Planung?

Sie wollen, dass die Anmeldung erst im Januar 2013 beginnt. Bis wir dann die bereinigten Zahlen haben, ist es mindestens Mai, dann wissen wir, ob wir mit den 403 Plätzen hinkommen oder nicht. Sie schreiben selbst in Ihren Vorlagen, dass Sie noch nicht wissen, ob es reicht, und gegebenenfalls nachsteuern wollen. Das wird dazu führen, dass wir nachsteuern müssen, denn wir werden dann feststellen, dass es nicht reicht, und dann wird die Zeit nicht mehr reichen, um noch zu bauen, denn wir wissen, ein Baugenehmigungsverfahren dauert in Bremen durchschnittlich sechs Monate. Da gibt es auch einen grünen Senator, vielleicht sollte man sich mit ihm einmal ins Benehmen setzen, dass die Verfahren beschleunigt werden. So stellen wir aber fest, es ist alles insgesamt viel zu spät.

(Beifall bei der CDU)

Wenn man weiß, dass wir uns im letzten Jahr vorgenommen hatten, im April den Statusbericht II zu bekommen, und im Juli erstmalig die Zahlen endgültig vorgelegt bekommen haben, stellt man fest, dass das selbst gesteckte Ziel im letzten Jahr von der Behörde nicht erreicht worden ist. Wir haben festgestellt, dass wir im Jahr 2012 für diejenigen, die zum 1. August dieses Jahres einen

Betreuungsplatz haben wollten - ob im Bereich der unter Dreijährigen oder im Bereich der Dreibis Sechsjährigen -, überhaupt keine Planungssicherheit hatten. Das wird sich im nächsten Jahr wiederholen, fürchte ich.

Der Ablaufplan wird aus meiner Sicht nicht eingehalten werden können. Deswegen brauchen wir schnell Klarheit, und wir benötigen dafür konkrete Zahlen. Aus diesem Grund bitten wir in unserem Antrag darum, dass wir das Anmeldeverfahren nicht im Januar starten, sondern schon, wenn es geht, zwei Monate früher, damit wir überhaupt noch eine Chance haben nachzusteuern. Das Gesetz schreibt auch nicht vor, dass man erst im Januar mit dem Anmeldeverfahren beginnen darf, sondern es liegt in unserer eigenen Hand, etwas zu machen.

(Glocke)

Eltern in Bremen - ich komme gleich zum Schluss - brauchen Planungssicherheit ebenso wie ihre Arbeitgeber nicht erst im Juli des nächsten Jahres für Plätze im darauf folgenden Jahr, sondern relativ früh, um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf - ein weiterer Regierungsschwerpunkt von Ihnen - tatsächlich herbeiführen zu können. Auch die freien Träger brauchen übrigens Planungssicherheit, und Sie sagen selbst in Ihren Vorlagen noch im Juni dieses Jahres, dass wir einen Platzbedarf von ungefähr 700 Plätzen haben. Jetzt reden Sie von 403 Plätzen, und wir stellen fest, es wird insgesamt nicht reichen.

Deswegen unsere Bitte: Lassen Sie uns die Anmeldungen vorziehen, damit die Eltern sich melden können! Sie sind nämlich flexibel und wissen heute schon, ob sie wieder arbeiten werden oder nicht. Zeigen wir als Politik, dass wir auch flexibel sind, unterstützen Sie unseren Antrag, das Anmeldeverfahren vorzuziehen! - Danke schön!

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Schön: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Tuncel.

Abg. **Tuncel** (DIE LINKE)*): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Im Gegensatz zum Welcome-Center für Fachkräfte aus dem Ausland hatte die CDU mit dem Vorziehen des Anmeldezeitraums für die Kindergärten eine gute Idee.

(Beifall bei der LINKEN)

^{*)} Vom Redner nicht überprüft.

Der rot-grüne Senat, egal mit welcher Leitung des Sozialressorts, hat den U3-Ausbau gründlich verschlafen. Jetzt geht es darum zu retten, was zu retten ist. Es ist aber klar, dass jetzt nur noch Schadensbegrenzung betrieben werden kann. Es ist nicht mehr möglich, jetzt noch neue Gebäude zu bauen. Es ist nur begrenzt möglich, neue Räume anzumieten, und Fachkräfte gibt es auch nicht in Massen. Was jetzt noch gemacht werden kann, ist, schnell alle Möglichkeiten auszuschöpfen.

Dafür muss man zwei Dinge wissen. Erstens: Wie viele Plätze gibt es? Zweitens: Wie hoch ist der Bedarf an Plätzen? Dann kann man schauen, wie Angebot und Nachfrage zusammenpassen und wo noch schnell die fehlenden Plätze eingerichtet werden können. Die grundlegenden Daten sind aber nur teilweise bekannt, und die wenigen bekannten Daten haben Sie wie von Zauberhand immer wieder verändert, bis der Ausbaubedarf dabei herauskam, der dem Senat passte.

(Beifall bei der LINKEN)

Bisher wurden nicht nur die Anmeldezahlen, sondern auch die Platzzahlen schöngerechnet. Wie die Lage tatsächlich ist, können wir nur schätzen. Die SPD schätzt den Bedarf auf 1 000 Plätze, wir schätzen, es gibt über 2 000 benötigte Plätze, das grüne Sozialressort rechnet mit 200 bis 350 benötigten Plätzen.

(Abg. Frau Ahrens [CDU]: Im Juni noch mit 700!)

Ja!

Senatorin Stahmann täte gut daran, sich bei Sokrates zu bedienen und zu sagen, ich weiß, dass ich nicht weiß,

(Beifall bei der LINKEN)

denn wir wissen nicht, wie sich die Nachfrage nach Betreuungsplätzen für unter Dreijährige wirklich verhält und entwickelt. Die Liste der Dinge, die nicht bekannt sind, ist um einiges länger als die Liste der Daten, die wir kennen.

Was wissen wir eigentlich? Die einzige vernünftige Datengrundlage für den Bedarf an Betreuungsplätzen für unter Dreijährige sind die Anmeldezahlen aus Januar 2012. Diese kennen wir insgesamt verteilt auf die Stadtteile, wobei das Sozialressort die Zahlen, wie die CDU sagt, innerhalb von wenigen Monaten unterschiedlich interpretiert. Wir wissen aber nicht, wie alt die Kinder sind, für die ein Krippenplatz nachgefragt wird, und wir wissen nicht, wie viele Stunden Betreuungszeit die Eltern brauchen. Wir kennen die Anmeldedaten aus den letzten Jahren nicht, weil

der Senat sie nicht archiviert hat. Die Elternumfrage hat auch keine näheren Erkenntnisse gebracht.

Es bleibt also nur noch die Möglichkeit, in diesem Jahr das Anmeldeverfahren möglichst früh durchzuführen, so würde früher bekannt werden, für wie viele Kinder in welchem Alter und in welchem Umfang ein Krippenplatz nachgefragt wird. Die Träger können nur mit genug Vorlauf bei Bedarf noch zum Beispiel Räume anmieten. Wir stimmen dem Antrag der CDU deswegen zu. - Vielen Dank!

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Schön: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Möhle.

Abg. Möhle (SPD)*): Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich bin hier eigentlich an das Rednerpult getreten, um über den Antrag "Anmeldeverfahren für das Kindergartenjahr 2013/2014 vorziehen!" zu sprechen. Die Reden, die ich hier gehört habe, haben mit diesem Thema eigentlich nichts zu tun. Ich habe meine Kollegin Frau Schmidtke schon gefragt, ob das eigentlich der richtige Tagesordnungspunkt ist oder ob ich auf dem falschen Fuß erwischt worden bin und mich gar nicht vorbereitet habe. Ich sage nun etwas zum Anmeldeverfahren, das Sie hier beantragen und auf das Sie in Ihrem Schlussteil dann doch noch zurückgekommen sind, nachdem Sie zunächst einmal über alles Mögliche gesprochen haben.

Ich bin der festen Überzeugung, dass wir in dieser Situation an dieser Stelle das Verfahren nicht verändern können und schon gar nicht für diesen November.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen - Abg. Frau Ahrens [CDU]: Aber von Eltern verlangen Sie Flexibilität!)

Ich weiß, ehrlich gesagt, gar nicht, welcher Teufel Sie geritten hat. Um das Verfahren zu verändern, brauchen wir natürlich einen geregelten Ablauf, weil wir das im Jugendhilfeausschuss und in der Deputation beschließen und diskutieren müssen, und das alles wollen Sie bis November einmal eben fertig bekommen.

(Zuruf der Abg. Frau Ahrens [CDU])

Mit Verlaub, Frau Ahrens, ich glaube, das ist ziemlich unangemessen.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

So kann man meiner Meinung nach mit den Fragen, um die es tatsächlich in dem Anmeldeverfahren gehen könnte, nicht umgehen. Ich bin gern bereit, eine Diskussion darüber zu führen, wie man die Verfahren verbessern kann.

(Abg. Strohmann [CDU]: Handeln!)

Herr Strohmann, jetzt hören Sie doch wirklich auf! Man kann nicht von heute auf Morgen das Verfahren einmal eben außer Kraft setzen und sagen, los, wir machen das einmal anders.

(Abg. Frau Ahrens [CDU]: Das Verfahren setzen wir ja gar nicht außer Kraft, wir lassen es nur eher beginnen!)

Erstens will ich gründlich darüber diskutieren, ob wir wirklich eine Verbesserung erreichen, weil das, was Sie vorschlagen, sozusagen die Zielgerade ins Chaos ist, das dann vorprogrammiert wäre. Dann organisieren Sie mit Ihrem Antrag das Chaos, das die Sozialsenatorin dann irgendwie beseitigen soll, und sagen, sie hat es nicht geschafft. Herzlichen Glückwunsch! Das ist eine seltsame Art, Politik zu machen!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Ich sage ganz deutlich und an dieser Stelle auch wirklich ehrlich: Ich weiß, dass wir mit der U3-Betreuung Probleme haben. Das hat etwas damit zu tun, dass es ein Programm beziehungsweise ein Projekt ist, das sehr groß ist und bei dem in der Tat heute niemand weiß, wie viele Menschen in dieser Stadt und in diesem Bundesland von ihrem Rechtsanspruch wirklich Gebrauch machen. Das weiß niemand. Die Zahl 1 000 der SPD ist auch eine sozialpolitische Zahl, um das ganz klar zu sagen. Wir möchten gern, dass Eltern aus Stadtteilen mit erhöhtem Entwicklungsbedarf ihre Kinder anmelden. Dazu muss man sie aber teilweise animieren.

Wie viele Eltern man dazu gewinnt, das zu tun, weiß doch heute tatsächlich noch niemand, ich weiß das auch nicht. Ich möchte doch nur, dass Sie in dem Bereich etwas tun. Ich glaube, da sind wir in der Tat mit dem Koalitionspartner gar nicht so weit auseinander. Ich spreche viel mit Herrn Dr. Schlenker darüber. Wir haben aber erst einmal den Gesetzesanspruch zu erfüllen. Das heißt, dass diejenigen, die einen Platz einfordern, ihn am Ende auch bekommen müssen. Das ist sozusagen eine Priorität.

Die zweite Priorität ist, wir wollen gern, dass der öffentliche Träger KiTa Bremen in dieser ganzen

Frage, was den Ausbau angeht, mithält und nicht hinten herunterfällt.

(Beifall bei der SPD)

Der dritte Punkt, über den wir uns gestritten haben, betrifft die Frage welches Angebot eigentlich als rechtsfestes Angebot gilt. Da haben wir uns über die Frage der sozialpädagogischen Spielkreise unterhalten, und da waren wir uns nicht einig, das gestehe ich hier auch offen ein. Es gibt einfach ein paar Unterschiede. Ich sage immer wieder, es ist kein Wunder, dass verschiedene Parteien auch verschiedene Auffassungen an einigen Stellen haben. Die Frage ist, ob man sich am Ende des Tages einigt. Wir sind so weit, dass wir, glaube ich, einen gangbaren Weg gefunden haben. Erstens muss man von der Fokussierung auf den 1. August 2013 wegkommen, weil das völliger Blödsinn ist. Der Ausbau wird sich über Jahre hinziehen und nicht einmal eben am 1. August 2013 fertig sein.

Jetzt haben wir also einen kurzfristigen, mittelfristigen und langfristigen Plan in der Diskussion. Kurzfristig kann man, glaube ich, damit leben, was jetzt am Ende dabei herausgekommen ist, vorgeschlagen wurde und auch öffentlich geworden ist. Mittelfristig, glaube ich, müssen wir weiter diskutieren, wie wir die Situation verbessern können. Langfristig, das will ich ganz deutlich sagen, müssen wir eine Situation haben, dass wir tatsächlich in den schwierigen Stadtteilen sehr viele Eltern dazu mobilisieren, ihre Kinder in die Betreuung zu geben.

Wir wissen gerade auch aus den bildungspolitischen Berichten, dass wir in Bremen Schwierigkeiten haben, wir wissen aber auch, dass eine frühkindliche Erziehung pädagogisch wertvoll, sinnvoll und notwendig ist. Genau das müssen wir schaffen. Daran arbeiten wir, wir machen das sehr sorgfältig, und gelegentlich streiten wir uns auch darüber, am Ende kommen wir aber zu einer Lösung.

Ich sage Ihnen, Frau Ahrens, die Lösung kann nicht darin liegen, Chaos stiften zu wollen nach dem Motto, ich bringe einmal alles durcheinander, und dann geht am Ende gar nichts mehr. Fragen Sie einmal die Träger, ob sie überhaupt ein Interesse daran haben, Ihren Vorschlag anzunehmen, die freien Träger mindestens genauso wie KiTa Bremen! Mit Verlaub, ich glaube, Sie haben den ganzen Plan, den Sie hier vorgetragen haben, nicht wirklich zu Ende gedacht. Sie waren eben schon dabei, Noten zu verteilen, Sie haben gesagt, das alles wäre mangelhaft. Ich will mich hier nicht als Oberlehrer ausspielen, aber Ihre Rede

war am Thema vorbei. - Danke schön für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsidentin Schön: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Dr. Schlenker.

Abg. **Dr. Schlenker** (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Nach dem Theaterdonner, den es Anfang 2012 wegen der nie ausreichenden Betreuungsplätze für über Dreijährige gegeben hat, kommt nun erneut Getöse. Damals war das Anmeldeverfahren in der Kritik, und Sie prophezeiten Chaos bei der Verteilung der Plätze, Chaos und Platzmangel, und Sie verunsicherten die Eltern. Welche Katastrophe ist eingetreten? Alle über Dreijährigen haben die Plätze, die sie brauchten, erhalten. Ein Lob für die Senatorin und für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter habe ich von der Opposition hier nicht gehört, aber das Lob möchte ich noch einmal deutlich aussprechen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Jetzt scheint für die Opposition die Hauptbeschäftigung wieder darin zu liegen, ein Menetekel an die Wand zu malen. Ein wenig geht es mir, liebe CDU, mit diesem Antrag so, als ob Sie einen Kuchen für Gäste backen wollen, und im Rezept wird eine Backzeit von 30 Minuten vorgeschlagen, aber die Gäste könnten eventuell etwas eher kommen. Deshalb holen Sie den ganzen Kuchen nach bereits 15 Minuten heraus und wundern sich darüber, dass die Gäste die Nase rümpfen und diesen Kuchen nicht mögen. So ähnlich ist es mit diesem Antrag, die Anmeldungen vorzuziehen.

Die Planungen, die die Anmeldungen betreffen, sind vor Monaten mit festgelegten Zeitabläufen beschlossen worden in dem Wissen, je früher Daten erhoben werden, desto unschärfer sind die Bedarfe, und umso unschärfer ist die Planung. Ein Beispiel: Kinder, die im August geboren wurden, sind nun zwei Monate alt. Da haben die Eltern noch völlig andere Vorstellungen und anderes mit diesem Kind zu tun, als überhaupt einmal daran zu denken, ob sie in zehn oder elf Monaten im August 2013 ihr Kind anmelden wollen oder ob sie zum Beispiel noch umziehen. Daher wurde dieser Termin sechs Monate vor Beginn des Kindergartenjahres in den meisten Kommunen wie auch hier in Bremen auf Januar 2013 gelegt. Auch unser neues Computerprogramm Ki-ON ist zum Beispiel nach Meinung von Experten im November nicht verfügbar. Erst ab Anfang 2013 werden wir mit diesem Programm die Anmeldungen erfassen. Das Rezept sagt: 30 Minuten!

Schließlich muss das Aufnahmeverfahren, wie Herr Möhle das vorhin gesagt hat, neu geregelt werden. Die neuen gesetzlichen Regelungen des SGB VIII müssen in die neuen Verordnungen umgesetzt werden. Der politische Prozess zur Änderung der Verordnungen ist auf die Anmeldefrist Januar 2013 terminiert. Wenn wir diesen Prozess anhalten, könnte die Verwaltung zum Beispiel nach eigenem Ermessen handeln.

Das alles kann nicht der Sinn einer vorgezogenen Anmeldung sein, siehe Rezept! Um Ihren Kuchen ist uns wirklich bange, daher lehnen wir Ihren Antrag ab. - Danke!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Vizepräsidentin Schön: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Ahrens.

Abg. Frau **Ahrens** (CDU)*: Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte gern zwei Dinge klarstellen. Erstens, ich möchte nicht das Anmeldeverfahren in seinem Ablauf verändern, ich möchte lediglich - Herr Möhle, vielleicht mögen Sie hochschauen, ich habe es nämlich dabei - vorn die erste Zeile verändern. Das sind die Daten über die jeweiligen Monatsangaben. Das Verfahren soll an sich so bleiben, denn leider gibt es derzeit kein besseres Verfahren, obwohl es, Sie haben es selbst gesagt, mit erheblichen Mängeln behaftet ist.

Es ist aber so, dass die Behörde im Moment mehr damit beschäftigt ist, sich umzuplanen, sich neu zu organisieren und zu restrukturieren und das Amt für Soziale Dienste einmal wieder in die senatorische Behörde einzugliedern, und vor dem Hintergrund sind andere Dinge eben in dem Maße nicht möglich.

(Abg. Dr. Schlenker [Bündnis 90/Die Grünen]: Das hat nichts mit dem Meldeverfahren zu tun!)

Hier geht es um das Anmeldeverfahren, bei dem wir sagen, der Zeitpunkt, zu dem das Ganze beginnt und die Eltern sich in den Einrichtungen melden, sollte vorverlegt werden. Wir haben die Beschlüsse jetzt in den nächsten Tagen, wonach noch zusätzlich 403 Plätze gebaut werden sollen. Wenn man die öffentlichkeitswirksam bekannt

_

^{*)} Von der Rednerin nicht überprüft.

gibt, dann wissen Eltern, wohin sie sich wenden können, um ihr Kind anzumelden. Wir haben dann innerhalb kürzester Zeit das erste Update, um zu wissen, wie viele Plätze wir tatsächlich benötigen. Je früher wir das wissen, umso besser. Herr Möhle hat es selbst gesagt, er möchte, dass KiTa Bremen mithält und nicht hinten herunterfällt. Das ist auch richtig.

Wir brauchen eine Angebotsvielfalt, und selbstverständlich gehört auch KiTa Bremen dazu. Wenn Sie aber selbst in die Vorlagen der Sozialsenatorin schauen, dann steht dort, KiTa Bremen braucht viel länger, weil sie nämlich an bestimmte Unternehmen gebunden ist, die sich ebenfalls in staatlicher Aufsicht befinden, nämlich Immobilien Bremen, um das tatsächlich zu realisieren. Dieser Nachteil wird umso stärker, je größer Sie den Zeitdruck auf kurzfristige Realisierung von irgendwelchen Plätzen machen. Das bedeutet also, nach Ihrer eigenen Argumentation müssten Sie unserem Antrag zustimmen, damit KiTa Bremen tatsächlich eine Chance erhält und der Realisierungszeitpunkt auch noch realistisch bleibt. Was nützt es uns, wenn wir im Mai oder Juni nächsten Jahres wissen, dass die Plätze zum 1. August und, um circa 50 Plätze aufgestockt, zum 1. Januar 2014 nicht reichen, sondern wir dann vielleicht irgendwann 2016/2017 die richtige Anzahl an Plätzen haben?

Ich möchte Sie an einen Punkt erinnern, und auch die SPD müsste das eigentlich wissen, denn sie macht ja schon fleißig Werbung damit: Zum 1. August 2013 haben alle Kinder ab Vollendung des ersten Lebensjahres einen Anspruch auf eine mindestens 20-stündige Betreuung. Ihnen ist innerhalb von drei Monaten durch die Kommune ein entsprechendes Angebot zu machen. Macht die Kommune dieses Angebot nicht, und die Eltern bestehen auf dieses Angebot, können sie klagen.

Wie der SPD-Kollege, der Rechtsanwalt, der auf der SPD-Veranstaltung in Bremen-Nord war - Frau Schmidtke, Sie waren auch da -, gesagt hat: Diese Klage wird Erfolg haben! Ich glaube, in einem Haushaltsnotlageland ist es nicht ganz so günstig, sich ordentlich verklagen zu lassen und richtig in die Reparationszahlungen, in die Verfahrenskosten und auch die weiteren Kosten einzutreten, die Eltern dann geltend machen können. Das darf man an der Stelle leider nicht vergessen.

Deswegen kann ich Ihnen nur eines sagen, Eltern sind ausgesprochen flexibel. Sie wissen heute schon, wann sie wieder anfangen müssen zu arbeiten, weil das System leider so unflexibel ist, wie es derzeit ist. Ich finde, dass wir als Abgeordnete inklusive der Verwaltung auch flexibler werden und auch einmal über unseren eigenen Schatten springen müssen. Ein Verfahren zwei Monate früher beginnen zu lassen, kann die Verwaltung nicht umbringen, zumal der Ablauf der Gleiche bleibt, wie bis dato schon vorgeschlagen und wie er auch jedes Jahr läuft. Man fängt einfach nur zwei Monate früher an.

Ich habe noch eine letzte Bemerkung zu Herrn Dr. Schlenker. Wir haben jedes Jahr mehrere Hundert Eltern, die ihren Rechtsanspruch für die drei- bis sechsjährigen Kinder nachher doch nicht einlösen. Insofern gehe ich davon aus, dass wir sie in diesem Jahr auch wieder haben, alles andere würde mich ausgesprochen verwundern, insofern relativiert sich Ihre Aussage von selbst. - Danke schön!

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Schön: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Möhle.

Abg. **Möhle** (SPD)*): Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Frau Kollegin Ahrens, nur weil irgendetwas die Verwaltung nicht umbringt, ist es ja noch lange nicht richtig.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen - Zuruf der Abg. Frau Ahrens [CDU])

Ich glaube auch nicht, dass dies die Frage ist, sondern die Frage ist: Ist es richtig, was Sie hier vorschlagen? Ich halte es für völlig verkehrt, nicht weil die Verwaltung nicht arbeiten kann oder soll oder so etwas, sondern weil wir ein geordnetes Verfahren verabredet haben im Jugendhilfeausschuss und in der Deputation.

(Abg. Frau Ahrens [CDU]: Das ist ja auch nicht beschlossen!)

Warum um Himmels Willen wollen Sie es in diesem Jahr jetzt auf einmal verkürzen? Sie sagen, weil Sie dann der Wahrheit näherkommen, dann haben Sie eine wahre Zahl, eine richtige Zahl. Ich sage Ihnen, die richtige Zahl wird sich nur im Prozess herausfinden lassen. Natürlich wollen auch wir nicht, dass Bremen verklagt wird, das ist doch völlig klar, und natürlich wissen wir, dass ein Rechtsanspruch dazu führen kann, dass gegen Bremen geklagt wird und dass es teuer wird. Das will hier kein Mensch. Glauben Sie, dass wir Spaß

_

^{*)} Vom Redner nicht überprüft.

daran hätten? Die Frage ist: Wie finden wir die richtigen Zahlen, die Bedarfszahlen, heraus? Dabei gibt es keine absoluten Wahrheiten,

(Abg. Frau Ahrens [CDU]: Wenn man die Eltern fragt!)

sondern es gibt einen Prozess, in dem man herausfinden muss, welche Bedarfe vorhanden sind. Wir müssen versuchen, den Prozess so zu organisieren, dass wir da möglichst nahe herankommen. Es wird aber am Ende immer eine Prognose bleiben.

(Abg. Frau Ahrens [CDU]: Sie müssen doch nur die Eltern fragen!)

Sie sprechen ja über Kinder, die noch gar nicht geboren worden sind. Wie wollen Sie denn die Kinder erfassen, die noch gar nicht geboren worden sind? Die wollen Sie jetzt schon miteinrechnen, möglichst früh, damit wir der Wahrheit näher kommen.

(Zuruf der Abg. Frau Ahrens [CDU])

Um Gottes Willen, Frau Ahrens! Machen Sie weiter so! Ich kann Ihnen versichern, wenn Sie so weitermachen, werden Sie jedenfalls in der Frage keine erfolgreiche Politik gestalten können. Es ist eigentlich schade, ich hätte Ihre Mitarbeit gewünscht, weil das Problem groß ist und es immer gut ist, wenn alle sich daran beteiligen. Mit solchen Vorschlägen aber, mit Verlaub, wird es nichts werden. Wir lehnen es an dieser Stelle ganz klar ab. - Danke für die Aufmerksamkeit!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsidentin Schön: Als nächste Rednerin hat das Wort Frau Senatorin Stahmann.

Senatorin Stahmann*): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Frau Ahrens, ich bin immer auf der Suche nach Vorschlägen, mit denen wir auch insgesamt unser System der Kindertagesbetreuung verbessern können. Das ist auch die Aufgabe meiner Verwaltung. Deswegen habe ich Ihren Vorschlag auch nicht gleich beiseitegelegt und gesagt, da macht die CDU irgendeinen Vorschlag, sondern ich habe das Gespräch gesucht mit der Evangelischen Kirche, mit den Wohlfahrtsverbänden und den Eltern-Kind-Gruppen und haben sie gefragt. Die

*) Von der Rednerin nicht überprüft.

Antwort war unisono, dieser Vorschlag mag gut klingen, aber er ist schlichtweg - so wie Herr Möhle es auch gesagt hat - in der Kürze der Zeit nicht mehr umsetzbar, und das will ich auch gern begründen.

Es wurde darauf hingewiesen, dass wir im Januar eine Anmeldezeit haben, und dann werden auch Kinder für die Schulkinderbetreuung und auch für die Angebote der Drei- bis Sechsjährigen angemeldet. Oftmals haben wir in Bremen Angebote, die unter einem Dach sind. Dort hängt eben alles miteinander zusammen, je nachdem wie die Plätze vergeben werden, wie viele Kinder es gibt: Gibt es mehr Kinder von drei bis sechs Jahren, braucht man einen Raum mehr, hat man weniger Kinder, hat man auch Platz für die unter Dreijährigen. Deswegen ist mein ganz dringendes Plädoyer an dieser Stelle: Bitte lassen Sie uns an dem Verfahren aus einem Guss, das mit den Trägern im letzten Jahr auch verabredet wurde, festhalten!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Die Träger haben gesagt, wenn es ein ernst gemeinter Vorschlag gewesen wäre - sie müssen nämlich ihre Personalräte auch damit befassen, sie müssen in die Mitbestimmung gehen, sie müssen auch ihre Planung daraufhin abstimmen -, hätten sie sich gewünscht, dass man mit so einem Antrag vor zwei Jahren gekommen wäre, weil man ja auch da schon in der Politik wusste, dass der Rechtsanspruch kommt, oder dass man es zumindest im letzten Jahr kenntlich gemacht hätte. Allein aufgrund des Zeitpunkts wird es aber als nicht praktikabel erachtet.

Dann haben die Träger und auch die Eltern, die ich gefragt habe, zu bedenken gegeben, und das klang vorhin in der Debatte auch an, die Kinder sind noch unheimlich klein - Herr Dr. Schlenker hat ja darauf hingewiesen -, die Eltern sind da einfach noch mit ganz anderen Themen beschäftigt. Sie bewundern ihre Kinder, die kleinen Füße und die kleinen Hände, und sie denken nicht daran, dass sie in einem Jahr vielleicht, weil doch ein Arbeitgeberangebot kommt, schon einen Kinderbetreuungsplatz suchen werden.

Es ist ein bisschen so, wie Herr Möhle gesagt hat: Wir bewegen uns auf der Basis von Prognosen. Mit der vorgezogenen Anmeldezeit würde man diese Prognose noch ein bisschen ungenauer machen, weil man den Eltern suggeriert, man müsse sich nur schnell melden, um in einem Windhundverfahren auf Plätze zugreifen zu kön-

nen, die man am Ende dann doch nicht braucht. Was wir aber als Politik wollen, ist doch die Nachfrage von Eltern, die wirklich auch einen Platz brauchen.

Wenn die Eltern sich melden, haben sie einen Anspruch, Frau Ahrens, Sie haben es ja richtig gesagt. Wir sind als Kommune verpflichtet, einen Platz anzubieten, und das werden wir auch machen. Wir sind jedenfalls als Koalition fest dabei, ein rechtssicheres Angebot auf die Beine zu stellen. Das passiert nun einmal nicht auf Knopfdruck, das passiert in einem Stufenplan, das ist eben die Unsicherheit. Ich verstehe, dass Sie diese Aufregung auch spüren und mit aufnehmen und dass Sie sie auch ins Parlament transportieren wollen. Sicher macht man sich Gedanken, wenn man arbeiten muss: Wo lasse ich mein Kind betreuen? Wir werden die Eltern doch aber nur überzeugen können, wenn wir ein gutes und qualitativ hochwertiges Angebot haben. Das werden wir auch auf den Weg bringen.

(Zuruf der Abg. Frau Ahrens [CDU])

Frau Ahrens, ich möchte auch, dass Sie mir zuhören!

Wir haben jetzt in diesem Jahr 79 Träger von 84 Einrichtungen mit einem Platzangebot für die unter Dreijährigen und auch noch einmal PiB - Pflegeeltern in Bremen - als Anbieter für die Tagespflegeeltern. Die werden erstmals mit in den Ablaufplan einbezogen, das ist in den letzten Jahren ja gar nicht passiert. Wir haben das in diesem Jahr erstmals in einem Testlauf durchgeführt. Wir haben heute auch noch freie Plätze für die unter Dreijährigen.

Ich verstehe auch, dass diese Panikmache zum politischen Geschäft dazugehört. Ich war auch lange in der Opposition, und ich weiß auch, wie das funktioniert. Wir haben aber alle nichts von dieser Panikmache - wir allesamt, alle Parlamentarier, die hier sitzen -, die bei den Eltern geschürt wird. Es ist das Gegenteil, das wir da hervorrufen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Wir können nur versuchen, es ordentlich abzuarbeiten, so wie andere Kommunen auch. Ich wehre mich, Frau Ahrens, gegen eine Bundesministerin, die im Nachhinein versucht, Geschäftsgrundlagen, die 2007 zwischen den Ländern und mit dem Bund vereinbart wurden, rückwirkend zu ändern.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen) Wir haben gestern eine Telefonkonferenz der Arbeitsminister und -ministerinnen gehabt. Alle haben unisono gesagt, das dürfen wir uns nicht gefallen lassen, es ist Schikane und auch ein Schwarzer-Peter-Spiel, das man sich nicht wünscht. Alle wollen den Rechtsanspruch umsetzen und erachten ihn als familienpolitisch wichtig. Aus den Gründen, die Herr Möhle genannt hat, ist das ein ganz wichtiges Angebot, um in Deutschland Bildungsgerechtigkeit herzustellen. Dieses Schwarzer-Peter-Spiel von Frau Schröder werde ich mir aber nicht gefallen lassen, weil es einfach nicht seriös ist.

(Beifall bei der SPD, beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der LINKEN)

Her mit ernst gemeinten Vorschlägen, die wir mit den Trägern auch auf Augenhöhe in unseren Gremien diskutieren können, da bin ich sehr dafür! Ich möchte mich auch bedanken bei den Vertretern der Koalition, dass sie das Thema mit vorantreiben und diskutieren. Herr Dr. Schlenker hat ja darauf hingewiesen, wir sind das erste Ressort, das den Verwaltungs-PC in Bremen einführt. Wir sind dabei, Ki-ON einzuführen, damit wird auch ein neues Kapitel aufgeschlagen für das Sozialressort bei der Berichterstattung. Das kennt man aus dem Bildungsbereich schon mit Schnellberichten.

Aus meiner Sicht muss der Weg auch dahin gehen, dass wir zu Bildungsberichten kommen, damit wir den Stadtteilen mitteilen können, wie viele Kinder in ihrem Stadtteil in welchen Einrichtungen und in welcher Altersstruktur sind. Das alles hat es bisher nicht gegeben, und da befinden wir uns in der Umsetzung mit einer überschaubaren Anzahl an Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die wirklich ihr Bestes geben, um das gemeinsam und gut miteinander zu regeln.

Ich glaube aber, das Anmeldeverfahren, das wir jetzt vorliegen haben, ist tauglich. Es hat sich auch seit Jahren bewährt. Die Kritik, die Sie geäußert haben, dass wir mit den Statusberichten spät daran waren, kann man hier äußern. Ich habe hier auch schon mehrfach begründet, welche Hindernisse wir zu bewältigen hatten. Ich nehme das aber als Ansporn, Frau Ahrens, dass wir dabei besser werden, weil es uns auch nützt, wenn wir ein transparentes System haben. - Danke schön!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsidentin Schön: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Antrag der Fraktion der CDU mit der Drucksachen-Nummer 18/220 S seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür CDU und DIE LINKE)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen SPD und Bündnis 90/Die Grünen)

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft lehnt den Antrag ab.

Vorhabenbezogener Bebauungsplan 75 (Vorhaben- und Erschließungsplan) für die Errichtung einer Kindertagesstätte zwischen Flughafendamm, Bochumer Straße, Siegener Weg und Helgolandgraben

Mitteilung des Senats vom 25. September 2012 (Drucksache 18/221 S)

Die Beratung ist eröffnet.

Wortmeldungen liegen nicht vor. - Die Beratung ist geschlossen. - Wir kommen zur Abstimmung.

Wer den vorhabenbezogenen Bebauungsplan 75 beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft beschließt einstimmig.

Geförderter Wohnraum auch für Asylsuchende!

Antrag der Fraktion DIE LINKE vom 2. Oktober 2012 (Drucksache 18/222 S)

Dazu als Vertreter des Senats Herr Senator Dr. Lohse.

Die Beratung ist eröffnet.

Als erster Redner hat das Wort der Abgeordnete Tuncel.

Abg. **Tuncel** (DIE LINKE)*): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Was das Thema Wohnen für Flüchtlinge angeht, tut sich etwas in Bremen, und das ist auch gut so. Die Sozialdeputation hat im März des Jahres 2011 beschlossen, dass Asylsuchende nicht mehr drei Jahre, sondern ein Jahr in Gemeinschaftsunterkünften wohnen müssen. Im April dieses Jahres beschloss die Bremische Bürgerschaft, die Unterbringung in Wohnheimen stufenweise aufzugeben. Das ist richtig, denn aus unserer Sicht ist Lagerunterbringung menschenunwürdig, sie drängt Asylsuchende nicht nur räumlich an den Rand der Gesellschaft, viele werden durch das Lagerleben und die damit verbundene Isolation krank.

Die im Frühjahr eingesetzte Steuerungsgruppe "Wohnen" sollte ein Konzept zur Unterbringung in Wohnungen erarbeiten. Das Konzept liegt noch nicht vor, befindet sich aber schon in der internen Abstimmung. Die Verwaltung selbst hat dieses Konzept nicht abgewartet. Im September hat das Sozialressort eine Fachinformation zur Vergabe von B-Scheinen an Geduldete herausgegeben. Die Begründung war die faktische Aufenthaltsverfestigung bei Kettenduldungen.

Asylsuchende bleiben aber weiter außen vor bei der Vergabe von B-Scheinen. Das ist aus zwei Gründen unangemessen. Erstens haben viele jahrelang eine Aufenthaltserlaubnis, die hat man nämlich so lange, bis ein Asylverfahren rechtskräftig abgeschlossen ist. Das kann zum Beispiel bei Gerichtsprozessen durchaus lange dauern. Der zweite Grund ist, dass gerade Asylbewerber ja jetzt immer früher eine Wohnung beziehen können. Sie sind aber besonders benachteiligt auf dem Wohnungsmarkt. Herr Staatsrat Frehe hat zwar Wohnungseigentümer aufgefordert, auch an Asylbewerber zu vermieten, da hat es wohl auch einige Reaktionen gegeben, aber auch die Stadt muss dafür sorgen, dass es genug Wohnungen für Asylsuchende gibt.

(Beifall bei der LINKEN)

Schon für weniger benachteiligte Wohnungssuchende wird es immer schwieriger, zentral eine Wohnung zu finden. Die Sozialwohnungen in Bremen sind knapp. Jedes Jahr laufen durchschnittlich über 800 Belegungsbindungen aus, zurzeit gibt es noch rund 8 000 Sozialwohnungen in Bremen. Das sind zu wenige, um allen Berech-

_

^{*)} Vom Redner nicht überprüft.

tigten eine Wohnung auf dem freien Wohnungsmarkt anzubieten. Besonders benachteiligte Menschen sollten aber zumindest eine Wohnung bekommen können. Dazu gehören sicherlich auch Asylsuchende. Unser Antrag zielt darauf ab, auch ihnen einen Wohnungsberechtigungsschein zu erteilen. Warum das Sozialressort Asylsuchende außen vor gelassen hat, wissen wir nicht.

Das Raumförderungsgesetz des Bundes schreibt vor, dass B-Scheine nicht an Menschen vergeben werden, die nur vorübergehend in Deutschland sind. Ab einem Zeitraum von sechs Monaten wird im Migrationsrecht nicht mehr von einem vorübergehenden Aufenthalt gesprochen, und auch das Verwaltungsgericht Freiburg hält die Erteilung von B-Scheinen an Menschen mit Duldung oder Aufenthaltsgestattung für möglich.

Wir hoffen auf die Unterstützung der Bürgerschaft für unseren Antrag, der im Einklang mit den bisherigen Beschlüssen zur Unterbringung von Flüchtlingen steht und für sie eine erhebliche Erleichterung bei der Wohnungssuche bedeuten würde. - Vielen Dank!

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Schön: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Dr. Mohammadzadeh.

Abg. Frau **Dr. Mohammadzadeh** (Bündnis 90/Die Grünen)*): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Seit einem Vierteljahrhundert beschäftigen wir uns in Bremen mit verschiedenen Problemen der Flüchtlinge, die in Bremen ankommen und in unserem Bundesland Zuflucht suchen. Wir haben die Gesundheitsversorgung, aber auch die psychosoziale Versorgung der Asylsuchenden seit dem Jahr 1992 in den Blick genommen und auch systematisch verbessert. Bremen war Vorreiter eines humanen Umgangs mit Flüchtlingen in der Bundesrepublik Deutschland. Daran hat auch dieses Hohe Haus mit seinen Beschlüssen immer wieder seinen Anteil gehabt.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der SPD und bei der LINKEN)

Das international bekannte Bremer Modell, das im Ressort für Gesundheit und Soziales entwickelt wurde, hat als erstes Konzept einer deutschen Sozialbehörde die Asylsuchenden nicht nur als

*) Von der Rednerin nicht überprüft.

Träger von Infektionskrankheiten oder gesundheitlichen Risiken betrachtet, sondern als Menschen mit einem Anspruch auf sozialen Schutz.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der LINKEN)

Wir haben selbstverständlich die Fragen einer menschenwürdigen Unterbringung schrittweisen Überführung in die Eigenverantwortung als Teil dieses ganzheitlichen, psychosozial orientierten Versorgungsansatzes gesehen und auch entsprechend gehandelt. In Ihrem Antrag sagen Sie gleich in der Einführung zu Recht, dass die Bremische Bürgerschaft im Jahr 2011 die Verkürzung der maximalen Unterbringungszeit in Gemeinschaftsunterkünften von drei Jahren auf ein Jahr beschlossen hat. Damit trug dieses Parlament der Entwicklung der Asylzahlen Rechnung, aber auch dem Wunsch nach einer größeren Eigenverantwortung der Lebensgestaltung der Asylsuchenden. Gleichzeitig wurde der Senat aber gebeten, ein Konzept dafür zu erarbeiten, wie man die Unterkunftsfragen für diese Zielgruppe künftig am besten beantworten kann. Das haben Sie auch genannt, Herr Tuncel. Wie Herr Staats-Frehe bereits vor zwei Wochen verschiedentlich in der Öffentlichkeit gesagt hat, suchen wir Wohnraum, den wir zentral anmieten wollen.

Wir wollen aber noch mehr tun. Die Aufenthaltsdauer in Übergangswohnheimen soll weiter verkürzt und auch individueller gestaltet werden. Die eigenverantwortliche Lebensgestaltung soll gestärkt werden, indem wir die Unterbringung in Wohnheimen flexibel machen, sodass diejenigen, die möchten, in Wohnungen gehen können.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der SPD und bei der LINKEN)

In Ihrem Antrag zitieren Sie auch das Wohnraumförderungsgesetz - das haben Sie auch vorhin genannt, Herr Tuncel -, und in dem von Ihnen zitierten Paragraf wird von Personen gesprochen, "die rechtlich und tatsächlich in der Lage sind, für sich und ihre Haushaltsangehörigen nach Paragraf 18 auf längere Dauer einen Wohnsitz als Mittelpunkt der Lebensbeziehungen zu begründen und dabei einen selbstständigen Haushalt zu führen". Das ist das Wohnförderungsgesetz, wie ich es verstanden habe und das Sie in Ihrem Antrag halb zitiert haben. Meiner Ansicht nach ist das bei der Mehrheit der Asylsuchenden, um die es geht, nicht der Fall, wohl aber bei den Geduldeten.

Im Falle einer Duldung, wenn ein Abschiebehindernis zum Beispiel wegen Krankheit oder auch

ein Abschiebestopp besteht, gibt es jedoch auch eine ganz andere Wahrscheinlichkeit in Bezug auf den Zeitrahmen des erwarteten Aufenthalts in Bremen. Dementsprechend stehen auch bei den Menschen mit einer Duldung ganz andere Mittel zur Verfügung, um gerade bei der aktuellen, angespannten Situation auf dem Wohnungsmarkt bei der Unterkunftssuche und der Öffnung des Wohnungsmarktes behilflich zu sein, denn in diesem Fall kommt ein Mietzuschuss in Form von Wohngeld in Betracht. Soweit ich informiert bin, ist dies im Falle einer Duldung rechtlich machbar, da man inzwischen bekanntlich von einer langen Aufenthaltsdauer beziehungsweise einem dauerhaften Aufenthalt ausgehen kann.

Wir beobachten zurzeit einen Anstieg der Flüchtlingszahlen vor allem aus Serbien und Mazedonien. Zudem muss nach Aussagen des UNHCR auch im Jahr 2012, also in diesem Jahr, noch mit einem weiteren Anstieg der Flüchtlinge aus Syrien gerechnet werden. Daraus ergibt sich also für Bremen ein ganz neuer Bedarf, den wir einschätzen und auf den wir reagieren müssen.

Ich möchte noch daran erinnern - wie auch Sie erwähnt haben, Herr Tuncel -, dass wir gerade im April dieses Jahres als Bürgerschaft einen Antrag beschlossen haben, in dem es inhaltlich heißt, die Neuorganisation der Unterbringung von Flüchtlingen müsse neu diskutiert werden, und es müsse ein Konzept geben. Soweit ich informiert bin, arbeitet die Senatorin für Soziales auch an so einem schlüssigen Konzept.

Ich hoffe auch, dass in diesem Konzept diese Entwicklungen berücksichtigt werden. Deshalb halte ich es für richtig und für ein gutes Verfahren, dass wir dieses Konzept des Ressorts abwarten und uns dann weiter überlegen, wie überhaupt mit diesem Antrag beziehungsweise Konzept umgegangen wird. Wir haben auch vorgesehen, dass dieses Konzept mit beteiligten Akteuren im Flüchtlingsbereich diskutiert und am Ende abgestimmt wird.

Wir werden Ihren Antrag also in die zuständigen Deputationen für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie und auch in die Deputation für Soziales, Kinder und Jugend überweisen, damit die aufgeworfenen Fragen beziehungsweise Vorschläge von ihnen geklärt und geprüft werden. - Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der SPD und bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Schön: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Tuchel.

Abg. Frau **Tuchel** (SPD)*): Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Eines der Ziele unseres Koalitionsvertrags ist die bessere Unterbringung von Flüchtlingen und damit verbunden, den geförderten Wohnraum auch für Asylsuchende in Bremen zu nutzen.

(Beifall bei der SPD, beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der LINKEN)

Die Fraktion DIE LINKE fordert in ihrem Antrag, den Zugang zur Erstellung von Wohnberechtigungsscheinen, sogenannten B-Scheinen, für Asylsuchende mit Aufenthaltsgestattung zu ermöglichen. Geregelt ist dies im Wohnraumförderungsgesetz, Paragraf 27 Absatz 2. Das wurde von meiner Kollegin Frau Dr. Mohammadzadeh und Herrn Tuncel zitiert, das werde ich nicht wiederholen.

Die Erteilung von Wohnberechtigungsscheinen für Asylsuchende ist meines Erachtens richtig und begrüßenswert. Damit erhalten auch Flüchtlinge eine Zugangsberechtigung zu staatlich gefördertem Wohnraum, also zu Wohnungen mit einer geringeren Miete. Wir haben ja bereits mit unserer Initiative vom April dieses Jahres zum Ausdruck gebracht, eine Steuerungsgruppe einzusetzen zu wollen, die ein Konzept zur Neuorganisation der Unterbringung von Flüchtlingen in Wohnungen entwickelt. Auch diesem Antrag stehen wir positiv gegenüber.

Bisher stellt keine andere Stadt oder Kommune in Deutschland B-Scheine für Geduldete aus. Nur Asylbewerber mit Duldung kommen hierfür in Frage. In Freiburg gab es im Juni dieses Jahres ein Gerichtsurteil, das sich dafür ausgesprochen hat, auch Gestatteten einen B-Schein auszustellen. Dies sollte geschehen, wenn ein positiver Ausgang des Asylverfahrens oder eine Aufenthaltsdauer von über einem Jahr absehbar ist. Auch in Bremen ist es in der Praxis leider so, dass sich Asylverfahren oft über eine sehr lange Dauer erstrecken und eine Aufenthaltsdauer von einem Jahr eher die Regel als die Ausnahme ist.

Bremen wäre aber die erste Stadt in Deutschland, die so etwas in Angriff nimmt. Die gesetzliche Lage ist an dieser Stelle nicht eindeutig. Es gibt im Wohnraumförderungsgesetz Paragrafen, die dafür sprechen, aber auch solche, die dagegen sprechen. Das Bau- und das Sozialressort haben aus meiner Sicht einen Abstimmungs- und Klärungsbedarf an dieser Stelle. Denkbar wäre zum Beispiel eine Beurteilung durch das BAMF, Bun-

^{*)} Von der Rednerin nicht überprüft.

desamt für Migration und Flüchtlinge, hinsichtlich der voraussichtlichen Dauer und Erfolgsaussicht des Verfahrens, nach der sich Bremen richten könnte.

Die SPD-Fraktion schlägt vor, den Antrag der LINKEN zur Prüfung an die zuständige Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie sowie die Deputation für Soziales, Kinder und Jugend - federführend - zu überweisen. - Danke für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall bei der SPD, beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Schön: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Grönert.

Abg. Frau Grönert (CDU)*: Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Die Vergabe von Wohnberechtigungsscheinen, kurz auch B-Scheine, an Asylsuchende soll auf Wunsch der Fraktion der LINKEN vom Sozialressort veranlasst werden. Doch das ist schwierig, da der Status dieser Gruppe noch völlig ungeklärt ist und der Bezug einer Wohnung mit großen Risiken für den jeweiligen Vermieter einhergeht. Eine Ausreise innerhalb weniger Tage wäre bei Ablehnung des Asylantrags realisierbar, und das könnte zur Folge haben, dass der Vermieter mit erheblichen Kosten zurückbleibt. Dieser Umstand, so wurde mir im Sozialressort berichtet, veranlasst das Bauressort, die Ausstellung der sogenannten B-Scheine an Asylsuchende bisher weiterhin abzulehnen. Positiv ist dabei anzumerken, dass das Bauressort sich gerade erst darauf eingelassen hat, Geduldeten die B-Scheine auszustellen.

> (Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Um diesen jüngst beschlossenen Schritt in die Praxis umzusetzen, wurde auch die im Antrag der LINKEN erwähnte Fachinformation zu Paragraf 3 des Asylbewerberleistungsgesetzes geschrieben. Das Sozialressort kann das Bauressort aber wohl kaum - wie von den LINKEN gefordert - durch eine erweiterte Fachinformation zwingen, nun auch zusätzlich Asylsuchenden B-Scheine auszugeben und die damit verbundenen schon benannten Risiken einfach in Kauf zu nehmen.

Für viele Asylsuchende in Bremen könnte der Status übrigens auch ganz einfach etwas schneller geklärt werden, wenn anhängige Klageverfahren vor dem Bremer Verwaltungsgericht zügiger durchgeführt werden könnten, aber leider türmen sich dort aus verschiedenen Gründen die Aktenberge. Jedenfalls ist es nach dem Gerichtsverfahren, welches manches Mal eben leider Jahre dauert, kein Problem mehr für diejenigen, die hier bleiben, den B-Schein für die Suche nach einer Wohnung zu bekommen, abgesehen von dem ganz großen Bremer Problem, dass es praktisch keine Wohnungen für B-Schein-Besitzer mehr zu mieten gibt.

Weil die beiden Ressorts sich aber nun erst einigen müssen, wie man mit den genannten Risiken umgehen kann, möchten wir auch gern den Antrag in die beiden Ressorts überweisen, denn das Anliegen, grundsätzlich auch Asylsuchenden den Zugang zu geförderten Wohnungen zu gewähren, ist durchaus nachvollziehbar.

(Beifall bei der CDU, beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der LINKEN)

Sie dürfen ja genauso wie Geduldete oder bereits anerkannte Asylbewerber nach einem Jahr aus dem Wohnheim ausziehen. Es geht eben nicht um die Frage, ob sie ausziehen dürfen, sondern nur um die Frage, welche Chancen sie haben, eine bezahlbare Wohnung zu finden. Diese Chancen gehen aber in Bremen, wie eben schon angemerkt, zurzeit leider praktisch gegen Null, denn durch die momentan steigende Zahl von Asylbewerbern verschärft sich dieser Zustand noch von Monat zu Monat.

Man kann die Zeiten der Verweildauer in einem Wohnheim zwar verkürzen, und man kann B-Scheine ausstellen, aber wem nützt das, wenn es keine Wohnungen gibt? Da sind noch viele Fragen zu klären, und ich hoffe, dass das bald zugunsten der betroffenen Menschen geschieht. - Danke!

(Beifall bei der CDU, bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsidentin Schön: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Tuncel.

Abg. **Tuncel** (DIE LINKE)*): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich wollte nur sagen, dass ich die Unterstützung unseres Antrags begrüße. Wir sind damit einver-

^{*)} Von der Rednerin nicht überprüft.

^{*)} Vom Redner nicht überprüft.

standen, dass er überwiesen wird, und ich bedanke mich!

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Schön: Als nächster Redner hat das Wort Herr Senator Dr. Lohse.

Senator Dr. Lohse: Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Nach diesem hohen Maß an Einigkeit in diesem Haus, denke ich, kann ich es auch etwas kürzer machen. Ich glaube, wir alle sind uns einig, dass wir Asylsuchende hier mit offenen Armen aufnehmen und dass wir ihnen angemessenen Wohnraum verschaffen wollen. Dagegen hat sich niemand ausgesprochen, und dagegen werde auch ich mich nicht aussprechen.

Ich möchte trotzdem noch einmal - es ist ja schon kurz angeklungen - auf die Praxis und auf die Grundlagen hinweisen. Im Wohnraumförderungsgesetz ist geregelt, dass die Erteilung von Wohnberechtigungsscheinen darauf abzielt, die Wohnraumversorgung in Deutschland und damit auch in Bremen sicherzustellen. Daraus ergibt sich, dass Sozialwohnungen denjenigen vorbehalten sind, die rechtlich und tatsächlich in der Lage sind, in Deutschland einen dauerhaften Wohnsitz zu begründen. Das ist für uns die Grundlage dessen, wie wir solche Berechtigungsscheine ausstellen.

Man kann bei Asylsuchenden nicht grundsätzlich davon ausgehen, dass es der Fall ist, dass sie in der Lage sind, rechtlich und tatsächlich in Deutschland einen dauerhaften Wohnsitz zu begründen. Das müssen wir jeweils prüfen. Von der erforderlichen Dauerhaftigkeit kann man ausgehen, wenn sich derjenige, der einen Wohnberechtigungsschein beantragt, voraussichtlich für mindestens ein weiteres Jahr in Deutschland aufhalten wird.

Ob ein dauerhafter Aufenthalt zu erwarten ist, ist grundsätzlich bei Bürgerinnen und Bürgern aus Mitgliedstaaten der Europäischen Union unterschiedlich zu beurteilen, das sind keine Asylbewerber. Wir gehen regelmäßig davon aus, weil sie Freizügigkeit genießen. Bei Ausländern mit unbefristeten Aufenthaltsgenehmigungen gehen wir auch davon aus, das ist also nicht die Frage. Es geht jetzt nur noch um Ausländer, die über eine befristete Duldung oder eine Aufenthaltsgestattung verfügen. Da ist die Situation immer ein bisschen unterschiedlich.

Bei einer Duldung ist es so, dass Ausländer und Ausländerinnen nicht abgeschoben werden, weil die Umstände in ihrem Heimatland das nicht zulassen. Die sich daraus ergebenden Duldungsentscheidungen der Ausländerbehörde werden zwar nur für verhältnismäßig kurze Zeiträume ausgesprochen, tatsächlich ist es aber so, dass die Duldungen in vielen Fällen immer wieder verlängert werden, weil das Abschiebungshindernis fortbesteht. Das hat zur Folge, dass sich dieser Personenkreis häufig über mehrere Jahre in Deutschland aufhält. Deshalb wird diesen Personen nach Prüfung im Einzelfall von meinem Ressort immer dann ein Wohnberechtigungsschein ausgestellt, wenn der Antragsteller oder die Antragstellerin zum Beispiel durch eine Bescheinigung der Sozialbehörde nachweist, dass er oder sie voraussichtlich im Laufe des nächsten Jahres nicht abgeschoben wird. Das heißt, hier hat die Praxis tatsächlich schon das erreicht, was Sie auch beantragen.

Die Aufenthaltsgestattung nach dem Asylverfahrensgesetz dient ausschließlich der persönlichen Teilnahme am Asylverfahren und ist nicht auf Dauerhaftigkeit angelegt. Gleichwohl kann sich die Durchführung auch in solchen Fällen über einen längeren Zeitraum hinziehen. Die Schwierigkeit für uns ist, dass wir über die voraussichtliche Dauer des Asylverfahrens weder von dem für das Asylverfahren zuständigen Bundesamt für Migration und Flüchtlinge noch von der bremischen Ausländerbehörde Auskünfte erhalten, weil das unter Umständen einen präjudizierenden Effekt für das Verfahren haben könnte, deswegen können sie uns das nicht sagen.

Daraus ergibt sich, dass bei Asylsuchenden, die über eine Aufenthaltsgestattung verfügen, im Regelfall nicht davon ausgegangen werden kann, dass sie in Deutschland auf Dauer einen Wohnsitz begründen. Das heißt, wir können ihnen nicht grundsätzlich einen Berechtigungsschein erteilen, wir können das aber und tun es auch auf dem Wege einer Ausnahmeentscheidung immer dann, wenn sich im Einzelfall ergibt, dass sich die betreffende Person voraussichtlich länger als ein Jahr in Deutschland aufhalten wird. Das heißt, auch hier bemühen wir uns, entsprechende Lösungen im Einzelfall herbeizuführen.

(Beifall bei der SPD, beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der LINKEN)

Das wollte ich Ihnen einfach zur Praxis noch mitgeben, und ich glaube, dass der Vorschlag, dass sich das Sozialressort und mein Ressort da noch einmal zusammensetzen, dass wir das in den Deputationen erörtern, ein zielführender Vorschlag ist. - Vielen Dank!

(Beifall bei der SPD, beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Schön: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Hier ist die Überweisung zur Beratung und Berichterstattung an die städtischen Deputationen für Soziales, Kinder und Jugend - federführend sowie für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie beantragt.

Wer der Überweisung seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft überweist entsprechend.

(Einstimmig)

Die Rückkehr der Zebrastreifen

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD vom 4. Oktober 2012 (Drucksache 18/224 S)

Dazu als Vertreter des Senats Herr Senator Dr. Lohse.

Die Beratung ist eröffnet.

Als erster Redner hat das Wort der Abgeordnete

Abg. **Saxe** (Bündnis 90/Die Grünen)*): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Es stimmt, an den Streifen muss ich noch arbeiten, aber wem es aufgefallen ist, ich habe mich dem Anlass entsprechend gekleidet: mit Streifen.

(Abg. Strohmann [CDU]: Deshalb der gestreifte Anzug! - Abg. Hinners [CDU]: Der ist aber falsch gestreift!)

Mit diesen Streifen wollen wir uns jetzt auch beschäftigen, nämlich den sogenannten Zebrastreifen. Alle kennen sie natürlich noch aus der Kindheit, und vielleicht ist dem einen oder anderen aufgefallen, dass es sie fast kaum noch in Bre-

men gibt. Die Zebrastreifen drohten irgendwie auszusterben. Warum eigentlich? Das ist die Frage!

Es gab in den Siebzigerjahren eine Phase, in der es den großen Boom des Autoverkehrs und auch des ÖPNV gab, da haben sie, glaube ich, gestört. Sie haben den Verkehrsfluss gestört. In Berlin war es so, dass dann nur noch fünf Prozent der ursprünglichen Anzahl der Zebrastreifen wirklich übrig geblieben ist. Dann setzte sich etwas Fatales durch, nämlich eine fatale Einsicht bei fast allen Verkehrsplanern. Sie haben irgendwie festgestellt - durch kaum eine Untersuchung belegt! -, dass diese Zebrastreifen eine trügerische Sicherheit darstellen.

Die Argumentation kennt jeder. Es wurde gesagt, der Fußgänger geht darauf und schaut gar nicht mehr und wird dann von irgendwelchen Autofahrern umgefahren, die nicht aufpassen. Das hat aber nie jemand richtig reflektiert. Es hat Einzug gehalten in die Argumentation aller Verkehrsplaner, aller Verkehrsexperten, und es gab auch in Bremen eine Phalanx von Gegnern, die war ganz erstaunlich! Es war vollkommen klar, über Zebrastreifen brauchen wir hier nicht mehr zu sprechen, die haben sich überholt. Daher war es gar nicht so einfach, dieses Thema neu aufzugreifen.

Wir haben das als Fraktion Bündnis 90/Die Grünen dann erst einmal so angefangen, dass wir tatsächlich für so ein verhältnismäßig kleines Thema ein Positionspapier geschrieben haben. Das würden wir ja nun nicht bei jedem Thema dieser Art machen. Dafür war es aber ganz wichtig, um Überzeugungsarbeit zu leisten, auch mit der Verkehrsbehörde und mit dem Amt für Straßen und Verkehr.

Es hat sich dann herausgestellt, dass es eigentlich schon seit 10, 15 Jahren Untersuchungen gibt, die genau das Gegenteil der Behauptung belegen, es wäre eine trügerische Sicherheit. Nordrhein-Westfalen hat einen Versuch mit, ich glaube, 200 Zebrastreifen gemacht. Die Erfahrungen waren hervorragend. In Berlin hat man auch gemerkt, dass man wohl zu wenige Zebrastreifen hatte, und man hat dann zweimal ein "100-Zebrastreifen-Programm" aufgelegt, und München, wenn man auf die Internetseite schaut, ist auf die identitätsstiftende Funktion ihrer Zebrastreifen sehr stolz. Da hat sich also in vielen Städten etwas geändert.

(Präsident Weber übernimmt wieder den Vorsitz.)

Wie sieht es bei uns aus? Wir haben immerhin die höchste Dichte an Ampeln in ganz Deutschland,

^{*)} Vom Redner nicht überprüft.

auf die wir stolz sein können. Zebrastreifen wurden als Mittel, wie gesagt, nicht mehr verwendet. Ziel dieses Antrags ist also, diese ablehnende Haltung, die aber schon korrodiert ist, würde ich sagen, im Ressort und auch im Amt für Straßen und Verkehr zu revidieren, indem auch dieser Sicherheitsaspekt überzeugend abgearbeitet wird.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der SPD und bei der LINKEN)

Die Fülle von Untersuchungen legt diese Sicht der Sache relativ deutlich nahe. Wir wollen mehr Zebrastreifen in Bremen als eine Maßnahme zur Verbesserung der Verkehrssicherheit. Ein Zebrastreifen-Programm wie in Berlin könnte Sinn machen. Es kann geboten sein, auch einzelne Ampeln gegen Zebrastreifen auszutauschen, gerade dort, wo die Frequenz nicht so groß und die Wartezeiten lang sind.

Es hat sich gezeigt, dass an Ampeln, an denen man länger als eine Minute wartet, Menschen - das kennt jeder aus seiner Beobachtung - hin- übergehen. Die Unfälle, die dann passieren, sind für Fußgänger die schlimmsten, die es eigentlich gibt. Von daher muss man sehen, ob man bei Ampeln, die deutlich über eine Minute Wartezeit haben, nicht durchaus die Sinnfrage stellen kann, ob sie wirklich noch vernünftig dort stehen. Ich weiß selbst, es wird in jedem Beirat mit jedem Zebrastreifen eine gewaltige Diskussion geben, weil in den Köpfen doch immer noch ist, dass die Ampeln sicherer sind, aber das ist eben beileibe nicht so.

Ein finanzieller Aspekt spielt auch eine Rolle. Selbst Komfortvarianten von Zebrastreifen mit Einengungen und Mittelstreifen sind erheblich günstiger als Lichtsignalanlagen, und vom Unterhalt brauchen wir da gar nicht zu sprechen, auch dieser ist sehr viel günstiger.

Dieses Thema Zebrastreifen ist bei uns deshalb aufgekommen, weil wir gemerkt haben, als der Verkehrsentwicklungsplan aufgestellt wurde, dass an die Fußgänger fast niemand denkt. Das merkt man auch an der Lobby: Der Verein FUSS e. V. hat, glaube ich, 15 Mitglieder, der ADFC hat 3 000 Mitglieder. Der ADAC hat - Herr Strohmann wird das bestimmt wissen! - noch viel mehr.

(Abg. Strohmann [CDU]: Nein! Ich bin da nicht mehr Mitglied!)

Die Vertreter der Wirtschaftsverkehre sind auch sicherlich viele Tausende.

Wir fanden es sehr wichtig als Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, die Belange dieser Verkehrsart,

der wir alle angehören - der aufrechte Gang und das Zufußgehen sind, denke ich, die natürlichste Verkehrsart, die es gibt -, ein bisschen mehr in den Mittelpunkt zu rücken, das ist auch Teil dieser Initiative. Deswegen wollen wir mehr Zebrastreifen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Ich möchte noch einen Satz zitieren; um Erlaubnis muss ich nicht mehr fragen, das weiß ich inzwischen: "Die Straßen sind für alle da, und zwangsläufig sollten die verletzlichsten Teilnehmer, eben die Fußgänger, die größte Aufmerksamkeit bekommen." Das hört sich jetzt nicht so besonders überraschend an. Dieser Satz ist in einem Leserbrief für die "London Times" vor genau 102 Jahren geschrieben worden. An seiner Aktualität, glaube ich, hat er eigentlich nichts eingebüßt.

In dieser Gruppe von Menschen, die den Fußgängern angehören, sind eigentlich erst einmal alle von uns. Es gehören aber ganz besonders viele Kinder, alte und mobilitätseingeschränkte Menschen dazu. Seien wir also sehr sorgsam und sehr aufmerksam für diese Gruppe von Fußgängern, gerade weil wir wissen, dass sich dort ganz viele Menschen befinden, die unseren Schutz verdienen! Freuen wir uns also auf einen Babyboom der Zebras wieder auf unseren Straßen. - Vielen Dank!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Hamann.

Abg. Hamann (SPD)*): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Kollege Saxe hat es ja gerade schon historisch ausgeführt, wie früher alles besser war, aber da hat er auch recht, was das Thema Zebrastreifen angeht. "Zebrastreifen" ist dabei nicht ganz richtig, in der StVO in Paragraf 26 heißt es Fußgängerüberweg, aber gemeinhin verwenden wir diesen Begriff. Rückblick in die Historie: Im Jahr 1948 soll es in London die ersten Markierungen gegeben haben, 1952 den ersten Überweg in Berlin und 1953 eine Erwähnung im Paragraf 26 der StVO, aber erst im Jahr 1964 kam der Vorrang für Fußgänger auf dem Überweg. Das war also früher nicht so.

Wie kann man jetzt dazu kommen, dass es plötzlich sicherer ist als früher? Uns wurde immer gesagt, Ampeln sind sehr viel besser. Es wurde bereits eine Studie aus Nordrhein-Westfalen zi-

^{*)} Vom Redner nicht überprüft.

tiert, das ist die Studie "Empfehlungen zum Einsatz und zur Gestaltung von Fußgängerüberwegen". Dort ist das, Kollege Saxe hat es zitiert, sinngemäß an verschiedenen Straßen mit verschiedenen Verkehrsdichten erprobt und umgesetzt worden. Man hat dort hervorragende Erfahrungen gemacht, die Unfälle sind sogar zurückgegangen.

Einige Vorteile von Zebrastreifen sind schon erwähnt worden. Der Kostenvorteil: Die Einrichtung eines solchen Übergangs kostet ungefähr 5 000 bis 6 000 Euro, eine Ampel kostet mindestens 30 000 Euro. Von daher ist das schon ein finanzieller Vorteil, da ist die langfristige Wartung noch gar nicht enthalten.

Ein zweiter Vorteil: Ein Zebrastreifen fällt nicht aus. Eine Ampel kann ausfallen, ein Zebrastreifen nicht!

(Abg. Dr. Güldner [Bündnis 90/Die Grünen]: Außer bei Schnee!)

Außer bei Schnee oder jemand versucht, ihn aufzurollen, das hat es in der Stadt ja schon einmal gegeben!

Ein dritter Vorteil ist vielleicht ein bisschen theoretischer Art, und zwar der Schutz durch das Strafgesetzbuch. Wenn Sie am Zebrastreifen als Kraftfahrender jemanden gefährden, dann gilt nämlich sofort Paragraf 315 c Absatz 2 c, also eine Verkehrsgefährdung. Das ist ein Straftatbestand, keine Ordnungswidrigkeit, das ist dann also schon ein bisschen etwas anderes.

Der vierte Vorteil eines Zebrastreifens ist - auch das hat man in dieser Studie herausgearbeitet -, dass die Geschwindigkeit auf der Straße um circa zwei bis vier Kilometer pro Stunde absinkt. Nun kann man sagen, das macht nichts, aber jeder, der in Physik aufgepasst hat, weiß, $E_{\text{kin}}=1/2$ m v^2 , das heißt, die Geschwindigkeit geht quadratisch in die potenzielle Energiemenge ein, mit der man Menschen verletzen kann, Kollege Saxe hat darauf hingewiesen.

Hindernisse! Herr Saxe hat dankenswerterweise auch darauf hingewiesen, dass wir in der Vergangenheit oftmals in der Behörde und im Ressort Schwierigkeiten hatten. Ich erinnere mich, in der letzten Legislaturperiode hatte Herr Richter mehrfach darauf hingewiesen, dass man Zebrastreifen einrichten möchte, und es wurde immer gesagt, das geht nicht, das ist zu gefährlich und so weiter.

Daher finde ich es gut, dass es jetzt diesen Antrag gibt, den wir gemeinsam entwickelt haben. Ich bitte um breite Zustimmung in diesem Haus. - Vielen Dank!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Rupp.

(Abg. Frau Garling [SPD]: Aber jetzt nicht noch einmal die soziale Frage!)

Abg. Rupp (DIE LINKE)*): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Würde Professor Grzimek noch leben, dann hätten wir möglicherweise das Vergnügen, ihn im Fernsehen zu sehen. Er hätte hier einen kleinen Zebrastreifen auf der Schulter und würde uns sagen: Als ich vor 30 Jahren das letzte Mal in Bremen war, gab es den Zebrastreifen in Bremen noch vielfältig in seinem natürlichen Habitat, in der urbanen Stadt. Der Zebrastreifen ist ein tag- und nachtpassives Wesen. Sehr genügsam mit Regen und Sonnenschein lebt er in einer einträglichen Symbiose mit den Fußgängern und hat eine deutliche Signalwirkung gegen gepanzerte Käfer, die auch noch in dieser Stadt leben. Sie stoppen vor diesem Zebrastreifen, und die Fußgänger können überqueren. Heute müssen wir aber feststellen, der Zebrastreifen ist nahezu ausgestorben. Ich bitte Sie, meine lieben Zuschauerinnen und Zuschauer zu Hause, werben Sie mit mir zusammen für die Rückkehr der Zebrastreifen!

(Heiterkeit - Beifall bei der LINKEN, bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Die dunkle Seite der Straße hat den Zebrastreifen also nahezu vollständig zurückgedrängt, und das obwohl Generationen von Schülerlotsen den Zebrastreifen täglich gegen die Autos, die TIE Fighter des Asphalts, verteidigt haben. Ihr Einsatz war vergeblich, die dunkle Seite der Straße, der Asphalt, hat nahezu gewonnen und die Zebrastreifen nahezu vollständig zurückgedrängt. Aber 68 Tapfere und Unverzagte machen sich auf, den Zebrastreifen zu retten. Die Macht in diesem Haus ist stark, und wenn wir uns gemeinsam Mühe geben, werden wir die dunkle Seite der Straße, den Asphalt, zurückdrängen und können gemeinsam für die Rückkehr der Zebrastreifen kämpfen. Wir werden dem Antrag zustimmen. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall)

Präsident Weber: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Neumeyer.

Abg. Frau **Neumeyer** (CDU): Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Herr Rupp, hätte ich gedacht, dass diese Debatte unter Tierschutzgesichtspunkten gehalten wird, hätte ich etwas anderes aufgeschrieben.

Wir beschäftigen uns hier mit dem jetzt schon 60 Jahre alten Zebrastreifen und seiner Wiederkehr.

(Abg. Tschöpe [SPD]: Jetzt kommt Altenpolitik!)

Auch die CDU-Fraktion sieht den Zebrastreifen als adäquates Mittel, um Fußgängern die Überquerung bequemer und sicherer zu gestalten. Die Erfahrungen der letzten Jahrzehnte haben allerdings gezeigt, dass nur die Markierung auf der Straße allein den Fußgängerüberweg nicht sicher genug macht.

Heute weiß man, dass es viele Kriterien bei der Schaffung eines neuen Zebrastreifens zu beachten gibt. So ist eine gute Erkennbarkeit durch eine auffällige Beschilderung genauso wichtig wie eine gute Sichtbeziehung auf dem Zebrastreifen und den Warteflächen der Benutzer. Auch die Barrierefreiheit und die Überlegungen, den Überweg durch Mittelinseln zu verkürzen, sollten heute selbstverständlich sein.

Ein Abbau von bereits funktionierenden Fußgängerampeln darf aus Sicht der CDU selbstverständlich nur nach eingehender Prüfung und nicht nur aus reinen Kostengründen erfolgen. Auch deshalb ist es besonders wichtig, die Beiräte vor Ort und auch die zuständigen Verkehrssachbearbeiter der Polizei hiermit zu befassen. Wenn also ein höheres Maß an Sicherheit für den Bürger durch einen vermehrten Wiedereinsatz von Zebrastreifen erreicht wird, ist dies sehr zu begrüßen. Die CDU stimmt dem Antrag zu und erwartet mit Spannung den Bericht in der Deputation.

Ich hoffe, Herr Saxe, dass die Umsetzung dieses Mal schneller geht. Ich kann mich noch an einen Antrag erinnern, bei dem es um Geschwindigkeitsmesstafeln ging, aber ich sehe immer noch nicht so viele. Ich hoffe, dass es dieses Mal ein bisschen schneller geht. Übrigens, Herr Saxe, der ADAC hat 18 Millionen Mitglieder! - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall bei der CDU)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort Herr Senator Dr. Lohse.

Senator Dr. Lohse: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Nach dem Titel dieser Debatte. Antrag "Die Rückkehr der Zebrastreifen", hätte man mit einer Art Heuschreckeninvasion rechnen können, aber wir stellen fest, dass wir es mit aussterbenden Tieren zu tun haben, die wir hier in Bremen schützen wollen. Ich möchte Ihnen kurz die Position des Ressorts dazu darstellen.

Sicherheit und Förderung des Fußgängerverkehrs - das ist Thema mehrerer Redebeiträge gewesen - ist auch für mein Ressort ein wichtiger Bestandteil der gezielten Förderung der Nahmobilität, also des Fußverkehrs innerhalb des Stadtgebiets. Hier stellt die Einrichtung von Zebrastreifen einen wichtigen Bestandteil der Planungsüberlegungen dar, aber insgesamt geht es um die Erhöhung der Sicherheit und der Attraktivität des Zufußgehens.

Der Zebrastreifen ist vor allem sinnvoll, um die Barrierewirkung von Hauptverkehrsstraßen abzubauen. Er ist aber nur ein mögliches Element, und wir prüfen jeweils, welches Element das Richtige ist. Anstelle eines Zebrastreifens kann auch eine Fahrbahneinengung, die Einrichtung von Mittelinseln oder einer Fußgängerampel erfolgen.

Für den Zebrastreifen spricht, und das ist von Herrn Hamann auch gesagt worden, dass er in der Regel zu den geringsten Bau- und Unterhaltungskosten umsetzbar ist, er fällt auch nicht aus, das ist gesagt worden. Das heißt, er ist dort, wo er möglich ist, die Methode der Wahl, aber nicht immer ist ein Zebrastreifen zulässig und sinnvoll.

Die Einrichtung eines Zebrastreifens basiert stets auf einer verkehrsrechtlichen Anordnung, bei der der Beirat im Rahmen des Anhörungsverfahrens obligatorisch eingebunden wird. Der Beirat hat in Verkehrsfragen, die den Stadtteil betreffen, Mitentscheidungsrechte hier in Bremen. Das heißt, wir müssen tatsächlich - es geht gar nicht anders - dort, wo wir Zebrastreifen einrichten wollen, bei den Beiräten auch dafür werben und diese mit einbeziehen.

Es ist in dem Antrag das Berliner Programm angesprochen worden. Da werden Problembereiche von Querungsstellen der Verwaltung gemeldet beziehungsweise zum Beispiel von Bezirksämtern oder Bürgern Anträge gestellt. Die abschließende Prüfung bezieht dabei alle Möglichkeiten zur Verbesserung der Situation mit ein, es erfolgt eine Abwägung aller Auswirkungen in Abhängigkeit der Örtlichkeit und die Wahl des mildesten Mittels. Es ist ein Grundprinzip, dass man das mildeste Mittel einsetzt, um das Ziel zu erreichen. Das heißt, dass nach Erfolg der Prüfung nicht zwangsläufig ein Zebrastreifen eingerichtet wird, sondern auch andere Maßnahmen, wie eine Fahrbahneinengung, vorgenommen werden können.

In Bremen erfolgt bereits heute die Prüfung von eingereichten Anträgen und Vorschlägen auf Einrichtung von Querungshilfen gemäß der Richtlinie für die Anlage und Ausstattung von Fußgängerüberwegen, R-FGÜ, der Forschungsgesellschaft für Straßen- und Verkehrswesen. Im Zuge der Prüfung der Einrichtung einer Querungshilfe wird anhand dieser Richtlinie und den dort dargelegten Rahmenbedingungen entschieden, welche Form der Querungshilfe, insbesondere auf die Örtlichkeit und die Verkehrsmengen bezogen, die richtige ist. Sicherheitsbelange sind innerhalb der Richtlinie entsprechend bewertet und einbezogen. Eine weitere Prüfung, welche Form der Zebrastreifen oder der signalisierten Pforten weniger Sicherheit bietet, schließt sich deshalb aus. Das heißt, diese Prüfung erfolgt in der Richtlinie, man muss den Einzelfall betrachten.

Eines ist wichtig hier in Bremen: Über Straßenbahngleise darf man keine Zebrastreifen einrichten, das ist nicht zulässig. Dadurch dass wir in vielen Stadtteilen Straßenbahnen in den entscheidenden Straßen haben, gibt es hier Grenzen dessen, was möglich ist.

Darüber hinaus werden in Bremen Unfallhäufungsstellen in der Verkehrsunfallkommission detailliert erörtert und Lösungen zur Erhöhung der Sicherheit zusammen mit der Polizei, der Verkehrsbehörde und anderen Beteiligten besprochen und gegeneinander abgewogen. Wichtig ist hier vielleicht - weil Frau Neumeyer es auch als Argument angesprochen hat -, dass sicherheitsrelevante Auffälligkeiten an Zebrastreifen in Bremen nicht aufgetreten sind. Das heißt, was man in der Vergangenheit möglicherweise an Vorurteilen gegen dieses Mittel hatte, bestätigt sich nicht bei der Auswertung der tatsächlichen Unfalltatbestände.

Die verstärkte Prüfung von Zebrastreifen, insbesondere als Alternative zu signalisierten Fußgängerüberwegen mit Ampeln, rückt seit diesem Jahr wieder verstärkt ins Blickfeld und stellt bei der Lösungssuche eine der unterschiedlichen Möglichkeiten zur Verbesserung der Querungssituation für Fußgänger dar. Wir haben auch schon eine Debatte gehabt, ob wir zu viele Ampeln in Bremen haben.

Natürlich könnte es eine Möglichkeit sein, an bestimmten Stellen Ampeln zurückzubauen und dafür solche Zebrastreifen, Fußgängerüberwege, einzurichten. Hier gilt aber wieder, dass wir dafür natürlich auch die Beiräte mitnehmen müssen. Wir haben in verschiedenen Fällen gemerkt, dass das subjektive Sicherheitsempfinden von Beiräten nicht unbedingt dem entspricht, was die objektiven Verkehrs- und Unfallstatistiken uns sagen.

Das heißt, da können wir nur gemeinsam Überzeugungsarbeit leisten.

Bremen hat über lange Zeit auf die Anlage von Fußgängerüberwegen vollständig verzichtet. Das heißt, der Bestand, den wir jetzt haben, besteht aus wenigen Fußgängerüberwegen und einer hohen Versorgung mit signalisierten Pforten und Ampeln. Aufgrund der Richtlinie, die ich zitiert habe, der R-FGÜ ist es durchaus möglich, einen Teil dieser Verkehrsampeln durch eine andere Form von Querungshilfen zu ersetzen.

Um diese Dinge zu diskutieren, haben wir dem Thema im Verkehrsentwicklungsplan - den habe ich vorhin schon einmal angesprochen - ein entsprechendes Augenmerk geschenkt. Dort wollen wir in den Dialogen mit den verschiedenen Akteuren die Querungsbedürfnisse an den Hauptverkehrsstraßen untersuchen. Wir haben eine breite Bürgerbeteiligung und werden da schauen, wo wir Querungen verbessern müssen und wo Zebrastreifen das richtige Element sind.

Ich sehe zum derzeitigen Zeitpunkt nicht den Bedarf für ein gesondertes Zebrastreifen-Programm. Ich glaube eher, dass es in unsere Grundphilosophie eingehen muss, dass wir den Zebrastreifen als erstes Mittel der Wahl im Blick haben, wenn wir über Querungshilfen nachdenken, ihn prüfen und ihm eine besondere Aufmerksamkeit in der Abwägung zukommen lassen. Soweit von meiner Seite!

Ich bin mir sicher, das Thema wird uns im Verkehrsentwicklungsplan und auch in der Deputation immer wieder beschäftigen. - Vielen Dank!

(Beifall bei der SPD, beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der LINKEN)

Präsident Weber: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD mit der Drucksachen-Nummer 18/224 S zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft stimmt dem Antrag zu.

(Einstimmig)

Bericht des städtischen Petitionsausschusses Nr. 12 vom 10. Oktober 2012

(Drucksache 18/226 S)

Eine Aussprache ist nicht beantragt worden.

Wir kommen daher zur Abstimmung.

Wer der Behandlung der Petitionen in der empfohlenen Art zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft beschließt entsprechend.

(Einstimmig)

Damit sind wir am Ende der heutigen Tagesordnung angekommen.

Ich schließe die Sitzung der Stadtbürgerschaft.

(Schluss der Sitzung 18.29 Uhr)